



VERGANGENHEITS BEWÄLTIGUNG

EDITORIAL

Nur wenige Gesellschaften haben das Glück, eine wirklich unproblematische, gewaltfreie Vergangenheit zu haben. Als Experten und Musterschüler in der Vergangenheitsbewältigung gelten die Deutschen – gerade weil sie viel aufzuarbeiten hatten.

Das vorliegende Heft von *Fikrun wa Fann / Art&Thought* versucht an zahlreichen Beispielen aus der ganzen Welt aufzuzeigen, auf welche Weise sich verschiedene Gesellschaften mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen. Wie aktuell das Thema ist, zeigt ein Blick auf die arabische Welt heute. Dieser Blick zeigt aber auch, dass jede Gesellschaft ihren eigenen Weg zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit finden muss. Die Rezepte, die in Deutschland oder Südafrika funktioniert haben, könnten sich in Ägypten oder Syrien als sinnlos erweisen. Lernen – besonders aus den Fehlern der anderen – können die im Umbruch befindlichen Gesellschaften aber zweifellos aus den Versuchen der anderen.

Wir hoffen, dass unser aktuelles Heft überall dort, wo die Gefahr besteht, dass die Vergangenheit die Zukunft in Geiselschaft nimmt, zu einer offenen und fairen Auseinandersetzung auch über die dunklen Stellen der Geschichte ermutigt.

Ihre *Fikrun wa Fann* Redaktion

BEWÄLTIGUNG DER VERGANGENHEIT DURCH POLITIK UND RECHT

Mit dem Kurswort ‚Vergangenheitsbewältigung‘ ist ein durchaus alter Sachverhalt angesprochen. Denn das Problem, mit den Folgen eines als illegitim angesehenen Herrschaftssystems politisch und rechtlich umzugehen, hat sich für Nachfolgerstaaten immer wieder gestellt.

Von Peter Reichel



Touristen am Holocaust-Mahnmal in Berlin. Foto: Stefan Weidner © Goethe-Institut

Vergangenheitsbewältigung – das ist ein ebenso populäres wie umstrittenes Wort. Ungenau ist es auch. Denn was geschehen ist, kann nicht mehr bewältigt werden. Bewältigt werden können allerdings – oder müssen sogar – die für die Nachlebenden belastenden Folgen eines vergangenen politischen Ereignisses. Insoweit weist das Wort auf eine unangenehme und unausweichliche Aufgabe hin. Es tritt vieldeutig und gewichtig auf, gilt als typisch deutsch, ist kaum übersetzbar und in jedem Fall erläuterungsbedürftig. Vielleicht offenbart es auch, wie Bernhard Schlink gemeint hat, eine „Sehnsucht nach Unmöglichem“, eine dem Ansinnen der „Wiedergutmachung“ vergleichbare trotzig-naive, kindliche Einstellung: „das Vergangene so in Ordnung zu bringen, dass seine Erinnerung nicht mehr auf der Gegenwart lastet“.

Nur das, was gar nicht ausdrücklich genannt wird, versteht sich offenbar von selbst. Denn jeder, der das Wort hört oder benutzt, weiß sofort, dass die nationalsozialistische Vergangenheit gemeint ist und nur sie. Solange der Ausdruck der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in der öffentlichen Auseinandersetzung über das ‚Dritte Reich‘ und seine Folgen dominierte,

schien es, als habe jene Zeit alle anderen Vergangenheiten bedeutungslos gemacht, als sei alle weitere Vorgeschichte unserer Gegenwart auf diese eine kurze Zeitspanne der zwölf Jahre dauernden Hitler-Diktatur zusammengeschrumpft. Lange war das nationale Bewusstsein der Deutschen wie eingeschnürt durch eine Befangenheit der Nähe zum Nationalsozialismus und seiner Verbrechen. Erst nach und nach hat es Distanz zu der so bedrückend gegenwärtigen Vergangenheit finden und eine größere Zeittiefe zurückgewinnen können.

Dem sozialen Gedächtnis der Deutschen, das seinen Rückhalt in der eigenen Nationalgeschichte 1945 zunächst weitgehend verlor, blieb insofern eine gewisse Unruhe und Unsicherheit eigen. Unser „unglückliches nationalstaatliches Geschichtsbewusstsein“ schwankt bis heute zwischen einer Historisierung und einer Verabsolutierung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Es schwankt zwischen der forcierten Neigung, die Nationalgeschichte in der Deutung zu normalisieren, und dem nicht weniger ausgeprägten Hang, den historischen Rückblick auf den engen Zeithorizont der kurzen, aber folgenschweren zwölf Jahre zu zentrieren.

„Unbewältigte Vergangenheit“

Der Göttinger Historiker Hermann Heimpel traf schon Ende der fünfziger Jahre den Kern dieses Problems, als er schrieb, „die Unrast und die Unlust, mit der wir der Geschichte begegnen, oder ihr auszuweichen suchen, ist zunächst also eine deutsche Erscheinung, ein deutsches Verhängnis – es ist die vielzitierte ‚unbewältigte Vergangenheit‘. Diese bricht über alle herein, ob sie es wissen oder nicht – denn der Kampf um unsere Vergangenheit liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.“ Heimpel konnte nicht ahnen, wie bald und wie sehr er mit seiner Einschätzung Recht behalten sollte. Wenig später begannen Eichmann- und Auschwitz-Prozesse, folgten die parlamentarischen Verjährungsdebatten und die politischen Kontroversen um die zeithistorischen Dramen von Rolf Hochhuth bis Peter Weiss. Am Vorabend der geschichtspolitischen außerordentlich konflikt- und ereignisreichen sechziger Jahre war Heimpel allerdings nicht grundlos beunruhigt über eine gewisse „Ermüdung und Bedrohung des geschichtlichen Sinnes“.

Wer immer das Wort ‚Vergangenheitsbewältigung‘ erfunden hat, es kam in Umlauf, als das erste Nachkriegsjahrzehnt zu Ende ging, die Zerstörungen des Krieges weitgehend beseitigt und die Folgen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes bewältigt erschienen. Westintegration und Wiederbewaffnung waren eingeleitet, die Bundesrepublik erhielt mit dem Deutschlandvertrag ihre Souveränität, und die westdeutsche Wiederaufbau-Gesellschaft ließ im optimistischen Schwung des ‚Wirtschaftswunders‘ die Vergangenheit hinter sich, mochte auch eine keineswegs unbedeutende Minderheit beharrlich von einer ‚unbewältigten Vergangenheit‘ sprechen, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Erblast einfordern und mit einer generationenübergreifenden, politisch-moralischen Verpflichtung begründen. Die schweigende Mehrheit forderte nach den Nürnberger Prozessen, nach beendeter Entnazifizierung, Begnadigung der ‚Kriegsverbrecher‘ und Wiedergutmachung den definitiven Schlusspunkt – so wie es im Allgemeinen früher oder später noch stets nach einschneidenden politischen Systemwechseln geschieht.

Mit dem damals neuen Kurswort ‚Vergangenheitsbewältigung‘ ist also ein durchaus alter Sachverhalt angesprochen. Denn das Problem, mit den Folgen eines als illegitim angesehenen Herrschaftssystems politisch und rechtlich umzugehen, hat sich für Nachfolgerstaaten immer wieder gestellt. Grundsätzlich geht es dabei um die Frage, ob man mit den Verantwortlichen einer Diktatur ‚kurzen Prozess‘ macht, oder ob man sich auf eine langwierige Auseinandersetzung mit den Diktatorfolgen einlassen will. Einiges spricht dafür, dass das Ende einer Gewaltherrschaft „kurz und blutig“ sein sollte, denn mit rechtsstaatlichen Mitteln kann „das Erbe an Hass, Wut, Enttäuschung und Verachtung nicht bewältigt werden, das die Tyrannei materiell und psychisch hinterlässt“. In Deutschland

gab es keine „Bartholomäusnächte“ (E. Kogon), wie das nicht wenige NS-Verfolgte bei Kriegsende erwartet hatten.

Das gewaltsame Verstoßen und Lossagen von den Tätern, Anstiftern und Mithelfern eines Gewaltverbrechens durch eine Nacht der langen Messer trifft allerdings neben Schuldigen unvermeidlich immer auch Unschuldige. Andererseits erweisen sich aber auch rechtsstaatliche, gerichtsförmige Verfahren gegenüber staatlich organisierten Verbrechen schnell als unzureichend. Zum einen, weil sie nur nach der individuellen Schuld im Sinne eines persönlich vorwerfbaren rechtswidrigen Verhaltens fragen können. Zum anderen, weil Strafprozesse der großen Zahl der Tatbeteiligten kaum gewachsen sind, ja, weil Art und Ausmaß des Verbrechens die Relation von Strafe und Schuld überhaupt außer Kraft gesetzt haben. Mit einer Unschuld der Opfer, die „jenseits der Tugend liegt“, und mit einer „Schuld, die jenseits des Verbrechens steht“, kann man, wie Hannah Arendt schon 1946 an Karl Jaspers schrieb, weder juristisch noch politisch umgehen. Göring zu hängen, sei „zwar notwendig gewesen, aber völlig inadäquat“.

Kein spezifisch deutsches Phänomen

Tatsächlich lassen sich in der nach Krieg, Revolution und politischem Systemwechsel mehr oder weniger unvermeidlichen Auseinandersetzung mit einer illegitimen Vergangenheit vielfältige Bewältigungsstrategien unterscheiden, wobei dem Recht als einem sowohl erinnernden als auch vergessenden Medium zentrale Bedeutung zukommt. Ich unterscheide nachfolgend idealtypisch sieben Varianten rechtlich-politisch definierter Handlungsformen, die in der Realität zumeist komplexer, widersprüchlicher und oft auch kombiniert oder gemischt in Erscheinung treten.

Vergangenheitsbewältigung ist zudem kein spezifisch deutsches Phänomen, so sehr dies auch der Begriff und die anhaltende, lange auch ausschließliche Beschäftigung mit den Folgen der Hitler-Diktatur suggerieren mögen. Inzwischen wird diese Beschränkung mehr und mehr überwunden, interessiert sich zumindest die Wissenschaft für eine ländervergleichende Erforschung von Vergangenheitsbewältigung im Übergang von Diktaturen zu demokratischen politischen Systemen. Der folgende Überblick trägt dem Rechnung, lenkt den Blick aber doch immer wieder auf die Thematik dieser Einführung.

1. Dort, wo der politische Wandel von führenden Repräsentanten des alten Systems ausgeht, wird die *Vergangenheit im Allgemeinen weitgehend ignoriert*. So geschah es, als in Spanien die Franco-Diktatur durch eine liberaldemokratische Monarchie abgelöst wurde und der Caudillo seinen königlichen Nachfolger Juan Carlos zuvor selbst bestimmt hatte. Einige hohe Offiziere wurden in den Ruhestand geschickt, aber eine Auseinandersetzung mit dem francistischen System und dem

spanischen Bürgerkrieg, der den Diktator in den dreißiger Jahren an die Macht gebracht hatte, fand nicht statt. Vergleichbares geschah auch 1991 in Russland. Nach dem gescheiterten Putsch-Versuch verhielt sich der Gorbatschow-Nachfolger Jelzin maßvoll gegenüber den Putschisten, die wie er und seine Regierung zur alten Nomenklatur gehörten. Sie wurden lediglich angeklagt und verurteilt, weil sie die neue politische Ordnung herausgefordert hatten. Eine von der Staatsführung ausgehende, politisch-justitielle Auseinandersetzung mit dem Terror des KGB und des Archipel GULAG gab es bis heute nicht. Dass die Wahl des Jelzin-Nachfolgers auf einen ehemaligen KGB-Funktionär fiel, spricht in dieser Hinsicht nicht für einen Wandel.

2. Dem Umgang mit einer illegitimen Vergangenheit, der auf personelle Kontinuität im Wandel setzt, der nach der Schuld von Angehörigen der Führungsgruppen gar nicht erst fragt und Vergangenheit insoweit ignoriert, steht die *gewaltsame Aktion der politischen Säuberung* gegenüber. Sie sucht für erlittenes Unrecht, insbesondere auch für Kollaboration mit einer feindlichen Besatzungsmacht Vergeltung und Rache durch neuen Terror. So kam es in Frankreich im Herbst 1944 im Süden des Landes und dort, wo kommunistische Widerstandsgruppen vorübergehend die Macht übernahmen, zu blutigen politischen Säuberungen, durch die nach Schätzungen etwa zehn- bis zwanzigtausend Personen ihr Leben verloren. Wilde Exekutionen gab es auch in Norditalien und auf dem Balkan. Die Vergeltungsverbrechen der kommunistischen Partisanen Titos an Kroaten und Volksdeutschen haben in kurzer Zeit etwa einhunderttausend Menschenleben gefordert. Man hat von einem „Vergeltungsfuror“ gesprochen, in dem sich der blutige Bürgerkrieg zwischen Faschisten und Kommunisten zu einem Klassenkrieg gegen den Großgrundbesitz und das Besitzbürgertum auswuchs. Die Bluttat war, wie der serbisch-kroatische Bürgerkrieg gezeigt hat, im Gedächtnis der Nachkommen noch gegenwärtig.

3. Einen grundsätzlich anderen Weg eröffnet der Versuch einer *justitiellen Bewältigung der Diktaturfolgen*. Sie setzt nicht auf eine Art von Kollektivopfer und die symbolisch reinigende Kraft einer blutigen Säuberung. Sie vertraut vielmehr auf die Legitimität und Rationalität mehr oder weniger rechtlich geordneter Verfahren. Ihre Bandbreite erscheint indes so groß, dass sie unter einem strengen rechtsstaatlichen Maßstab kaum auf einen Begriff zu bringen sind. Grundsätzlich stehen im Schuldstrafrecht, das nach der objektiven Verfehlung des Beschuldigten ebenso fragt wie nach der subjektiven Schuld bzw. Schuldfähigkeit, zwei alternative Wege zur Verfügung. Der eine folgt dem Grundsatz *nullum crimen nulla poena sine lege* (kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz). Der andere geht den rechtsstaatlich bedenklichen, aber unter außergewöhnlichen Umständen unabweisbaren Weg der Sondergesetze und Sondergerichte. Er wird durch das Argument gestützt, dass die Zivilisations- oder Menschlichkeitsverbre-

chen seit langem durch das „Menschheitsgewissen geächtet“ sind und insoweit die Völkermordkonvention des Jahres 1948 kein neues Völkerrecht geschaffen, sondern nur ältere Regelungen und Normen präzisiert hat.

Die Alliierten haben diesen Weg beschritten und im Londoner Statut für das Internationale Militärtribunal in Nürnberg den völkerstrafrechtlichen Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert. Er wurde später in das Kontrollratsgesetz Nr. 10 übernommen. Die Bundesrepublik mochte dem nicht folgen. Im Wiederaufbau des Rechtsstaates war ihr die Rechtssicherheit auch im Umgang mit den NS-Unrechtstätern wichtiger. Sie hat daher das Rückwirkungsverbot ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen (Art. 103, 2 GG) und damit in Kauf genommen, dass viele Täter nur wegen Beihilfe verurteilt und manche Vergehen gar nicht geahndet werden konnten.

In vielen von Hitler-Deutschland besetzten Ländern ist man anders verfahren, wollte man diese Rücksichten nicht nehmen. Dort wurden Sonderstrafgesetze erlassen, verhängten Sondergerichte gegen ‚Nazi-Kollaborateure‘ Todesstrafen für Landes- und Hochverrat, sowie Kriminalstrafen wegen Totschlag, Mord und Folter, oder sie ordneten als Sühnemaßnahmen Zwangsarbeit, Freiheitsentzug und Aberkennung der Staatsbürgerrechte an. Hinzu kommen die zahlreichen, von den Alliierten in ihren Besatzungszonen initiierten Prozesse gegen KZ-Wachmannschaften. Zahlreich waren auch die Strafverfahren vor den polnischen Gerichten gegen das Personal der deutschen Vernichtungslager.

4. *Bürokratische Maßnahmen politischer Säuberung* ließen schließlich die Verhältnisse in Italien und Deutschland erforderlich erscheinen. Nirgendwo sonst waren so viele Personen durch aktives Engagement für bzw. Anpassung an die totalitären Herrschaftssysteme in Straftaten verwickelt, politisch korrumpiert und hatten sich für einen Neuanfang disqualifiziert. Aber das Verfahren, die wirklich Kompromittierten von den Mitläufern zu trennen, erwies sich als ebenso aufwendig wie letztlich undurchführbar und kontraproduktiv. Denn der Schematismus und die quantitative Eskalation der Entnazifizierung schaden nicht nur ihrem Ansehen und beeinträchtigten die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und des Wirtschaftslebens. Nachteilig wirkten sie sich auch auf die anfangs unbestrittene Legitimation einer politischen Säuberung aus.

Tendenziell wurde jeder Deutsche zu einem Belasteten und konnte sich als ein potentielles Opfer der Besatzungsmächte sehen. Das provozierte die Abwehr eines Kollektivschuld-Vorwurfs, den die Alliierten pauschal nie erhoben haben. Am Ende hat das Entnazifizierungsverfahren mit einem gewaltigen bürokratischen Aufwand das Personal der NS-Diktatur weitgehend in Mitläufer verwandelt.

5. Mängel und Ungerechtigkeiten der bürokratischen und justitiellen Vergangenheitsbewältigung machten es früher oder später notwendig, die Folgen der missglückten Vergangenheitsbewältigung zu bewältigen, zumal sich die politischen Rahmenbedingungen in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre schnell änderten. Das war die Stunde der *Amnestien und Gnadenentscheidungen*. Letztere haben insbesondere in der mit hohem emotionalen Engagement geführten Auseinandersetzung um die in alliierten Gefängnissen einsitzenden sog. ‚Kriegsverbrecher‘ eine Rolle gespielt. Dem Nutzen dieser Entscheidungen stehen allerdings wiederum nicht geringe politische Kosten gegenüber. Gewiss, die Begnadigungen waren integrationspolitisch förderlich, und sie schwächten rechtsstaatliche Vorbehalte gegenüber den Alliierten, allerdings um den Preis, dass von den Amerikanern bereits zum Tode verurteilte Massenmörder Ende der fünfziger Jahre wieder auf freiem Fuß waren. Als wie bedeutsam die Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung von fast allen Parteien angesehen wurde, unterstreichen auch die zahlreichen Amnestiegesetze, das sog. 131er Gesetz und die Beendigung der Entnazifizierung. Sie haben die gesellschaftliche Akzeptanz der neuen politischen Verhältnisse nicht unwesentlich erleichtert und die Integrationskraft der beiden großen Volksparteien erhöht.

6. Eine Art *Kompromiss zwischen gerichtsähnlichem Verfahren und politisch-justitiellem Sanktionsverzicht* hat die südafrikanische ‚Wahrheitskommission‘ unter Erzbischof Desmond Tutu gefunden, als es darum ging, die Menschenrechtsverletzungen durch das Apartheid-Regime zu ermitteln und innenpolitisch zu bewältigen, d. h. die unterschiedlichen Interessen, Verletzungen und Ängste von Opfern und Tätern zu integrieren. Ein Machtwechsel und die Überwindung der Apartheid in der ethnisch tief gespaltenen Gesellschaft zugunsten einer allmählichen inneren Aussöhnung wären durch ein Beschweigen der Opfer rassistischer Politik so wenig möglich gewesen wie durch eine Bestrafung der Weißen für begangene Verbrechen. Straflosigkeit war auf der einen Seite Voraussetzung für Geständnisse. Die Ermittlung der Wahrheit gravierender Menschenrechtsverstöße bedeutete andererseits die Anerkennung der diskriminierten und verfolgten Schwarzen als Opfer. Dass sie wie die weiße Minderheit, die freiwillig ihre Machtposition aufgab, materielle Kompensationen erhielten, hat manchen Kritiker dazu verleitet, das viel gerühmte, sogenannte südafrikanische Wunder als „gekaufte Revolution“ abzuwerten. In realistischer Sicht erscheinen solche Zahlungen als ein wesentlicher Begleitschutz für den alles in allem friedlichen politischen Systemwandel. Andererseits hat der Verzicht auf einen gewaltsamen Konflikt den Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß nicht beseitigt und die Frage der moralischen Überlegenheit auf die symbolische Handlungsebene abgedrängt.

7. Zur politisch-rechtlich definierten Vergangenheitsbewältigung gehört schließlich und nicht zuletzt auch die materielle *Entschädigung der Verfolgten*, also in dem hier behandelten Zusammenhang die Rückerstattung geraubten Vermögens und die Zahlung von Reparationen insbesondere an die jüdischen Opfer. Dieses umgangssprachlich seit langem als ‚Wiedergutmachung‘ bezeichnete, neben Strafverfolgung und Entnazifizierung dritte Kernstück der Vergangenheitsbewältigung war in der frühen Bundesrepublik eines der kontroversen innen- und außenpolitischen Themen. Es hat die westdeutsche Gesellschaft lange beschäftigt und ist mit der strittigen Auseinandersetzung um die Entschädigung der Zwangsarbeiter in der jüngsten Gegenwart noch einmal aktuell geworden.

Nulla poena sine lege

Den zuvor skizzierten rechtlich-politischen Formen der Bewältigung von Diktaturfolgen liegt im Kern ein Schuldvorwurf zugrunde, der von einem rechtswidrigen Verhalten ausgeht, das individuell vorwerfbar ist. Gemäß dem rechtsstaatlichen Grundsatz *nulla poena sine lege* ist rechtswidriges Verhalten als individuelle Verletzung von Rechtsnormen definiert, die zur Tatzeit Geltung hatten. Mit diesem juristisch definierten Begriff von Schuld ist die Annahme einer Kollektivschuld unvereinbar. Tatsächlich aber spielt dieser Vorwurf in der politischen Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe bis in die Gegenwart eine überragende Rolle. Sei es, dass er in dem alliierten Versuch, die gesamte deutsche Aktivbürgerschaft politisch zu säubern, impliziert war. Sei es, dass er den Siegern nur unterstellt wurde, damit ihn die Besiegten umso nachdrücklicher zurückweisen konnten. Sei es schließlich, dass die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen unter den mitlebenden Zeitgenossen, aber auch in der Generationenfolge immer wieder Schuld- oder Schamgefühle hervorgerufen, Verantwortungsbewusstsein und Sühnegedanken wachgehalten und die Gesellschaft für überkommene Verpflichtungen sensibilisiert haben. In diesen Empfindungen und Bewusstseinsregungen ist die Schuldfrage im Wesentlichen keine des Strafrechts, sondern der Mitmenschlichkeit, der Moral, des Taktgefühls und des kommunikativen Verhaltens.

Das erinnert an ältere, vormoderne gesellschaftliche und Rechtsverhältnisse, wie sie in der germanischen Rechtstradition bestanden. Darin war die Sippe nicht nur Rechts-, Wirtschafts- und Schutzverband, sondern eben auch Haftungsverband. Solange es keine anerkannte öffentliche Gewalt gab, wurden Art und Umfang von Haftung und Sühne zwischen Täter- und Opfersippe geregelt. Römisches Recht, christliche Sündenlehre, Aufklärung und der Übergang vom Feudalismus zur modernen Gesellschaft haben mehr und mehr den einzelnen Menschen zur Rechtsperson gemacht, die er zuvor nur

qua Zugehörigkeit zu einem Schutzverband war. Aber das rechtshistorische Erbe, der Gedanke einer kollektiven materiellen Haftung und moralischen Verantwortung wirkt in unserem alltäglichen Verständnis von individueller Schuld nach. Neben dem strafrechtlich relevanten Verhalten Einzelner kommt von Fall zu Fall auch die ‚Tätersippe‘ insgesamt ins Blickfeld, zumal dann, wenn es sich um ein außerordentliches Vergehen wie das eines staatlich initiierten Völkermords handelt, in dessen Vollzug gewiss nicht alle Mitglieder der ‚Tätersippe‘ zu Tätern und Beihilfern wurden, aber eben doch erschreckend viele.

Für eine präzise und anschauliche Charakterisierung dieses erweiterten Schuldbegriffs hat Schlink die Unterscheidung zwischen einer „horizontalen“ und einer „vertikalen“ Dimension eingeführt. Der Vorwurf einer kollektiven Schuld trifft zunächst die Mitlebenden. Im Sinne eines moralischen Fehlverhaltens sind auch jene schuldig geworden, die zugesehen und geschwiegen haben, als die Verfolgung und Vernichtung der ‚Fremdvölkischen‘ und ‚Gemeinschaftsfremden‘ ihren Lauf nahm. Der Vorwurf, nicht widersprochen und nicht Widerstand geleistet zu haben, kann sich schlechterdings nicht gegen alle Deutschen aus der Zeit des Nationalsozialismus richten. Aber er macht auf die Folgen von unterlassenem Handeln aufmerksam.

Noch weniger kann man hinsichtlich der vertikalen Dimension im eigentlichen Sinn von Kollektivschuld sprechen. Den Spätgeborenen ist nicht mehr der Vorwurf des unrechtmäßigen Verhaltens oder der Unterlassung zu machen. Ihre Schuld entsteht dadurch, dass und insoweit sie die Täter und Mittä-

ter nicht verurteilt und aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen haben. Die Debatten um die Amnestiegesetze, die Begnadigungen, aber auch um die Verfolgungsverjährung von Mord und Völkermord gehören in diesen Zusammenhang. Wie sehr dabei das Prinzip der kollektiven Haftung noch mitgedacht wird, zeigt die Kontroverse um das Diktum der „zweiten Schuld“ (Ralph Giordano).

Im Hinblick auf die weiter nachfolgenden Generationen stellt sich die kollektive Schuldfrage vor allem als kommunikatives Fehlverhalten im Verhältnis der Nachkommen der Verfolgten und ihrer Peiniger. Gefühle der Befangenheit und Peinlichkeit werden mobilisiert, wenn beispielsweise die mangelnde Sensibilität der deutschen Politiker gegenüber den Holocaust-Überlebenden aus dem bloßen Zufall eine „Gnade der späten Geburt“ macht und dies so forciert tut, dass aus der Formel eine Art von Rechtsanspruch auf Aussöhnung und Normalität herausgelesen werden kann.

Die sich horizontal und vertikal ausbreitenden „Netze der Schuld“ haben ihre eigene Funktionsweise und Unentrinnbarkeit. Von den Deutschen, die vor 1945 in einem strafrechtlichen Sinne schuldhaft gehandelt haben können, leben im Jahr 2000 nur noch wenige. Das deutsch-jüdische Schuldverhältnis ist zwar noch entschädigungsrechtlich, aber im Wesentlichen nicht mehr strafrechtlich definiert. Schuldverhältnis, Schuld Erfahrungen und Schuldgefühle haben sich im Laufe der Jahrzehnte verändert. Aber soweit wir unsere kollektive Identität als eine geschichtlich gewachsene verstehen, werden wir auch zukünftig der Auseinandersetzung mit der Schuldfrage nicht entrinnen.

Dieser Text ist ein Auszug aus Peter Reichels Buch *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland: Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, C.H. Beck, 2007, S. 20-29. © C.H. Beck 2007

PETER REICHEL ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg. Er ist ein namhafter Spezialist für die Geschichte des Nationalsozialismus in Deutschland.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

ÜBER DIE ERINNERUNG STOLPERN DAS NS-DOKUMENTATIONSZENTRUM IN KÖLN

Seit 1979 gibt es in Köln eine einzigartige Gedenkstätte und Forschungseinrichtung, die an eine spezifische Form des nationalsozialistischen Machtapparates erinnert: den bürokratischen und physischen Terror der Geheimen Staatspolizei.

Von Simone Falk



Stolpersteine in Erinnerung an aus Köln deportierte und ermordete Juden im Dritten Reich.

Foto: Stefan Weidner © Goethe-Institut

„Sei begrüßt meine Frau, aus der Ferne / schreibt dein Mann. / Weit hinter der Mauer, bei der Gestapo / Quält er sich, wenn er zum Fenster schaut. / Aber die Freiheit und das liebe Töchterchen sind weit von ihm entfernt. / Vergeblich beschmiert er die Wände, / Indem er Briefe an seine liebe Frau verfasst (...)“

Eine Gruppe junger Schüler geht vorüber, studiert diese und andere Inschriften hinter der Glastür und auf den Informationstafeln, lauscht den Worten der Museumsführerin. Die Jungs und Mädchen tuscheln vereinzelt, lachen leise, machen betretene Gesichter, blicken verstohlen auf ihre Handys – offensichtlich Abstand suchend von den gesprochenen Worten der Pädagogin, von den geschriebenen Worten der über 1.800 Inschriften und Zeichnungen hier an den Wänden der Gefängniszellen im Kellergeschoss des EL-DE-Hauses in Köln. Geschrieben mit Kreide, Kohle, Lippenstift oder Bleistiften, eingeritzt mit Nägeln, Schrauben oder Fingernägeln, zeugen die vielen Gedichte und Briefe von den Ängsten und Hoffnungen der Inhaftierten, sind oft letzte Grüße an die Außen-

welt. Manche dieser Worte grüßen aus der Namenlosigkeit heraus. Denn nur wenige Namen der Tausenden Insassen, die bis zum Ende des nationalsozialistischen Regimes von der Gestapo hier tage- oder monatelang festgehalten und anschließend oft deportiert oder ab 1944 auch hingerichtet wurden, sind heute vollständig bekannt.

Doch beginnen wir von vorne. 1933.

Terror in Köln

Nach der Machtübernahme Hitlers wurde im gesamten Reich die Gestapo – die Geheime Staatspolizei – zu einem der gefürchtetsten und mächtigsten Instrumente der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ausgebaut. Zu ihren Aufgaben gehörte die Überwachung der Bevölkerung sowie die Bekämpfung und Verfolgung von Gegnern des Naziregimes. Seit 1935 wurde das Gebäude in der Kölner Innenstadt – genannt EL-DE-Haus, nach den Initialen des Bauherrn, dem Köl-

ner Großhändler Leopold Dahmen – von der Kölner Gestapo angemietet und genutzt. Der Keller wurde zu einem Gefängnis ausgebaut, bestehend aus 10 Zellen, einer Dunkelzelle, einem Luftschutzbunker, einem Waschraum und diversen Räumen für die Wachleute. Eine Tür führte in den Innenhof des Gebäudekomplexes. An einem portablen Galgen fanden Hinrichtungen statt – in der Endphase des Krieges starben hier über 400 Menschen.

Weitgehend angewiesen auf Denunziationen aus der Bevölkerung, führte die Gestapo Befragungen, Inhaftierungen, Folterungen und Deportationen durch. Ihre Opfer waren nicht nur Personen, die unmittelbar im Verdacht standen, an Widerstandsaktionen gegen das Regime beteiligt gewesen zu sein, sondern auch andere Personengruppen, die während des Nationalsozialismus aufgrund von rassistischen Motiven gewalttätigen Verfolgungen ausgesetzt waren, darunter Juden, Homosexuelle, „Asoziale“, Sinti und Roma, vor allem aber unzählige „einfache Leute“, die wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Vergehen (etwa Abhören von „Feindsendern“, defätistische Äußerungen) vorgeladen und verhört wurden. Seit Kriegsbeginn waren ausländische Zwangsarbeiter die größte Gruppe der im EL-DE-Haus Inhaftierten. Die Kölner Gestapo war verantwortlich für die Deportation Tausender Juden aus Köln und der Region: Nachdem in den dreißiger Jahren vom nationalsozialistischen Regime Hunderte von Konzentrations- und Vernichtungslagern errichtet worden waren, führten ab 1941 Massendeportationen von Köln aus in Richtung Osten.

Die Inschriften an den Wänden der Zellen, verfasst auf Deutsch, Polnisch, Russisch, Französisch und in weiteren Sprachen, sind oft letzte Grüße an Angehörige – Nachrichten, die jahrzehntelang unter einer Schicht Wandfarbe verdeckt waren und erst im Jahre 1979 mühsam freigelegt, restauriert und entziffert wurden.

Die Errichtung einer Gedenkstätte

Es ist dem Zufall zu verdanken, dass das EL-DE-Haus als eines von wenigen Kölner Gebäuden in der Innenstadt den Krieg unbeschädigt überstanden hatte. Schon bald wurden die Räumlichkeiten vermietet und teilweise für Verwaltungsarbeiten genutzt, hier befanden sich unter anderem ein Standesamt und die Rentenstelle. Die Aufarbeitung der Kölner NS-Geschichte und des EL-DE-Hauses ließ auf sich warten. Erst nachdem in den siebziger Jahren verschiedene begünstigende Faktoren zusammenkamen – darunter die Ausstrahlung der US-amerikanischen Serie „Holocaust“ sowie der Prozess gegen den SS-Obersturmbannführer und Kölner Leiter der Gestapo Kurt Lischka und andere NS-Täter – verstärkte sich der Ruf nach einer Aufarbeitung der Kölner Geschichte und nach der Einrichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen

Gestapo-Gebäude. 1979 fasste der Rat der Stadt Köln den Beschluss, neben einer Gedenkstätte im ehemaligen Gestapo-Gefängnis auch ein Dokumentationszentrum über die Zeit des Nationalsozialismus in Köln zu errichten. 1981 wurde das ehemalige Gestapo-Gefängnis, nun in Form einer kleinen Gedenkstätte, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es sollte aber bis zum Jahre 1987 dauern, bis schließlich ein wirkliches Zentrum entstand, das sich innerhalb weniger Jahre zur größten lokalen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik entwickelte.

Authentischer Ort

Betrifft man heute das EL-DE-Haus, so sieht der Besucher sich beim Anblick der kargen, bis auf den Putz freigelegten Wände, der steinernen Böden, der alten Heizkörper und Oberlichter mit einer Atmosphäre konfrontiert, wie sie größtenteils auch schon vor mehr als 70 Jahren bestand. Die Räume im historischen Teil des Gebäudes, in denen sich seit 1997 die umfangreiche Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ befindet, gehören bewusst zur Ausstellung dazu, sie geben ebenso intensiv wie die zahlreichen Bilder, Informationstafeln und Medienstationen die Geschichte des Hauses wieder, anschaulich und vor allem berührbar – unmittelbar. In diesen oberen zwei Stockwerken des Hauses, die ehemals als Zentren des bürokratischen Gestapo-Terrors fungierten, ist die Authentizität aber nicht so aufdringlich, unausweichlich wie in den Keller- und Gefängnisräumen. Hier ist der ehemals physische Terror spürbar, greifbar, aus den Wänden heraus lesbar – es ist nicht zuletzt daher verständlich, wenn vor allem die jüngeren Besucher der Gedenkstätte, die oft erst seit Kurzem mit dem Thema des Nationalsozialismus konfrontiert sind, den Blick auf das Handy oder das Herumalbern mit den Klassenkameraden als willkommene Ablenkung und Möglichkeit zur rettenden Distanz ergreifen.

Das Ausstellungskonzept beabsichtigt genau das: Distanz und Reduktion, sofern man sie braucht, Konfrontation und Nahbarkeit, sofern man sie sucht. Es werden nicht gezielt die Emotionen angesprochen, „Betroffenheitspädagogik“ wird hier vermieden. Schautafeln, Text und Bilder halten sich im Hintergrund, nichts drängt sich dem Besucher auf; wer die „Nähe“ sucht, dem stehen 31 Medienstationen mit über 300 Stunden Ton- und Bildmaterial zur Verfügung, darunter viele Interviews mit Zeitzeugen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Über die Gedenkstätte und das Museum hinaus ist das EL-DE-Haus heute ein wichtiges Forschungs- und Dokumentationszentrum. Sechs Historiker und weitere Mitarbeiter sind hier angestellt, werten Zeitzeugeninterviews, Fotobestände und Dokumentensammlungen aus, forschen zu einem vielfältigen Themenspektrum, publizieren sowohl für die Wissen-

schaft als auch für ein allgemeines Publikum, u. a. in einer eigenen Schriftenreihe im Kölner Emons Verlag. Über hundert Veranstaltungen finden jährlich in den Räumlichkeiten des NS-Dokumentationszentrums statt, darunter Lesungen, Diskussionsrunden, Vorträge, Workshops und Kulturveranstaltungen; mindestens vier Sonderausstellungen pro Jahr erweitern die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ um vertiefende Aspekte zu wechselnden Themen.

Bildungsstätte und Lernort

Doch die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums beschränkt sich nicht nur auf die Vergangenheit; ein wichtiger Aspekt des Selbstverständnisses des Zentrums ist neben der Funktion als Gedenk- und Forschungsort auch die Bedeutung als Bildungsstätte und Lernort. Hier werden Lehrerschulungen durchgeführt, um die Pädagogen dabei zu unterstützen, ihren Schülern das komplexe, von diesen nicht selten als problematisch empfundene Thema Nationalsozialismus näherzubringen. Die in das NS-Dokumentationszentrum eingegliederte Info- und Bildungsstelle gegen Rechtstextremismus (kurz: ibs) führt kostenlos Veranstaltungen und Workshops an Schulen, Jugendzentren oder Betrieben durch, um über Rechtstextremismus und Gewalt aufzuklären und Präventionsarbeit zu leisten.

Auf der Webseite des NS-Dokumentationszentrums Köln kann der Interessierte seinen Besuch in der Gedenkstätte und im Museum vor- und nachbereiten. Man trifft hier auf eine große Vielfalt an Hintergrundinformationen über die Einrichtung, über die diversen Projekte und Veranstaltungen. Nicht zuletzt sind es die Datenbanken, die Schülern, Studenten und Interessierten leichten Einblick in die Quellen ermöglichen. Der Bibliotheksbestand des EL-DE-Hauses ist hier zugänglich, in einer weiteren „Gedenkbuch“-Datenbank sind sämtliche jüdischen Opfer aus Köln verzeichnet. Vor allem das Projekt „Erlebte Geschichte“ ist ein besonderes: Hier sind mittlerweile über hundert Videointerviews mit Kölner Zeitzeugen hochgeladen, die ihre Lebensgeschichte, ihre Kriegserfahrungen schildern. Diese „Art kollektives Gedächtnis in Form eines Videoarchivs“ ist sowohl für Historiker als auch für historisch Interessierte ein wertvoller Schatz und ermöglicht einen lebendigen, emotionalen Einblick in die Erfahrungen über den Nationalsozialismus in Köln.

Wider die Namenlosigkeit: Stolpersteine

Historische Forschungs- und Gedenkstättenarbeit ist stets eine Mischung aus Namenlosem und Benennbarem, aus Interpretation und Fakten. Den Opfern ein Gesicht zu geben, ihre Namen herauszufinden, zu nennen und zu erinnern, ist

eine der wichtigsten Aufgaben der Gedenkstätten. Besonders das Projekt „Stolpersteine“, das seinen Ursprung in Köln hat und vom NS-Dokumentationszentrum unterstützt und gefördert wird, hat mittlerweile internationalen Rang und gehört zu einem der bekanntesten Projekte der europäischen Gedenkkultur. Der Künstler Gunter Demnig begann mit diesem Projekt in den neunziger Jahren. Die 10 x 10 x 10 cm großen Stolpersteine sind Betonquader, die in den Bürgersteig vor den ehemaligen Häusern und Wohnungen von während des Nationalsozialismus Deportierten und Ermordeten eingelassen werden. In die oben aufliegende Messingplatte ist der Schriftzug „Hier wohnte ...“ eingearbeitet, anschließend werden der Name und weitere bekannte Daten, wie das Deportations- oder Todesdatum und ggf. der Deportationsort genannt. Etwa 34.000 Stolpersteine wurden schon überall in Deutschland verlegt, aber auch international erfreut sich das Projekt zunehmender Nachfrage und großer Unterstützung.

Dies ist eine Art des Erinnerns, die außerhalb der Mauern eines Museums oder einer Gedenkstätte stattfindet, fest eingelassen in das Stadtbild der jeweiligen Orte des Geschehens. Eine Art des Erinnerns, die zum Stolpern auffordert: Zum Stolpern über Namen, über Schicksale – über Geschichte.

Vielleicht. Eine Aussicht

Die Namenlosigkeit der Urheber einiger Inschriften an den Wänden der Zellen im Keller des ehemaligen Gestapogefängnisses hinterlässt eine Ungewissheit, Unabgeschlossenheit – das haben vermutlich auch die Schüler bei ihrem Besuch im EL-DE-Haus gespürt. Das, was damals geschehen ist, geht auch sie noch an, es ist noch da, es ist unmittelbar, wenn auch durch sieben Jahrzehnte von ihnen getrennt. Vielleicht haben sie nach diesem Museumsbesuch schulfrei, vielleicht müssen sie doch noch einmal zurück ins Klassenzimmer, vielleicht ist es gerade die Deutschstunde, die sie dort erwartet. Vielleicht ist ihnen der Themenwechsel willkommen, vielleicht vertiefen sie sich in die Grammatiklektion der Lehrerin, und vielleicht werden sie an diesem Tag zwei verschiedene Wahrheiten gelernt haben – eine an der Tafel im Klassenzimmer, die andere an den Wänden der Zellen des Gestapogefängnisses niedergeschrieben:

Entgegen den unumstößlichen Regeln der deutschen Grammatik haben sie an diesem Tag erfahren, dass es Sätze gibt, die nicht einfach mit einem Punkt abgeschlossen werden können – sei es eine Inschrift an einer Zellenwand, sei es ein Satz, der vor über 70 Jahren begann und der diese große Namenlosigkeit einleitete, die noch heute in Europa und vor allem in Deutschland Gedenkstätten-, Forschungs- und Aufklärungsarbeit so dringend notwendig macht.

SIMONE FALK ist eine in Kiel lebende Übersetzerin, Lektorin und Journalistin.
Sie hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften von der Universität Bremen.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

Website NS-Dok:

<http://www.museenkoeln.de/ns-dok/>

Projekt „Erlebte Geschichte“ des NS-Dok

<http://www.eg.nsdok.de/>

Projekt „Stolpersteine“

<http://www.stolpersteine.com/>

ERINNERUNG – ABER WIE?

POLEN ALS BEISPIEL DER VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG EINES OPFERSTAATES

„Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“, verkündet eine Tafel im Museum des Vernichtungslagers in Auschwitz die Worte des Philosophen George Santayana. Doch was heißt „Vergangenheit erinnern“, wenn – wie uns die Lektüre der zahlreichen Erinnerungen derjenigen lehrt, die sie erlebt haben – das Erinnern ein dynamischer Prozess ist?

Von Stanisław Strasburger



*Das ehemalige Gebäude der Polnischen Zentralbank wurde während des Warschauer Aufstandes 1944 zerstört.
Foto: Stefan Weidner © Goethe-Institut*

Eines nebligen Morgens im April 2010 stürzt am Flughafen in der russischen Stadt Smolensk ein polnisches Regierungsflugzeug ab. In dieser Katastrophe kommen der Präsident des Landes und seine Frau ums Leben. Mit ihnen sterben auch der Stabschef der polnischen Armee, der Chef der Nationalbank, zahlreiche Parlamentarier, Geistliche und hohe Staatsbeamte. Die Passagiere des Flugzeuges sind Teil einer offiziellen Delegation zum Anlass des 70. Jahrestages des so genannten Verbrechens von Katyń.

In den Berichten nach der Katastrophe von Smoleńsk war keine Rede von einem Anschlag. Doch wenn man den Grund der Reise, den Ort des Unglücks und das spätere Echo mit in Betracht zieht, ist es schwierig, einen besseren Anlass für eine Reflexion über den Umgang des gegenwärtigen Polens mit seiner Vergangenheit zu finden. Dieses Land, das während eines Großteils des 20. Jahrhunderts von seinen mächtigen Nachbarn Russland und Deutschland besetzt war, kann heute als Beispiel dienen – es kann aber auch eine Warnung

sein auf dem Weg der Entwicklung eines historischen Gedächtnisses nach einer langen Periode politischer Abhängigkeit.

In diesem Zusammenhang fällt es mir schwer, mich des Eindrucks zu erwehren, dass interessante Analogien bestehen zwischen der Geschichte Polens und seiner Nachbarn und der Geschichte des Nahen Ostens, vor allem mit seinen regionalen Akteuren: Syrien, Libanon und Israel. Obwohl eine Diskussion dieses Themas den Rahmen des Textes überschreitet, ermuntere ich die scharfsinnigen Leser zu einer Lektüre unter eben diesem Gesichtspunkt.

Zeuge der Geschichte

Das Verbrechen von Katyń aus dem Jahre 1940 ist eine der traumatischsten Episoden der zeitgenössischen Geschichte Polens. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nur knapp ein Jahr zuvor hatte die Besetzung des Landes durch Hitler-

deutschland und Sowjetrußland zur Folge. Die damaligen Erlebnisse meiner Großmutter sind bezeichnend. Nachdem sie als Krankenpflegerin einberufen worden war, zog sie sich mit einer Militärkolonne aus der Hauptstadt in Richtung Osten zurück. Ebenso wie die mit ihr Tag und Nacht marschierenden Soldaten glaubte sie, dass sie in der Tiefe des Landes, in einem Gebiet, das von den deutschen Angreifern verschont geblieben war, Anschluss an frische Truppen finden und am Gegenangriff teilnehmen würde. Doch stattdessen trafen sie auf die Vorposten der Roten Armee. „Polen wurde geteilt!“, verkündete ein russischer Offizier den vom Herumirren erschöpften und ausgehungerten Soldaten. „Euer Staat existiert nicht mehr. Ihr könnt euch aussuchen: Entweder ihr kehrt zu den Deutschen zurück, oder ihr bleibt auf unserer Seite des Flusses. Dies ist jetzt die neue Grenze zwischen Deutschland und der UdSSR. Und die Offiziere unter euch kommen mit uns!“

Natürlich konnte von einem Gegenangriff keine Rede sein. Doch damit war es noch nicht genug: Bald verbreitete sich die Nachricht, politische und militärische Anführer des Landes seien ins Ausland geflüchtet. Die Niederlage der polnischen Armee und die Teilung des Staates waren ein Schock. Die Menschen fühlten sich von der eigenen Regierung, der sie vertraut hatten, betrogen und im Stich gelassen. Einige brachen in Hysterie aus, andere wurden von einer Apathie überkommen, die sie allem gegenüber gleichgültig werden ließ.

Meine Großmutter entschied sich für die deutsche Besatzung. Sie kehrte in die Hauptstadt zurück, verbrachte dort sechs Kriegsjahre und anschließend, in Zeiten des Kommunismus, 44 Jahre unter faktischer sowjetischer Besatzung. Damals, im Jahre 1939, hatte sie Glück, dass weder sie noch ihr Vater Offiziere gewesen sind, denn diese wurden in sowjetische Gefangenenlager wie Katyń gebracht. Insgesamt ermordeten die Sowjets dort etwa 22.000 Menschen. Auf diese Weise verlor Polen die Hälfte seines Offizierskorps. Die Politik beider Besatzer ähnelte einander sehr: Es ging ihnen um die Vernichtung der Bildungselite und somit um die geistige Degradierung des Landes.

Geflüsterte Wunden

Noch heute ist das Verbrechen von Katyń Gegenstand zahlreicher Manipulationen innerhalb des polnischen historischen Gedächtnisses. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Entdeckung und Veröffentlichung der Verbrechen bereits zu Kriegszeiten durch die Nazis erfolgte. Sie verkündeten die Namen der Ermordeten und benannten die Schuldigen der Verbrechen. Aber die Sowjets leugneten alles. Anschließend, in Zeiten des kommunistischen Polens, konnte man für die Erinnerung an Katyń im Gefängnis landen. In den Schulbüchern sowie anlässlich öffentlicher Auftritte wurde die Angelegenheit verschwiegen oder es wurde behauptet, die Nazis

seien die Mörder gewesen. Meiner Großmutter blieb nichts anderes übrig, als bei Spaziergängen im Park, während sie aufpasste, dass niemand lauschte, dem Jungen, der ich damals war, zuzuflüstern, was sie mit eigenen Augen gesehen hatte, und was meine Lieblingslehrerin in der Schule als Lüge bezeichnet hat.

Im Jahre 1989 ereignete sich in Osteuropa ein Wandel. Die Rote Armee zog sich von polnischem Territorium zurück. Die UdSSR erhielt die kommunistische Regierung des Landes und die Kontrolle über sie nicht weiter aufrecht. Nun gelangten die wahren Informationen über die Schuldigen des Verbrechens von Katyń in die Geschichtsbücher. Doch schnell stellte sich heraus, dass jahrzehntelange Zensur, Lüge, vor allem aber die Unterdrückung von Gefühlen und unverheilte Wunden sich nicht durch Einträge in die Geschichtsbücher wettmachen lassen. Zeitgleich mit der Befreiung des Wortes begann der Kampf um die Erinnerungskultur.

Tödliche Ironie

Noch am Morgen des Geschehens erfahre ich von der Tragödie des polnischen Regierungsflugzeuges bei Smolensk. Ich kehre nach einem kurzen Urlaub in Jordanien in den Libanon zurück. Innerhalb der nächsten Stunden erhalte ich Beileidsbekundungen von arabischen Freunden, aber auch von Fremden. Die Menschen schrecken nicht davor zurück, hehre Worte zu benutzen: „Das ist eine nationale Tragödie für dein Land“; „Ihr verdient ein solches Schicksal nicht“; „Wir sind mit ganzem Herzen im Schmerz mit Polen verbunden“.

Als ich einen Tag später in Beirut über die Politiker spreche, die in der Katastrophe ums Leben gekommen sind, erlaubt sich so mancher libanesische Gesprächspartner einen Scherz: „Du weißt, dass ihr mir leid tut, aber wenn ein Flugzeug mit libanesischen Staatsmännern abstürzte, würde sich vielleicht endlich etwas in unserer Politik ändern.“

Ich habe nie verheimlicht, dass ich kein Anhänger des politischen Lagers bin, dem der damalige Präsident angehörte. Und das obwohl das geplante Begehen des Jahrestages unter Teilnahme der wichtigsten Staatsmänner Polens und Russlands, aber auch die Ausstrahlung des Spielfilms »Katyń« von Regisseur Andrzej Wajda im russischen Fernsehen, eine Wende in der Beziehung zwischen Polen und Russland bedeutete.

Die Ironie an dieser Katastrophe ist die Tatsache, dass Lech Kaczyński, auch als ehemaliger Oberbürgermeister von Warschau, eine der Schlüsselpersonen war, die die Erinnerungskultur in Polen gestaltet haben. Unter seiner persönlichen Schirmherrschaft entstand 2007 der Film »Katyń«. Doch Lech Kaczyńskis Sicht des historischen Gedächtnisses erweckt bis heute in mir ein Gefühl der Beunruhigung. Sie huldigt einer anachronistischen Definition der Nation und des

Patriotismus, die sich nicht fernhält von opportunistischen Kompromissen in Bereichen, die eine ehrliche gesellschaftliche Diskussion verdienen. Zu oft fand ich darin ein beinahe mystisches Bild Polens als unglückseliges Opfer fremder Großmächte und trügerischer Verbündeter. Nach der Katastrophe in Smolensk gewann diese Sicht an Bedeutung und gibt oft bis heute den Ton an.

Ehre gleich Eitelkeit?

Eine gute Illustration dieser Sicht ist eben der Film »Katyń«. Seine Bedeutung ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der polnische Starregisseur unter der Schirmherrschaft des Staatsoberhauptes eine Gruppe hervorragender Schauspieler am Filmset versammelte. Wichtiger ist, dass der Film beinahe zu einem Pflichtelement im Geschichtsunterricht der Schulen geworden ist. Auch das polnische Außenministerium ermuntert diplomatische Vertretungen überall auf der Welt dazu, den Film im Ausland zu fördern. Demnach ist »Katyń« nicht einfach nur ein Spielfilm, der auf Fakten basiert, sondern auch ein Bildungsmedium, das das polnische historische Gedächtnis exportiert. Diese Tatsache sollte man nicht außer Acht lassen, wenn man über Wajdas Film urteilt.

Die Handlung des Filmes konzentriert sich auf einige Offiziere, die von den Sowjets gefangen genommen werden und nach Katyń gelangen, wo sie brutal ermordet werden. Auf der anderen Seite verfolgt der Zuschauer das Schicksal der Ehefrauen und Mütter, die kein gesichertes Wissen über das Schicksal ihrer Männer und Söhne haben und manchmal jahrelang warten, in der Hoffnung, dass diejenigen, die nun aber schon lange nicht mehr leben, zurückkehren. Der Regisseur bedient sich eines einfachen Schemas: Unschuldige Menschen werden von grausamen, gottlosen Peinigern ermordet, und ihre Verwandten leiden unter quälender Ungewissheit.

Schon die erste Szene des Filmes erweckte mein Erstaunen. Einer der Offiziere, der soeben erst in sowjetische Gefangenschaft geraten ist, hat die Gelegenheit, unmittelbar vor der Abfahrt des Transportes zu fliehen. Er trifft sogar seine Frau und seine kleine Tochter. Sie reden ihm zu, er möge die Gelegenheit nutzen und bei ihnen bleiben. Doch der Protagonist lehnt im Namen seiner Ehre ab, denn für einen Offizier der polnischen Armee komme eine Flucht nicht in Frage. Und doch überlege ich, was sein Opfer bringt, abgesehen von dem Tod eines weiteren jungen Menschen und dem Leid seiner Familie? Dies war ein Tod ohne Kampf, ohne eine Chance auf einen politischen oder ideellen Erfolg. Soll eine solche Einstellung wirklich propagiert werden und als Vorbild dienen?

Es könnte sein, dass diese Szene im Film die Denkweise der Menschen damaliger Zeiten wiedergibt. Aber warum unterzieht der Regisseur diese Denkweise nicht einer tiefer gehenden Reflexion? Das Gegenteil ist der Fall: Die Botschaft des

Werkes und somit die Art der Erinnerungskultur nimmt die Form einer Allegorie an. Es gibt nur eine Möglichkeit: Die Interpretation dessen, was gut und was schlecht ist, ist im Voraus bestimmt. Das bezeugt bereits eine der ersten Szenen des Films: Auf dem Platz vor der Kirche sieht die Frau einen Körper, der von einem Armeemantel ihres Ehemannes bedeckt ist. Über ihm spricht ein Priester das Totengebet. Als sie erschüttert den Umhang von dem Körper herunterreißt, zeigt sich, dass dort kein Mensch liegt, sondern eine gekreuzigte Jesusfigur. Will Wajda wirklich versuchen zu sagen, dass der Tod polnischer Offiziere in Katyń wie das Opfer des Sohnes Gottes ist?

Schließlich gelingt es einem der Protagonisten des Filmes, Katyń zu überleben und nach dem Krieg in das kommunistische Polen zurückzukehren. Er wird nicht mit der Tatsache fertig, dass seine Umwelt ihn als Kollaborateur behandelt, und er begeht Selbstmord. Doch er war es gewesen, der gemeinsam mit der sowjetischen Armee nach Polen gelangte – mit derselben, die vor nicht allzu langer Zeit am Mord seiner Kollegen beteiligt war. Zwar gelang es ihm, die Tragödie zu überleben, aber das wurde kein Anlass zur Freude. Im Gegenteil: Sein Überleben führt zu einem weiteren Tod – zu seinem eigenen. Die Vorwürfe der Familien der ermordeten Kollegen verursachen ihm große Gewissensbisse. In Gedanken, Worten und Werken stellen sie ihm fortwährend dieselbe Frage: Warum hast du überlebt und nicht mein Mann, mein Sohn ...?

In Anbetracht des auf eigentümliche Weise aufgehobenen Rückstandes nach vierzig Jahren des erzwungenen Schweigens und der Lüge ist diese allegorische Sichtweise vielleicht sogar verständlich. Doch als siebzig Jahre nach den beschriebenen Ereignissen eine allgemeine Bildung und Förderung im Ausland ins Spiel kommt, sollte das historische Gedächtnis im Bezug auf dieses so traumatische Erlebnis auf weitgehend differenziertere Weise zum Ausdruck kommen.

Die beleidigte Kartoffel

Selbst Lech Kaczyński war außergewöhnlich empfindlich, wenn es um das Bild Polens in der Welt ging (und um sein Bild als Präsident). Manchmal nahm dies merkwürdige Formen an. Als herausragendes Beispiel dient die Affäre um den Spitznamen „Polens neue Kartoffel“, den ihm die deutsche, linke Tageszeitung TAZ im Jahre 2006 gegeben hat. Die unverbesserliche, antideutsche und antirussische Haltung des Präsidenten wird hier in einer Satire erbarmungslos verspottet. Der Autor beschreibt Kaczyńskis Weltbild als eines, „in dem seit dem Mittelalter jeder Deutsche auf vollen Pferden gen Osten sprengt.“

Der Artikel, der immerhin in einer privaten Zeitung erschien, löste eine Welle der Entrüstung bei Kaczyński aus. Er sagte Treffen mit Partnern in Deutschland ab. Er forderte die Einleitung eines juristischen Verfahrens gegen den Autor der Sa-

tire. Sollte die Gestaltung des historischen Gedächtnisses einem Staatsoberhaupt anvertraut werden, das in persönlicher Hinsicht so empfindlich ist?

Wenn Obama sich irrt ...

Viel komplexer ist die Problematik der so genannten polnischen Todeslager. Dieser Begriff, der sich auf die Konzentrationslager in den besetzten Gebieten Polens bezieht, wird hin und wieder weltweit in den Medien und von Politikern benutzt. Die Unangemessenheit dieser Bezeichnung beruht darauf, dass sie den Schluss zulässt, die Polen hätten etwas mit der Errichtung dieser Lager zu tun gehabt. Doch es ist bekannt, dass die Konzentrationslager von den deutschen Nazis errichtet und geleitet wurden.

Diese Angelegenheit ist auch heute noch aktuell. Im Mai 2012 benutzte Präsident Obama in seiner Ansprache die Bezeichnung „polnische Todeslager“. Ironischerweise hielt er diese Ansprache anlässlich der posthumen Auszeichnung eines Mitgliedes der polnischen Widerstandsbewegung, das sich unter Lebensgefahr in das Ghetto und Lager hineinschlich, um den Alliierten als einer der Ersten Informationen über die Vernichtung zu liefern. In den Ohren vieler Polen sind die Worte Obamas insofern schmerzhaft, da Amerika oft als der Verbündete Polens schlechthin wahrgenommen wird, im Gegensatz zu den Ländern Europas, die in der Vergangenheit oftmals ihre Bündnisverpflichtungen nicht eingehalten haben. Das Problem ist aber noch umfangreicher.

Hitler in unseren Köpfen

2011 organisiere ich in Warschau ein libanesisches Filmfestival und ein Bildungsprojekt, um den Schülern und Lehrern einer weiterführenden Schule dieses Land näherzubringen. Ich lade drei junge, libanesischen Gäste ein: eine Filmschauspielerin, eine Aktivistin und eine Regisseurin von Dokumentarfilmen sowie Pädagogin und Arabistin. Das Programm ist anstrengend, aber die Gäste bestehen darauf, dass wir uns zumindest für einen Tag auf den über 300 km langen Weg in Richtung Süden machen – zum Lagermuseum in Auschwitz-Birkenau. Wir stehen morgens um fünf Uhr auf und kehren erst um Mitternacht zurück. Sogar unser Filmstar, die nicht daran gewöhnt ist, sich derart anzustrengen, und die nach der Rückkehr halbtot und in einer etwas kapriziösen Stimmung war, zögert am nächsten Tag nicht zuzugeben, dass es sich gelohnt habe.

In Auschwitz stehen nun weitere Probleme mit dem historischen Gedächtnis an. Wohl gemerkt, betreffen diese nicht nur das gegenwärtige Polen, sondern die gesamte westliche Welt. Und es geht mir hier nicht um die generellen Fragen zum Massentourismus und zur Kommunikation mit den Besuchern – zum Beispiel um die Bestrebung, dass der historische Ort weder ermüdend auf die Besucher wirkt noch droht, zu ei-

nem Disneyland mit multimedialen, „authentischen“ Inszenierungen zu werden, die erlauben, sich in die Geschichte „einzufühlen“. Im Gegenteil: Es geht mir eher darum, zu einer Konfrontation mit der Vergangenheit und zu einer aktiven Mitgestaltung des historischen Gedächtnisses zu ermuntern.

Während unseres Besuches in Auschwitz erregt eine Tafel unsere Aufmerksamkeit, auf der die Opfer des Lagers aufgelistet sind. Wir halten an und lesen: Juden – 1 Million, Polen – ca. 75.000, Sinti und Roma – 21.000, sowjetische Gefangene – 15.000, andere – ca. 12.500. Wir beschließen, die englischsprachige Führerin anzusprechen und sie zu fragen, wen genau die Historiker des Museums meinen, wenn sie „Juden“ oder „Polen“ schreiben.

„Das ist einfach“, sagt die Museumsführerin. „Juden sind diejenigen, die jüdischen Glaubens sind.“

„Aha“, sage ich. „Und wer sind in diesem Fall die Polen auf der Liste?“

„Also, ähm ...“ Sie beginnt zu zögern. „Das sind die Bürger Polens.“

„Bürger ...“, wiederhole ich das Gesagte. „Und die vorhin genannten Juden, waren sie etwa keine Staatsbürger?“

Die Museumsführerin ist nun deutlich verunsichert und sagt kleinlaut: „Wissen Sie ... Ähm ... Doch, das waren sie auch. Fast die Hälfte von ihnen waren Bürger Ungarns und etwa 300.000 waren Bürger Polens. Der Rest kam aus anderen Ländern Europas ...“

„Also sind die Polen, die hier aufgelistet sind“, erkundige ich mich, um alle Zweifel zu beseitigen, „nicht einfach Bürger Polens, sondern Bürger katholischen Glaubens?“

„Das stimmt“, bestätigt sie.

„Was soll dieses Durcheinander?“, wundern wir uns. „Warum steht dort nicht ‚Polen der und der Glaubensrichtung‘, ‚Ungarn der und der Glaubensrichtung‘ usw.?“

Ist das denn möglich? Das Museum bedient sich der Kategorien Hitlers! Es ist nicht wichtig, welche Staatsangehörigkeit ein Gefangener hatte, der in dieses Lager gelangte, welchem Glauben er anhing oder für wen er sich selbst hielt. Es zählte nur, ob die Nazis ihn für einen Polen, Juden oder Zigeuner hielten. Heute wissen wir sehr gut, dass die Nazis auf der Basis ausgedachter, falscher Kriterien handelten. Weder stützten sie sich auf irgendeine Lehre noch darauf, welche faktische Staatsbürgerschaft ihre Opfer vorzuweisen hatten.

Doch die Museumsführerin gibt nicht auf.

„Sie wissen nicht, was hier los ist“, sagt sie verärgert. „Sagen wir, eine polnische Reisegruppe mit einem katholischen Priester als Führer kommt hier an. Wenn auf der Tafel ‚Polen mosaikischen Glaubens‘ stünde, würde uns der Priester den Hals umdrehen. Ein wahrer Pole ist doch ein Katholik, würde er ärgerlich sagen. Nehmen wir zur Abwechslung das Beispiel einer israelischen Reisegruppe, von denen sehr viele herkommen. Wenn auf der Tafel ‚Pole‘ und nicht ‚Jude‘ stünde,

dann würden die Israelis uns in Stücke reißen, unabhängig davon, was weiter noch auf der Tafel stünde. Aber das waren doch die Unseren: Juden, und keine Polen! – würden sie uns vorhalten.“

Wir lassen die Museumsführerin hinter uns. Letztendlich ist es nicht ihre Schuld, welche Erinnerungspolitik das öffentliche Museum betreibt und wie diese der staatlichen Kontrolle unterliegt. Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Politik sich auf opportunistische Kompromisse stützt. Eine erfolgreiche Kampagne gegen „polnische Todeslager“ muss sich davon befreien. Damals in Auschwitz schämte ich mich einfach nur meinen libanesischen Gästen gegenüber.

Erinnerung als sarkastischer Prozess

Nach der Katastrophe von 2010 schlugen die Medien plötzlich einen ungewohnten Tonfall an, unabhängig von ihrer politischen Orientierung. Sie forderten die Menschen auf, sich auf seinem letzten Weg vom Präsidenten zu verabschieden. Viele politische Gegner waren plötzlich überzeugt, welch ein ausgezeichnete Politiker Lech Kaczyński doch war. Die Wagenkolonne mit der Leiche des Präsidenten erinnerte an einen Militärkonvoi, als stünde die Rolle der Armee in Zeiten, in denen wir – darauf vertraue ich – weit von irgendeinem Krieg entfernt sind, im Mittelpunkt.

Bei dieser Gelegenheit meldete sich erneut die Dynamik der Erinnerung zu Wort. Die verschiedensten Verschwörungstheorien schossen wie Pilze aus dem Boden. Sie beschuldigten mal die Russen, „den ewigen Feind Polens“, die nicht zum ersten Mal die Hand gegen „die Blume der polnischen Nation“ erhoben, mal wiesen sie auf hiesige Politiker hin, die angeblich der Schande der Kollaboration verfallen waren. Der beste Beweis für den Verrat der Letzteren ist die Tatsache, dass sie nicht an Bord des Unglücksflugzeuges waren.

Doch die Aufzeichnungen der Blackbox beweisen, wenn auch nicht immer eindeutig, dass die Ursache der Katastrophe viel simpler war. Ein Aspekt war die unglückliche Verkettung von technischen Umständen. Viel deutet auch darauf hin, dass die Piloten den Atem des Befehlshabers der Luftwaffe in ihrem Rücken spürten. Sicherlich fürchteten sie die Unzufriedenheit des launischen Präsidenten. Trotz schlechter Witterungsverhältnisse und der Ratschläge des Flugkontrollturms, einen anderen Flughafen anzufliegen, entschied sich der Kapitän für die riskante Landung.

Gleichzeitig tauchten im Land kettenartig versendete SMS folgender Art auf: An Bord des Flugzeuges nach Smolensk ging ein „kleiner“ Mann, ein zänkischer, gewöhnlicher Präsident, der noch dazu hinterwäldlerisch und fremdenfeindlich war und den Refrain der Nationalhymne nicht kannte. Dieser Präsident mit den bisher niedrigsten Umfragewerten war nicht nur das Gespött von Satirikern, sondern von ganz Europa ... Aus Smolensk wurde dann der Sarg eines „außerordent-

lichen Staatsmannes“ (...), „des Vaters der Nation“ (...), eines „Königsgleichen“ gebracht ... Da frage ich mich, wer verdammt noch mal die Leiche ausgetauscht hat? Wo ist der Körper Kaczyńskis?

Das Gute, das Böse und die Geschichte

Indem ich mich an die Scherze meiner libanesischen Bekannten erinnere, möchte ich besser keine unpassenden Vergleiche anstellen. Lech Kaczyński ist kein libanesischer Warlord. Dennoch fördert das politische Lager seines Bruders und vieler weiterer konservativer Politiker dieses Milieus eine besondere Sicht des historischen Gedächtnisses. Sie ehren die Haltung von Vorkriegsoffizieren, die den „Kollaborateuren“ aus der kommunistischen Zeit entgegengestellt wird. Dabei vergessen sie die uralten Feinde nicht, die an den Grenzen lauern, und die Welt, die das Opfer Polens – den Christus unter den Völkern – gleichgültig betrachtet. Woher kommt diese vereinfachte, verklärende Sprache des historischen Gedächtnisses?

Ein Teil des Problems bilden die opportunistischen Manipulationen, die in der Politik stets eine Rolle spielen. Dies betrifft sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik. Das Schlüsselement ist dennoch auch das Denken, das in einer Epoche geformt wurde, in der Polen tatsächlich besetzt war oder um die Sicherheit seiner Grenzen fürchten musste. In einer Epoche, in der die Wahrheit verborgen werden musste. Das betraf sowohl die offizielle Historiographie, die immer anfällig für Beeinflussungen war, als auch die menschlichen Erinnerungen. Letztere, wenn sie sich auch im Prinzip keinen ideologischen Schemata zuordnen lassen, sind Verzerrungen unterworfen, sobald sie mit der Regierungsgewalt in Berührung kommen. Es lohnt sich jedoch, konfliktträchtige Zeiten von Friedensperioden, die ehrliche gesellschaftliche Debatten begünstigen, zu unterscheiden.

Von einer breiteren Perspektive aus betrachtet, ist die Sprache des historischen Gedächtnisses unter den Kaczyński-Brüdern eine Sprache der Gegenüberstellung des Guten und des Bösen. Dennoch ist Moral keine historische Kategorie. Sie gehört eher der Poetik des Krieges an – und das oft mit Gott als dem großen Krieger im Hintergrund.

Ruhet in Frieden ...

Ich glaube fest daran, dass es sich lohnt, diese schematische Sicht der Geschichte hinter sich zu lassen. Wenn ich mit meiner Großmutter spreche, aber auch wenn ich im NS-Dokumentationszentrum in Köln mitarbeite, höre ich Zeitzeugen und unterstütze die Dokumentation ihrer Erinnerungen. Ich bin überzeugt, dass das historische Gedächtnis eines Landes nicht ausschließlich aus den Erinnerungen der Helden bestehen kann, sondern dass diejenigen Taten, derer man sich eher schämen sollte, ein ebenso wichtiger Bestandteil dieses Gedächtnisses sind.

Beispielsweise die tragikomische Geschichte zweier verwundeter Deutscher, die während des Kampfes gegen die polnische Widerstandsbewegung im Jahre 1944 in die Hände meiner Großmutter gelangt sind. Einer glaubte der Krankenpflegerin und ließ sich die Wunde verbinden, aber der andere hatte Angst davor, ihnen zu vertrauen. Er trieb den anderen an, das aufständische Krankenhaus schnellstens zu verlassen. Als sie das Gebäude verließen, schafften sie es keine hundert Meter weit. Vor den Augen meiner Großmutter wurden die beiden von polnischen Widerstandskämpfern erschossen.

In der Sicht Polens, wie sie in Wajdas »Katyń« dargestellt wird, gibt es keinen Platz für ähnlich ambivalente Zeugnisse, weder auf persönlicher noch auf politischer Ebene. Der Schock der Niederlage des Jahres 1939 und die tragischen Folgen des Bankrotts des polnischen Vorkriegsstaates und seiner veralteten, schlecht geführten Armee werden als heldenhaftes Opfer dargestellt. Wenn ich den Film ansehe, gewinne ich zudem den Eindruck, dass es patriotischer ist, seine besten Söhne in den Tod zu schicken (sei es auch ein noch so heldenhafter Tod), als für ihr Überleben Sorge zu tragen, das für die Gesellschaft doch so dringend notwendig ist.

Dies ist keine Sichtweise eines historischen Gedächtnisses, die mir nahe steht. Ich vermisse darin Authentizität – in ihrer ganzen Ambivalenz des menschlichen Verhaltens. Es gibt ebenfalls keine fundierte Analyse der historischen Katastrophen und der Rolle der Anführer, denen es nicht gelungen ist, diese Niederlagen zu verhindern, und die nicht einmal die Zivilcourage besaßen, um die Gesellschaft vor ihrem unvermeidbaren Eintreffen zu warnen. Dies sind die Inhalte, die sich in den Geschichtsbüchern befinden sollten.

Ich wünschte, die menschlichen und historischen Tragödien Katyń und Auschwitz – und auf einer völlig anderen Ebene auch die Katastrophe des Regierungsflugzeuges in Smolensk – hörten auf, ein Element der Manipulation der Gedächtniskultur zu sein. Heute ist Polen von Freunden umgeben. Man kann aus seinem interkulturellen und nicht kriegerischen Vermögen schöpfen und es um neue Aspekte im Bezug auf die Schaffung eines gemeinsamen Europas bereichern. Es ist höchste Zeit, die Sprache der Erinnerung zu ändern. Kriegspoetik ist nicht mehr notwendig, ebenso wenig wie die Poetik des Films »Katyń«. Sie sollen in Frieden ruhen. Sei es auch auf dem Wawel, gemeinsam mit dem „königsgleichen“ Lech Kaczyński.

STANISŁAW STRASBURGER ist ein polnischer Schriftsteller und Publizist. Er organisiert u. a. auch Projekte im Kulturbereich zwischen Polen, Deutschland und Libanon. 2009 erschien sein Roman *Handlarz wspomień* („Geschichtenhändler“). Auf Arabisch schreibt er u. a. für die libanesischen Tageszeitung *As-Safir*. Gegenwärtig arbeitet er in Deutschland und dem Libanon an dem Projekt zur Gedenkkultur „Kunst und Dokument“.

*Übersetzung aus dem Polnischen von Simone Falk
Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012*

SICH DEM SCHMERZ DES FEINDES STELLEN ARABISCHE REAKTIONEN AUF DEN HOLOCAUST

Von den fünfziger bis in die neunziger Jahre ist der Holocaust in den arabischen Diskursen weitgehend vernachlässigt worden. Im Gegensatz dazu ist das vergangene Jahrzehnt durch eine wachsende Anerkennung des Holocaust als historische Tatsache gekennzeichnet, die das kollektive Gedächtnis der Juden geprägt hat.

Von Götz Nordbruch



Anna Boghiguian: Zeichnungen, die bei der dOCUMENTA (13) ausgestellt wurden.

Foto: Stefan Weidner © Goethe-Institut

In den vierziger Jahren arbeitete Emil Zaydan als Herausgeber der libanesischen Zeitschrift Al-Ansar. Im Juni 1944 widmete er dem andauernden Konflikt in Palästina einen Artikel. Zu der Zeit hatte die Nachricht über die Massaker an den Juden in Osteuropa die örtliche arabische Öffentlichkeit erreicht. In kurzen Artikeln und Reportagen hatten örtliche Zeitungen über die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung unter der deutschen Besatzung berichtet. Zaydan verarbeitete diese Information in seinen Artikeln, in denen er die Sache der arabischen Nationalbewegungen verteidigte. In einem Kommentar bestand Zaydan darauf, dass seine Warnung vor einer zionistischen Bedrohung für die arabische Welt nicht als eine Offensive gegen die Juden gemeint sei. Er behauptete, seine Warnung stehe „in keinem Gegensatz zu einer Empathie den Juden in Europa gegenüber und zu der tiefen Trauer aufgrund des Leidens, das sie durch Verfolgungen und Deportationen erlebten. Wir müssen klar eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Dingen treffen, damit wir ohne Zweideutigkeiten sagen können: Das jüdische Problem ist nicht gleich das zionistische Problem!“

Ähnliche Argumente wurden von Beobachtern aus verschiedenen politischen Spektren geäußert. Von diesem Standpunkt aus war die Sympathie für das Schicksal der Juden keineswegs widersprüchlich zu einer vehementen Zurückweisung des zionistischen Vorhabens im östlichen Mittelmeerraum. Viele arabische Nationalisten beispielsweise sahen die Forderungen nach einer jüdischen Besiedlung Palästinas, die aufgrund der Notlage der jüdischen Flüchtlinge aus Europa erfolgen sollte, als illegitim an, da sie als Instrumentalisierung des Leidens der europäischen Juden zu imperialistischen Zwecken angesehen wurden.

Diese Wahrnehmung des Holocaust als Verbrechen gegen das europäische Judentum, das sich gegen die arabische Bevölkerung Palästinas richtete, hat sich in den gegenwärtigen arabischen Debatten über die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands erneut ausgebreitet. Von den fünfziger bis in die späten neunziger Jahre ist der Holocaust in den arabischen Diskursen weitgehend vernachlässigt oder vermieden worden. Im Gegensatz dazu ist das vergangene Jahr-

zehnt durch eine wachsende Anerkennung des Holocaust als historische Tatsache gekennzeichnet, die das kollektive Gedächtnis der Juden geprägt hat. Als eindrucksvolles Beispiel ist die kürzlich erschienene, herausragende Publikation von Gilbert Achcar zu nennen, einem französisch-libanesischen Politikwissenschaftler, die unter dem Titel »Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen« erschienen ist. In diesem Buch wendet Achcar sich deutlich gegen die bestehenden Geschichtsschreibungen in der arabischen Welt, denen zufolge der Holocaust nichts anderes als ein zionistischer Mythos sei. Besonders interessant an diesem Buch ist, dass Achcars Position keineswegs neu ist. Indem er aus der Dissertation seines Vaters, Joseph Achcar, aus dem Jahre 1934 zitiert, hebt er die Entrüstung vieler arabischer Beobachter angesichts der Entwicklungen im damaligen Deutschland hervor. In seiner Doktorarbeit bezieht der Vater sich folgendermaßen auf die antijüdische Politik des Naziregimes: „Es ist selbstverständlich, dass wir die primitive, brutale Idee verurteilen, die deutsche Nation zu reinigen, indem alle Elemente in ihr eliminiert werden, die ihr fremd sind. (...) Diese Idee veranlasste die Vertreibung der ‚Ungewollten‘, der Juden, die auf die Gastfreundschaft anderer Länder angewiesen waren.“

Arabische Reaktionen auf den Holocaust

Insofern waren die arabischen Reaktionen auf den Nazismus und den Holocaust wieder an ihrem Ausgangspunkt angelangt. Sie waren – und sind es noch immer – unmittelbar mit dem weiteren Kontext örtlicher, regionaler und internationaler Politik verbunden. Der gegenwärtige Anstieg des Interesses an der Geschichte des Nationalsozialismus kann als eine Reflexion des sich entwickelnden intellektuellen Pluralismus gesehen werden, der es erlaubt, etablierte Geschichtsschreibungen infrage zu stellen. So gesehen ist es nicht überraschend, dass die Veröffentlichung von Büchern wie dem von Gilbert Achcar und anderen mit einer Revision weiterer Darstellungen historischer Ereignisse übereinstimmt, die die Diskurse in der arabischen Öffentlichkeit seit Jahrzehnten geprägt hatten. Fragen der nationalen Einheit, ethnischer und religiöser Minderheiten sowie die Klassen- und die Gender-Problematik sind in den meisten arabischen Gesellschaften lange Zeit Tabuthemen gewesen, die von den autoritären Regimes und ihren Wählerschaften kontrolliert wurden, die nach einer Einschränkung intellektueller Debatten und kultureller Vielfalt strebten. Seit den neunziger Jahren wurden diese Tabus zunehmend infrage gestellt, indem sie in einer wachsenden Vielfalt und Polarisierung öffentlicher Kontroversen und intellektueller Debatten reflektiert wurden. Diese intellektuelle Öffnung, die mit der Veränderung des Machtgefüges in der Region in Verbindung steht, schlägt sich auch in einem wachsenden Interesse am Holocaust nieder.

Der Fall Garaudy

Ein bestimmtes Ereignis markiert einen Wendepunkt in den jüngsten Kontroversen um den Holocaust in der arabischen Öffentlichkeit: die Debatte, die von dem französischen Philosophen Roger Garaudy und seinem Werk »Die Gründungsmythen der israelischen Politik« ausgelöst wurde. In diesem Buch, das erstmals 1995 veröffentlicht wurde, bezeichnet Garaudy den Holocaust explizit als einen Mythos, der von der zionistischen Bewegung erfunden wurde, um die Welt zu erpressen und Unterstützung für die Schaffung Israels zu erhalten. Nach der Veröffentlichung in Frankreich im Dezember 1995 wurde Garaudys Buch eingehend in den arabischen Medien thematisiert. Die ersten Interviews mit Garaudy und Artikel über sein Buch erschienen bereits Wochen nach der Veröffentlichung in Frankreich in arabischen Zeitungen. Da er bereits aufgrund seiner früheren Schriften über den Marxismus und besonders über den Islam bekannt war, genoss Garaudy einen beträchtlichen Zuspruch in der arabischen Öffentlichkeit. Das große öffentliche Interesse an seiner These ermöglichte schließlich bei einer Vorlesung während der Internationalen Buchmesse in Kairo im Februar 1998 einen besonders herzlichen Empfang.

Hunderte von Artikeln widmeten sich Garaudys Buch und der folgenden Gerichtsverhandlung, in der er zur Zahlung einer Geldstrafe wegen Leugnung des Holocaust verurteilt wurde. Zwei verschiedene Geschichtsschreibungen waren von zentraler Bedeutung für diese Reaktionen: Zuerst war es die Behauptung, der Holocaust sei ein von den Zionisten erfundener Mythos, um ihr Streben nach einer nationalen Heimat in Palästina zu rechtfertigen. Indem sie Garaudys Behauptung aufgriffen, die Zahl der jüdischen Opfer sei übertrieben und es gebe keine Beweise für eine Politik der systematischen Auslöschung, nutzte eine große Mehrheit arabischer Berichterstatter diesen Fall dazu, die zentrale Bedeutung des Holocaust in der israelischen Geschichtsschreibung infrage zu stellen. Gemäß dieser Sichtweise war der Staat Israel auf einem Mythos errichtet worden, und ihm fehlte es daher an jeglicher moralischer und politischer Legitimation. Dieses Argument wurde durch Hinweise auf eine angebliche geheime Absprache zwischen den Zionisten und den Nationalsozialisten weiter gestützt. Die Zionisten, so lautete die Argumentation, hätten in den dreißiger und vierziger Jahren das Interesse der Nazis geteilt, die Juden aus Europa zu vertreiben und sie dazu zu zwingen, sich in Palästina anzusiedeln. Diese Behauptung einer historischen Allianz zwischen zionistischen Führern und dem nationalsozialistischen deutschen Regime wurde weiterhin durch Hinweise auf die israelische Politik den Palästinensern gegenüber untermauert. Hier, so wurde behauptet, finde die offizielle israelische Geschichtsschreibung von Israel als einem jüdischen Staat sich in der rassisti-

schen Weltansicht der Nazis wieder. Die israelische Politik den Palästinensern gegenüber, so wurde behauptet, spiegele sich in der antijüdischen Politik Nazideutschlands wider.

Der Widerspruch, den die Behauptung beinhaltet, der Holocaust sei eine Lüge und die Juden seien nun verantwortlich für einen zweiten Holocaust gegen die Palästinenser, wurde in diesen Artikeln kaum beachtet. Es war offensichtlich, dass diese Aussagen nicht das Interesse an historischen Ereignissen an sich widerspiegeln, sondern direkt mit den politischen Kämpfen in der Mitte der neunziger Jahre um die Legitimität Israels und seiner Politik in der Region in Verbindung standen.

Der Friedensprozess mit den Palästinensern und mit Jordanien hat die politischen Kämpfe um die Zukunft der Region wieder in den Vordergrund gerückt. Er sieht sich nun einerseits mit den unterschiedlichen nationalistischen und islamistischen Strömungen und andererseits mit denjenigen Stimmen konfrontiert, die eine intellektuelle Öffnung und politische Reformen in der arabischen Welt fordern.

Konspirative Gedanken

Die zweite Geschichtsschreibung, die im Mittelpunkt dieser Reaktionen auf Garaudy steht, spiegelte die Idee einer jüdisch-zionistischen Verschwörung wider, die die internationale Politik, die Medien und die öffentliche Meinung beherrsche. Zahllose Berichterstatter behaupteten, die Juden nutzten ihre Macht und ihren Einfluss, um internationale Politik zu gestalten, und sie steckten hinter den zutiefst zerstörerischen Entwicklungen in der Region. Ein besonders deutliches Beispiel für diese Ansicht war ein Artikel von Muhammad Salmawy, dem damaligen Chefredakteur der Wochenzeitschrift »al-Ahram Hebdo« und persönlichen Berater von Nagib Mahfus, dem Nobelpreisträger und ägyptischen Autor. Salmawy lieferte eine langwierige Besprechung des andauernden Gerichtsverfahrens gegen Garaudy, in der er die alltäglichen Ansichten der arabischen Öffentlichkeit wiedergab. In einem Artikel mit dem Titel „Look for the Jews!“ sprach Salmawy im Februar 1998 drei besorgniserregende Themen an. Ergänzend zum Fall Garaudy bezog sich Salmawy auf das Schicksal Dawid Irvings, dem britischen Holocaustleugner, und auf die Monica Lewinsky-Affäre in den USA. Die ersten Sätze von Salmawys Artikel lauten wie folgt: „Der amerikanische Präsident Bill Clinton steht momentan aufgrund seiner angeblichen außerehelichen Beziehungen [zu Monica Lewinsky] im Rampenlicht. Der französische Denker Roger Garaudy steht in Paris vor Gericht. Der britische Historiker David Irving wurde aus Australien, Italien, Deutschland, Kanada und anderen Ländern des Commonwealth ausgewiesen. Drei Ereignisse, die auf den ersten Blick völlig zusammenhanglos erscheinen. Indem wir uns an die berühmten Worte Napoleons erinnern: „Look for the woman!“, könnten wir ebenso sagen, wenn wir verstehen wollen, was um uns herum geschieht, „Look for the Jews!““

Diese Aussage, deren grundlegende Behauptung von einigen Berichterstattern geteilt wurde, stand für die Beharrlichkeit verschwörerischer Gedanken, die klar auf der Idee eines arabischen Opferkollektivs auf der einen und einem jüdischen Kollektiv, das die Geschichte beherrscht, auf der anderen Seite basiert.

Diese als Reaktion auf die Garaudy-Affäre hervorgebrachten Argumente hatten ihren Ursprung nicht an den Rändern der Gesellschaft; sie wurden von Intellektuellen regionaler und internationaler Reputation geäußert.

Gegen die Leugnung der Geschichte

Die Bedeutung dieser Reaktionen auf Garaudys Schriften beruht auf der Tatsache, dass sie mit einer wachsenden Anzahl von Stimmen einhergingen, die deutlich die Auffassungen der Intellektuellen des Mainstreams und die etablierten Narrative infrage stellten. Unter ihnen befanden sich die Palästinenser Edward Said und Azmi Bishara, der Libanese Hazem Saghiyeh und der Ägypter Ali Salem. Obwohl der politische und intellektuelle Hintergrund dieser Stimmen sehr unterschiedlich war, war ihnen das Streben gemeinsam, langjährige Interpretationen der Lage der arabischen Gesellschaften und regionaler Politik infrage zu stellen. Zwar standen alle diese Autoren der israelischen Politik kritisch gegenüber, aber sie teilten die Überzeugung, dass die Leugnung der Geschichte sich gegen die unmittelbaren Interessen der arabischen Öffentlichkeit richtete.

Edward Said war einer der Ersten, der die Bedeutung des Holocaust im kollektiven jüdischen Gedächtnis anerkannte. Während er die Idee, der Holocaust stelle eine Rechtfertigung für Israels Politik gegenüber seinen Nachbarn dar, vehement zurückwies, sah er es als entscheidend an, den Holocaust als ein Schlüsselereignis in der jüdischen Geschichte anzuerkennen und die Argumentationen der israelischen Politik zu verstehen. Ähnliche Argumente wurden von Azmi Bishara geäußert. In einem herausragenden Artikel aus dem Jahre 1994 bestand Bishara darauf, dass „ein historischer Kompromiss mit dem israelischen Staat auf zwei kollektiven Gedächtnissen basieren müsse. Jeder Kompromiss im Nahen Osten muss die Vergangenheit reflektieren.“

Diese Rufe nach einer Perspektivänderung im Bezug auf den Holocaust ereigneten sich nicht in einem intellektuellen oder politischen Vakuum. Die wachsende Bereitschaft, etablierte Narrative der deutschen Vergangenheit – und im selben Zuge: der historischen Ursprünge Israels – infrage zu stellen, kann mit ähnlichen Revisionen in anderen Bereichen der Debatten der arabischen Intellektuellen in Verbindung gebracht werden. Beispielsweise müssen die wechselnden Auffassungen des Holocaust im Kontext des Friedensprozesses und der politischen Öffnung, die dieser Prozess den intellektuellen Debatten auf beiden Seiten des Konfliktes bot, gesehen werden. Den Entwicklungen auf der israelischen Seite entspre-

chend, wo die so genannten neuen Historiker die Aufmerksamkeit auf die Erfahrungen der Palästinenser und deren Perspektive in dem Konflikt lenkten, waren ähnliche Veränderungen in der arabischen Öffentlichkeit erkennbar – und besonders unter Palästinensern.

Von der arabischen zur palästinensischen Nakba

Die post-zionistische Historiografie geht mit ähnlichen Debatten über die Verortung der Nakba, der „Katastrophe“ von 1948, im palästinensischen kollektiven Gedächtnis einher. Die israelischen Historiker Meir Litvak und Esther Webman haben auf die Tatsache hingewiesen, dass sich innerhalb dieser Jahre eine schrittweise Revision der Nakba von einer arabischen Katastrophe hin zu einer palästinensischen Katastrophe ereignete – welche an sich einen signifikanten Bruch mit den arabischen nationalistischen Diskursen der fünfziger und sechziger Jahre kennzeichnete. Diese Revisionen reflektierten einen wachsenden Pluralismus in der öffentlichen Erinnerung, der sich in einer steigenden Akzeptanz von multiperspektivischen Herangehensweisen an die Geschichte widerspiegelte.

Diese sich wandelnde Wahrnehmung der Geschichte steht auch mit den aufkommenden Debatten über ethnische und religiöse Minderheiten (wie die Kopten in Ägypten oder die Kurden in Syrien und Irak) und über ihren Status in den nationalen Geschichtsschreibungen im Bezug auf die arabische Einheit in Zusammenhang. Ähnliche Debatten waren nach dem Ende des Bürgerkrieges im Libanon Anfang der neunziger Jahre entstanden. Das Ende des Blutvergießens machte es notwendig, sich mit unterschiedlichen und oft konfliktreichen Darstellungen der Geschehnisse zu arrangieren, die die libanesischen Bevölkerung dezimiert hatten. Auf eine ähnliche Art und Weise hatte die Intifada, die 1987 begann, zu Selbstreflexion und Selbstkritik in der palästinensischen Öffentlichkeit ermutigt. Fragen im Bezug auf die nationale Einheit, die Geschlechterverhältnisse und den zukünftigen Staat wurden im Rahmen einer wachsenden Pluralität an Geschichtsschreibungen und intellektuellen Vorstellungen reflektiert.

Diese Pluralisierung der Geschichtsschreibungen und die Vermehrung der Sichtweisen auf historische Ereignisse und die Gesellschaft gingen mit einem neuen Eintrag des arabischen Kulturkreises in die Bücher der Weltgeschichte einher. Der Ruf nach einer Universalisierung des Holocaust als eine potenziell universale menschliche Erfahrung spiegelt diese Entwicklung wider. In einem Artikel, den Hazem Saghyeh und Saleh Bashir Ende 1997 veröffentlichten, heißt es: „Die Koexistenz zwischen diesen zwei Völkern auf palästinensischem Land ist unwahrscheinlich, solange jede Seite ihre eigene Geschichte lebt, die neben der anderen herläuft oder von ihr isoliert ist. Um in Koexistenz zu leben, muss jede Seite sich der Geschichte der anderen annähern, sie sogar zu ih-

rer eigenen machen, auf der Grundlage dessen, was der Holocaust für beide Seiten – entweder separat oder gemeinsam – mit sich gebracht hat.“

Diese Aussage spiegelte eine bedeutende Veränderung zu den vergangenen Diskursen wider, die sich auf die Forderungen nach Authentizität sowie kultureller und intellektueller Reinheit konzentriert hatten. Im Kern des arabischen Nationalismus – und auf ähnliche Art und Weise auch des Islamismus – befand sich die Idee einer authentischen Gemeinschaft, deren Grenzen klar bestimmt und deren Wesensgehalt unberührt von äußeren Einflüssen sei. Eine Universalisierung des Holocaust – und damit auch eine Universalisierung der Geschichte – zu fordern, widersprach deutlich diesen Forderungen nach einer unangefochtenen arabischen oder islamischen Nation. Dieser Lesart entsprechend sollte die Geschichte arabischer und muslimischer Identitäten in den globalen Kontext des 20. Jahrhunderts und seiner oft existenziellen Konflikte gestellt werden. Geschichte und Gedächtnis waren keine Dinge an sich, sie waren vielmehr in Verhandlungen und Begegnungen mit den „Anderen“ entstanden.

Diese Entwicklungen, die in der Mitte der neunziger Jahre Gestalt annahmen und ihre Stoßkraft als Folge der Debatten um Garaudy und seine These entfalten konnten, haben eine zweite Dimension. Dies steht mit der Popularität von Verschwörungstheorien in Verbindung, die dazu gebraucht wurden, die Zentralität des Holocaust in internationalen Diskursen über die europäische Geschichte zu erklären. Seit den späten neunziger Jahren sind Autoren wie Saghyeh und Said zunehmend direkter in ihrer Ablehnung gegenüber Verschwörungsgedanken im Bezug auf den Umgang mit der Vergangenheit geworden, aber auch im Bezug auf den Umgang mit der Gegenwart.

Wachsendes Interesse an Erinnerungspolitik

Diese Zurückweisung von verschwörerischen Interpretationen der Geschichte wird von einem wachsenden Interesse an Erinnerungspolitik im Allgemeinen begleitet, das ein wachsendes Bewusstsein für den Einfluss der Vergangenheit auf die gegenwärtige Politik verdeutlicht. Die Zeitschrift »Alif«, eine Zeitschrift vergleichender Poesie, die von der American University in Kairo veröffentlicht wird, illustriert dieses Interesse in ihrer jüngsten Ausgabe. In der Einleitung der Novemberausgabe aus dem Jahre 2010, die dem Thema Trauma und Gedächtnis gewidmet war, erklären die Redakteure: „Diese Ausgabe von Alif konzentriert sich auf das Thema Trauma und Verlust im kollektiven und individuellen Gedächtnis. Die Bedeutung von traumatischen Ereignissen ist in der Psychologie, der Psychoanalyse und in der Literatur längst anerkannt, aber wissenschaftliche Studien konzentrieren sich vorwiegend auf Traumata, die im Westen verursacht wurden – durch die Weltkriege und den Holocaust. Diese Ausgabe un-

ternimmt den Versuch, Untersuchungen zu Traumata und Erinnerung auf andere Bereiche der Welt auszuweiten: Algerien, Ägypten, Irak, Iran, Indien, Irland, Libanon, Palästina, Pakistan, das multi-ethnische Amerika und das ethnische Griechenland.“

Diese Anerkennung traumatischer historischer Erfahrungen in anderen Kontexten als in rein „arabischen“ oder „islamischen“ markiert einen bemerkenswerten Bruch mit den früheren Darstellungen geschichtlicher und gesellschaftlicher Ereignisse. Dieser Bruch schafft eine intellektuelle Öffnung für ein zunehmendes Interesse an jüdischer Geschichte im Allgemeinen und die Geschichte des Holocaust im Besonderen. Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass eine solche Offenheit nicht zum ersten Mal in der Geschichte auftaucht. Die

1930er und 40er Jahre ähneln auf vielfältige Weise dem gegenwärtigen Zustand des arabischen intellektuellen und politischen Lebens. Ebenso wie heute standen die nationale und politische Kultur in Ländern wie Ägypten, Syrien oder Irak in den dreißiger und vierziger Jahren an einer Wegscheide; in aufgeheizten Debatten wurde über die Zukunft der Gesellschaft und der politischen Ordnung diskutiert.

Diese Phasen werden oft als Phasen einer intellektuellen und politischen Krise beschrieben. Ich schlage eine positivere Lesart dieser Debatten und Konflikte vor: Zumindest wenn es um Fragen der Erinnerung und der Erinnerungspolitik geht, stellen sie eine Öffnung der politischen Kultur bereit, die sich deutlich von den kollektiven Mythen der Vergangenheit lossagt.

GÖTZ NORDBRUCH ist Assistenzprofessor an der Universität Odense, Dänemark. Er ist Mitherausgeber des Buches *Sympathie und Schrecken. Begegnungen mit Faschismus und Nationalsozialismus in Ägypten, 1922-1937*, Berlin 2011.

Übersetzung: Simone Falk

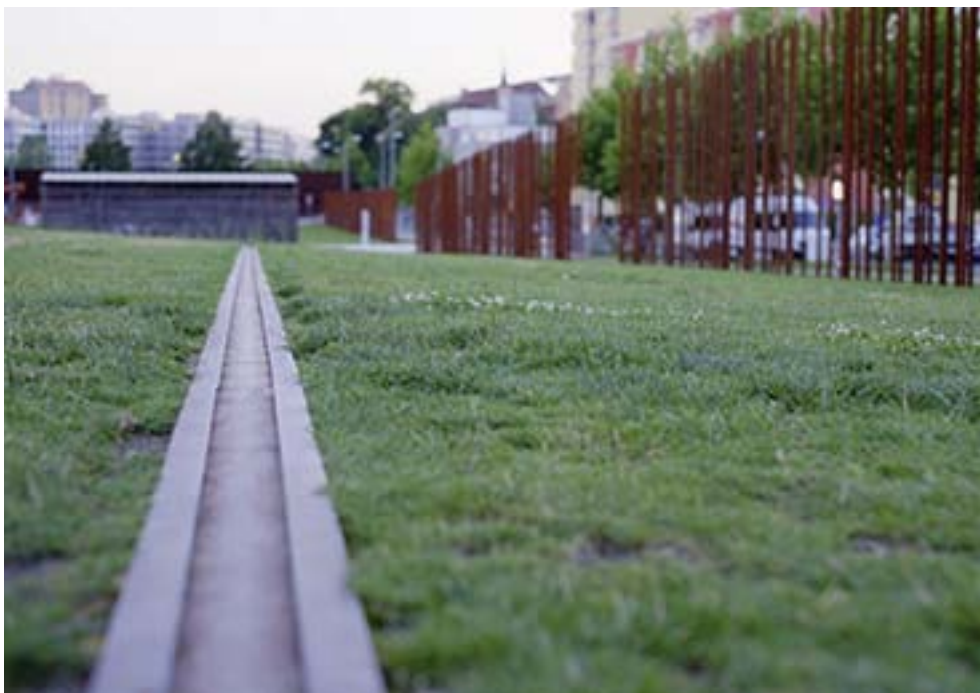
Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG BRAUCHT DEMOKRATIE

DEMOKRATIE BRAUCHT VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Herbert Ziehm hat als stellvertretender Leiter der Behörde, die die Stasi-Akten der DDR beaufsichtigte, große Erfahrung mit der Bewältigung von Diktaturen. Im Interview betont er, wie eng Demokratie an eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geknüpft ist.

Von Albrecht Metzger / Herbert Ziehm



Gedenkstätte Berliner Mauer. Foto: Stefan Weidner © Goethe-Institut

Albrecht Metzger: Herr Ziehm, wenn ein autoritäres Regime gestürzt wird, was ist wichtiger: Die Täter zu verfolgen, um das Gift der Diktatur aus dem System zu bekommen, oder ist es wichtiger, demokratische Institutionen aufzubauen?

Herbert Ziehm: Ich denke, das eine ist ohne das andere nicht möglich, eine Vergangenheitsbewältigung ohne demokratische Institutionen wird nicht funktionieren. Nur sie können garantieren, dass diese Aufarbeitung objektiv geschieht, dass nicht Rache genommen wird für Taten, die schlimm genug waren. Es besteht leider oft die Gefahr, dass die Geschichte wie ein Pendel in ein anderes Extrem schwingt, und ich glaube, das würde einer Demokratie auch nicht gut zu Gesicht stehen.

Umgekehrt gefragt: Ist eine Demokratisierung möglich ohne die Aufarbeitung der Vergangenheit?

Ich denke letztlich nicht. In vielen Ländern wird ja gesagt, wir müssen jetzt das Alte hinter uns lassen und neue Strukturen aufbauen, wir müssen nach vorne sehen, wir haben große Herausforderungen. Das ist alles richtig, es ist wichtig, Parteien zu gründen, wie wir das jetzt in Ägypten sehen. Aber

wenn man die Vergangenheit nicht aufarbeitet, wird das alte Gift irgendwann wieder zurückkommen.

Kultur der Verdächtigung

Es werden Verdächtigungen gestreut werden, es wird der politische Gegner diffamiert, er hätte mit dem alten Regime kooperiert und wäre sogar verdeckt für dieses tätig gewesen usw. Ich finde dieses Wort von Joachim Gauck sehr wichtig, der sagte, nur in den Akten können wir prüfen, ob das, was uns die ehemaligen Herrschenden sagen, richtig ist oder ob es nur zweckgebundene Informationen sind. Und deshalb denke ich ist es ganz wichtig, die Akten aufzuheben. In der DDR hatten wir Gott sei Dank einen zweiten Staat, der mit seinen demokratischen Institutionen diese ganzen Akten übernehmen konnte, das ist eine einmalige Situation.

Wie war das damals 1989 bei der Vergangenheitsbewältigung in der DDR? Welche Schritte wurden zuerst unternommen?

In der DDR war eine besondere Situation, weil die Einrichtung Stasi bekannt war, aber letztlich war nicht bekannt, was

sie eigentlich trieb. Das wusste nur die regierende Einheitspartei SED, die die Stasi kontrollierte. Deshalb stand bei den Demonstrationen immer im Vordergrund: Wir wollen wissen, was die tun, und zweitens wollen wir die Akten auch sehen, damit wir sehen können, was da drin steht. Die Erfahrung haben wir ja auch in den vergangenen 20 Jahren gemacht, dass viele Sachen anders dargestellt wurden, als sie dann in den Akten standen.

Menschenrechtsverletzungen in der DDR

Als Beispiel: Markus Wolf, ein berühmter Mitarbeiter der Stasi, erzählte immer, seine Abteilung Hauptaufklärung hätte nur Spionage betrieben, wie das andere Geheimdienste auch gemacht hätten, und er hätte mit Menschenrechtsverletzungen nichts zu tun gehabt. Wir wissen jetzt sehr wohl, dass er damit zu tun hatte. Er hat Leute aus dem Ausland gewaltsam zurückgeholt, er hat Leute bespitzelt und unter Druck setzen lassen im Ausland, seine Mannen haben sich sehr wohl an diesen Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

Geht es bei der Aufarbeitung der Geschichte auch darum, ehemalige Täter vor Gericht zu bringen?

Es geht auch darum, die Opfer zu rehabilitieren. Die Stasi sagte immer, die Verfolgung bestimmter Leute sei nicht politisch motiviert gewesen, sondern es hätte sich um Straftäter gehandelt. Diese Kriminalisierung haben wir massenhaft bei der Stasi gehabt. Wo wir Opfer haben, gibt es natürlich auch Täter, die man zur Verantwortung ziehen muss. Klar, in Deutschland höre ich oft von den betroffenen Verbänden, dass sie unzufrieden sind mit der juristischen Aufarbeitung. Die Täter seien viel zu glimpflich davongekommen, es seien nicht genug verurteilt worden. Das mag ja sein, aber ich denke, es ist ganz wichtig, dass die Täter vor einem öffentlichen Gericht für ihre Taten zur Verantwortung gezogen wurden. Was für ein Urteil dabei rauskommt, ist für mich erst einmal sekundär.

Sind Sie der Meinung, dass noch zu viele Täter frei herumlaufen, die sich nie für ihre Taten verantworten mussten?

Hier in Deutschland zeigt sich, dass das Strafrecht auf individuelle Straftaten zugeschnitten ist und nicht auf staatlich organisierte Maßnahmen. Und deswegen ist es immer wieder schwierig, den Tatbestand dem Einzelnen nachzuweisen und nicht zu sagen, ja, der war aber selber unter Druck und konnte gar nicht anders. Das ist ein Dilemma, und da mag auch der Eine oder Andere sehr glimpflich davongekommen sein. Was die reinen Verurteilungen betrifft, ist sehr wenig passiert. Aber o. k., das ist eben eine Demokratie, sonst hätten wir hier eine Diktatur mit anderen Vorzeichen.

Es geht eben nicht um Rache, weil das ein neues Gift wäre.

Ja, das würde die Gesellschaft an anderer Stelle spalten. Rache erzeugt Rache, das biblische Prinzip ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ hilft da nicht weiter.

Die Situation in Ägypten

Sie waren 2011 zwei Mal in Ägypten und haben dort viele Gespräche geführt. Hatten Sie das Gefühl, dass die Leute Rache für das erlittene Unrecht wollten?

Es war der ausgeprägte Wunsch vorhanden, das Regime mit seiner Zielfigur Mubarak vor Gericht zu stellen. Ich weiß aber nicht, ob ich in Ägypten schon von Demokratie reden kann, in meinen Augen ist es (zumindest vor den Präsidentenwahlen) immer noch eine Art Militärdiktatur (gewesen). Man hat die Galionsfigur geopfert, aber das ist für mich nur ein Bauernopfer. Das ist das, was 1989 hier Egon Krenz versucht hat, der kurzzeitige Nachfolger von Erich Honecker, nach dem Motto: Wir tauschen ein paar Köpfe aus und dann können wir das Regime retten. Ich denke, so einfach wird das in Ägypten nicht gehen. Der Machtkampf zwischen dem jetzigen Präsidenten und dem Militärrat ist überhaupt noch nicht beendet und man muss abwarten, wer an die Macht kommt.

Kann man überhaupt eine Vergangenheitsbewältigung betreiben, wenn das alte Regime in Form des Militärs noch so präsent ist?

Ich denke, das geht gar nicht, das könnte nur ein frei gewähltes Parlament. Man muss jetzt sehen, ob die Muslimbrüder überhaupt ein Interesse an einer Vergangenheitsaufarbeitung haben. Ich habe im Moment das Gefühl, sie haben Sorge, das könnte ihnen als Rache ausgelegt werden und das wollen sie vielleicht gar nicht. Sie wollen sagen: „Wir sind viel toleranter, als ihr immer über uns gesagt habt.“ Aber irgendwann wird das Bedürfnis nach einer Vergangenheitsaufarbeitung kommen.

Demokratische Strukturen schaffen

Sie waren das erste Mal im März 2011 in Ägypten, das zweite Mal im Juli 2011. Waren Sie damals optimistischer als heute?

Ich war eigentlich bei meinem zweiten Besuch schon sehr viel skeptischer; die Euphorie deutscher Zeitungen, dass dort die Revolution gesiegt hätte, habe ich vor Ort so nicht wahrgenommen. Man hat während der Revolution die Jugend wahrgenommen, die westlich orientiert war. Aber ich denke, die ägyptische Gesellschaft ist etwas anders strukturiert, und das haben dann auch die Wahlen gezeigt. Es haben halt die konservativen Kräfte gesiegt und die sind gar nicht so westlich orientiert. Man hat die Stärke der Jugend überschätzt, das sind nicht die Kräfte, die langfristig die Geschichte Ägyptens bestimmen werden. Von einer Überwindung der Diktatur ist man immer noch sehr weit weg. Man muss erst mal demokratische Strukturen schaffen. Die Institutionen sind immer noch die alten, von der Auflösung der Staatssicherheit spricht kein Mensch mehr, es ist überhaupt kein Thema mehr zu sagen, wir müssen die Sicherheitskräfte umstrukturieren und sie demokratisch kontrollieren. Im März 2011 haben alle noch gesagt, man wolle die (ägyptische) Stasi auflösen. Heute weiß niemand, was die wirklich machen.

Wie bewerten Sie die Tatsache, dass die ägyptische Stasi umbenannt, aber nicht abgeschafft wurde?

Vieles erinnert an das Ende der DDR. Auch da bekam die Stasi einen neuen Namen. Ich denke, jetzt fragt in Ägypten keiner mehr nach den Aktivitäten der Polizei. Die Stasi wird weiterarbeiten, ich denke, die werden fest unter der Kontrolle des Militärrates stehen und ihm auch zuarbeiten.

Sie klingen sehr skeptisch.

Ich denke, es ist noch alles möglich, die Weichen sind nicht so gestellt, dass man sagt, in den nächsten zehn Jahren kommt wieder eine Diktatur, insofern bin ich optimistisch, dass sie dort demokratische Strukturen aufbauen können. Ich teile aber nicht die Euphorie der deutschen Presse, die glaubte, mit der Absetzung Mubaraks sei die Demokratie schon da.

Wozu überhaupt Nachrichtendienste?

In Deutschland ist die Stasi aufgelöst worden, aber es gibt immer noch Nachrichtendienste in der Bundesrepublik. Es gibt Ägypter, die wollen ihren Geheimdienst ganz abschaffen. Ist das ratsam?

Wir hatten ja die Diskussion in Kairo im März mit einem Islamgeistlichen, der aus Deutschland kam. Er sagte, wir sollten uns als Deutsche nicht auf so ein hohes Ross setzen, wir hätten ja selber noch Nachrichtendienste. Klar gibt es noch Nachrichtendienste und die sind auch notwendig, weil immer mehr politische Extremisten mit Mitteln der Konspiration arbeiten und ihre politische Meinung nicht auf den Markt bringen und sie rechtfertigen, sondern das im Untergrund machen, insofern muss der Staat manchmal mit gleichen Mitteln arbeiten. Aber ich denke, es ist ganz wesentlich, dass diese Dinge demokratisch kontrolliert werden. Da passieren auch Fehler, das erleben wir gerade in Deutschland, wo der Verfassungsschutz einen Schiffbruch nach dem anderen erleidet. Das bedeutet aber nicht, dass der Weg falsch ist. Es hat einiges nicht funktioniert, aber da gibt es dann andere demokratische Institutionen, zu denen ich auch die Presse zähle, die so etwas aufdecken und die Finger auf die Wunde legen. Und die Politiker sind bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Kann Ägypten bei der Aufarbeitung seiner Geschichte überhaupt etwas von Deutschland lernen angesichts der unterschiedlichen Bedingungen?

Ich denke, lernen kann man, dass es unbedingt notwendig ist, eine Diktatur aufzuarbeiten, die politischen Opfer dieser Diktatur zu rehabilitieren und zu entschädigen. Man kann die Würde der Opfer wiederherstellen. Und dass man zeigt, dass Straftaten unter dem Mantel eines Staates nicht geduldet werden. Der Internationale Gerichtshof zeigt, ich kann nicht

beliebig handeln, ich kann mir nicht meine eigenen Gesetze stricken. Ich denke, die Aufarbeitung ist auch ein Signal, das an die Zukunft gerichtet ist.

Kann denn Deutschland in Ägypten helfen, kann es als Vorbild dienen?

Ich denke, wir können ihnen juristische Hilfsmittel an die Hand geben. Wir können zeigen, dass das auch demokratisch geht. Die osteuropäischen Staaten hatten zum Beispiel Angst, dass die Stasi sich im Untergrund organisiert, wenn man sie abschafft. Alles das kann man demokratisch kontrollieren, man will sie ja auch nicht ausgrenzen. Aber ob das in Ägypten wirklich geschieht, das kann nur die Gesellschaft dort selbst entscheiden. Druck aus dem Ausland ist nicht gut, das führt zu einer Wagenburgmentalität, wo der Eindruck entsteht: Die Besserwisser wollen uns zeigen, wie es geht. Ich denke, das bringt uns nicht weiter. Dieser Wunsch muss aus der Mitte der Nation kommen. Für mich ist immer der Vergleich zwischen 1945 und 1989 in Deutschland interessant: Nach 1945 gab es die Entnazifizierung, das haben die Amerikaner organisiert. Das hat in Deutschland nicht so richtig geklappt, das ist uns von außen aufgedrückt worden. 1989 war das anders, da kam diese Entwicklung aus der Mitte der Gesellschaft heraus.

Gibt es Anfragen aus Ägypten, ob Sie bei der Aufarbeitung der Geschichte helfen können?

Es gibt immer wieder Kontakte, aber im Moment ist es sehr ruhig. Aber ich denke, erst muss sich die Gesellschaft in Ägypten selbst dafür entscheiden, dann werden sich solche Kontakte von selbst ergeben.

Wenn die Ägypter Sie fragen würden, ob Sie ihnen noch mal helfen könnten, würden Sie das machen?

Ich würde das machen, soweit es mir möglich ist, ich denke schon. Der Optimismus, den damals die Leute ausgestrahlt haben – „wir schaffen das!“ –, hat mich angesteckt. Ich hoffe, dass der Optimismus immer noch da ist.

Man hat den Eindruck, Sie haben keine Vorurteile gegenüber den Ägyptern, Sie sprechen nie davon, dass sie „Muslime“ oder „Araber“ seien, die aufgrund ihrer Kultur keine Demokratie errichten könnten. Sie reden auf Augenhöhe.

Ich glaube, dass es in Ägypten gute Voraussetzungen gibt, weil es schon so lange als Staat existiert. Der Staat Ägypten zeigt aufgrund seiner langen Geschichte eine gewisse Stabilität, und die Leute identifizieren sich auch mit dem Land. Im Irak spielen zum Beispiel ethnische Zugehörigkeiten eine wichtige Rolle, in Ägypten gibt es das nicht, da steht man zu seinem Land und zu seinem Staat und das stimmt mich letztlich optimistisch.

HERBERT ZIEHM war lange Jahre stellvertretender Leiter der Auskunftsabteilung in der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin und ist jetzt im Ruhestand. **ALBRECHT METZGER** lebt als freier Journalist mit Nahostschwerpunkt in Hamburg.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

BLICK ZURÜCK NACH VORN

MAROKKO RINGT UM SEIN POSTKOLONIALES SELBSTVERSTÄNDNIS

Die Geschichte muss nicht neu geschrieben werden, aber sie gehört zu den wichtigsten Bausteinen für eine Neugestaltung von Staat und Gesellschaft nach den arabischen Revolutionen. Das gilt auch für Marokko, wo die sogenannte Wahrheits- und Versöhnungskommission die Vergangenheitsbewältigung von oben angestoßen hat.

Von Sonja Hegasy



Arbeiter färben Leder in der Altstadt von Fes, Marokko. Foto: Stefan Weidner © Goethe-Institut

Die Debatte um Erinnerung und Geschichte, an der sich mittlerweile auch zivilgesellschaftliche Kräfte beteiligen, bestimmt Marokkos Zukunft und sucht in der arabischen Welt ihresgleichen. Noch gibt es kein Museum für die jüngere Geschichte Marokkos, aber im Oktober 2012 trafen sich die führenden Historiker des Landes, um unter Leitung von Prof. Mohammed Kenbib ein Konzept zu entwickeln. Das zukünftige Musée National d'Histoire du Maroc sieht sich in einer Reihe von Nachfolgeprojekten der marokkanischen Wahrheitskommission, die nicht nur Unrecht aufklären und Wiedergutmachung festlegen, sondern auch die Marokkaner mit ihrer eigenen Geschichte bekannt machen sollte.

Ansätze zur Aufarbeitung der Diktatur

Nach langjährigem Druck durch die Opfer von Willkür und Unrecht hatte Mohammed VI. 2004 die Gerechtigkeits- und Versöhnungskommission (Instance Equité et Réconciliation, IER) eingesetzt, um Menschenrechtsverletzungen zwischen 1956 und 1999 untersuchen zu lassen. Insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren hatte sein Vater Hassan II.

jegliche Opposition marxistischer Untergrundgruppen ebenso systematisch verfolgen lassen wie jene aus dem Militär. Nach zwei Putschversuchen aus den Reihen der Armee 1971 und 1972 verschwanden Offiziere sowie politische Aktivisten bis zu mehr als zwanzig Jahren in Gefängnissen und geheimen Lagern. Aus dieser Zeit stammen die meisten Anträge auf Wiedergutmachung, die bei der IER eingereicht wurden. Das Mandat der IER umfasste die Aufklärung schwerer Menschenrechtsverletzungen, die Feststellung von Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsansprüchen von Opfern und ihren Familien sowie die Erarbeitung von Reformvorschlägen, um Menschenrechtsverletzungen in Zukunft zu verhindern. Präsident der IER wurde der inzwischen verstorbene Menschenrechtsaktivist Driss Benzekri. Benzekri selbst war 1974 im Alter von 24 Jahren wegen Mitgliedschaft in der Untergrundgruppe *Ilal Amam* (Dt.: Vorwärts) verhaftet worden und kam erst 1991 mit Beginn der politischen Öffnung frei.

Von Anfang an waren Historiker an der Arbeit der IER beteiligt bzw. begleiteten die IER aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen und Publikationen. Ibrahim Boutaleb, Professor

Emeritus für Zeitgeschichte, war Mitglied der 16-köpfigen Kommission. Der Abschlussbericht der IER geht in seinen Empfehlungen explizit auf eine Reform der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der modernen Geschichte Marokkos ein. Die Aufnahme der „bleiernen Jahre“ in den Bildungskanon war ein wichtiges Ziel der Wahrheitskommission. Darüber hinaus waren viele Nachwuchswissenschaftler an der Dokumentation und Archivierung der Anhörungen beteiligt. Heute fällt Historikern eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Empfehlungen der IER zu, denn die Bewertung der postkolonialen Geschichte des Landes ist mehr denn je politisch und stößt daher auf verschiedenste Widerstände. Für Marokko kommt bei der Aufarbeitung der Vergangenheit erschwerend hinzu, dass kein Regimewechsel stattgefunden hat. In jeder Diktatur berühren Fragen nach Zugang zu und Umgang mit Quellen die innere Funktionsweise der Machtausübung. Archive werden selten geführt, Unterlagen häufig vernachlässigt. Für die Realisierung eines Films und einer Publikation über das Stadtviertel Hay Mohammadi in Casablanca musste Fatna el-Bouih die Autorisierung von 17 kommunalen Einrichtungen, darunter auch der Hygieneservice oder das Kino Saada, einholen, um an Quellenmaterial zu gelangen.

Kultur der Erinnerung

2010 gründeten die Journalisten Youssef Chimrou und Souleiman Bencheikh das erste und bisher einzige populärwissenschaftliche Magazin zur Geschichte Marokkos. Bencheikh gehört zu den wichtigen investigativen Journalisten des Landes und war an verschiedenen Neugründungen unabhängiger Medien in den letzten zehn Jahren beteiligt.

Die erste Ausgabe von *Zamane - L'Histoire du Maroc* erschien im November 2010. Mit einer Auflage von 15.000 Heften pro Monat hat sich die Zeitschrift seitdem einen festen, französischsprachigen Leserkreis aufgebaut. *Zamane* greift eine Vielzahl wichtiger gesellschaftspolitischer Themen auf, wie die Geschichte der Besetzung der Westsahara, die Genese der Religiosität im Land oder Editionen der Verfassungsentwürfe des 19. und 20. Jahrhunderts, etc. Die erste Ausgabe behandelte u. a. die „Unbekannte Geschichte der marokkanischen ‚Faschisten‘“, „Warum und wie Marokko seine Juden verlor“ sowie „Eine Geschichte des Königsmords“. Hier wird deutlich, in welcher Form der Blick zurück immer auch ein Blick nach vorn ist. *Zamane* ist Teil einer breiteren marokkanischen „Erinnerungskultur von unten“. Neben Gedenkveranstaltungen und Erinnerungsfahrten an die verschiedenen Orte der Willkürherrschaft (Gefängnisse, Straflager, Polizeistationen, Massengräber) gibt es zahlreiche Beispiele individueller literarischer und künstlerischer Aufarbeitungen. In Autobiographien, Filmen, Comics, Gedichten und Romanen legen ehemalige politische Häftlinge Zeugnis ihrer Gefangenschaft ab. Manche von ihnen planten tatsächlich einen Umsturz der Monarchie; einige verteilten nur Flugblätter zur

falschen Zeit am falschen Ort, andere wurden in Sippenhaft genommen und verschleppt – auch Kleinkinder.

Zu den bekanntesten Autoren zählen Abraham Serfaty, Kopf der marxistisch-leninistischen Gruppe *Ilal Amam*, der von 1974 bis 1991 in Haft saß, und Malika Oufkir, Tochter des ehemaligen Innenministers Mohamed Oufkir. Nach dem zweiten Attentatsversuch auf Hassan II. aus den Reihen der Armee wurde Oufkir 1972 erschossen; seine Ehefrau und die sechs Kinder wurden zwanzig Jahre lang gefangen gehalten. Malika Oufkirs Memoiren „Die Gefangene: Ein Leben in Marokko“ sind ein spannendes Dokument einer *jeunesse dorée* im Umfeld des Palastes in den sechziger Jahren und der anschließenden Odyssee durch verschiedene Kerker von 1972 bis 1991.

Materielle Wiedergutmachung, strafrechtliche Immunität

Rund 22.000 Opfer und ihre Familien reichten im Jahre 2004 Anträge bei der IER ein. Knapp 10.000 Fälle wurden letztlich positiv beschieden. Sie erhielten unterschiedliche Formen der Wiedergutmachung, darunter medizinische Hilfe und finanzielle Entschädigung. Insgesamt wurden 85 Mio. USD ausbezahlt. 742 Fälle von Verschwundenen konnten aufgeklärt werden. Der 700-seitige Abschlussbericht der IER wurde auf Arabisch, Französisch, Englisch und Spanisch veröffentlicht. Unabhängige Menschenrechtsvereine kritisieren bis heute, dass das Mandat der Kommission eine Verfolgung der Täter ausklammerte. Ihre Namen durften in den öffentlichen Anhörungen nicht genannt werden, selbst wenn sie in manchen Fällen sogar als Wachpersonal im Saal entdeckt wurden. Noch immer genießen die Täter strafrechtliche Immunität.

Unter dem Titel „Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung“ mahnt der Abschlussbericht eine Vielzahl von Reformen an. Neben der verfassungsrechtlichen Sicherung der Menschenrechte, sind dies die Ratifizierung und Durchsetzung internationaler Konventionen, die Unabhängigkeit der Justiz, eine Reform des Strafrechts, Menschenrechtserziehung an den Schulen sowie die kollektiven Reparationen. Die Umsetzung der Empfehlungen wird heute IER 2 genannt und hat erst begonnen. Im Kapitel zu ‚Forschung‘ wird neben der Sicherung der nationalen Archive und ihrer Zugänglichkeit die Überarbeitung der historischen Lehrpläne und die Gründung eines wissenschaftlichen Instituts gefordert. Wie ein Großteil der IER-Empfehlungen ist dieses Institut für Zeitgeschichte bisher allerdings noch nicht gegründet worden. 2010 wurde ein Masterstudiengang für Zeitgeschichte unter Leitung von Prof. Mohammed Kenbib an der Universität Mohammed V. in Rabat eingerichtet. Zunächst sollten genügend potentielle wissenschaftliche Mitarbeiter ausgebildet werden. Im Juni 2012 gab der Vorsitzende des Nationalen Menschenrechtsrates El Yazami dann bekannt, dass das *Institut marocain du temps présent* noch im selben Jahr eingerichtet werden soll.

Zeitweise arbeiteten bis zu 350 Personen an der Erhebung, Prüfung und Archivierung der Unterlagen. Aus den Anträgen und Anhörungen der IER entstand ein wertvolles Archiv der marokkanischen Zeitgeschichte, das bisher noch nicht für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich ist. Marokkanische wie internationale Wissenschaftler sitzen in den Startlöchern, um die Dokumente des IER-Archivs auszuwerten. 2008 eröffnete der renommierte Historiker Jamaâ Baida eine Konferenz in Hamburg mit einem Vortrag zu „Morocco's truth commission (2004-2005) from a historian's point of view: New perspectives in writing contemporary history.“ Erst jetzt könne sich die marokkanische Geschichtsschreibung mit der Zeit nach dem Ende der französischen Fremdherrschaft beschäftigen, so Baida. Er bezeichnet die Aktivitäten der IER als „Autopsie der Herrschaft Hassan II.“ Baida ist heute Leiter des 2011 eröffneten Nationalarchivs, das sich ebenfalls als institutioneller Teil der öffentlichen Vergangenheitsbewältigung sieht.

Erinnerung und Wiedergutmachung

Die Wahrheitskommission hat sich stark für das Prinzip kollektiver Reparationen eingesetzt. Kommunale und kollektive Wiedergutmachung für vernachlässigte Stadtviertel, vorsätzlich unterentwickelte Regionen und die vergessenen Orte der Straflager gehören zu den wichtigen Ergebnissen der Wahrheitskommission. Elf Städte und Regionen sollen bislang von Projekten aus dem 2008 begonnenen Programm der kollektiven Reparationen profitieren. Diese Form der Kompensation durch Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte unterstreiche die Bedeutung der Opfer-Erzählungen für die Umgestaltung der Gesellschaft, so die Ethnologin Susan Slyomovics. Erinnerung soll nicht nur durch Zeugenaussagen, Museen und Archive wach gehalten werden, sondern ebenso durch Stadtplanung, geographische Umgestaltungen und die Entwicklung armer und ländlicher Regionen. So hätten die subjektiven Erinnerungen nicht nur eine individuelle Bedeutung, sondern eine gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und möglicherweise ökologische Dimension.

Die Arbeit der IER wird sehr kontrovers beurteilt. Da die Täter nicht zur Rechenschaft gezogen wurden und die Monarchie sich nicht explizit entschuldigt hat, sehen manche die IER als Farce an. Für sie hat die IER die Frage ihres Leidens auf einen materiellen Ausgleich reduziert. Für andere hat sich die Monarchie trotz gegenteiliger offizieller Verlautbarungen durch die Einrichtung der Kommission implizit zu ihren Taten bekannt und – viel wichtiger – sie hat die Opfer gesellschaftlich rehabilitiert. Mit der IER beschäftigte sich zum ersten Mal eine staatliche Stelle mit den Folterzentren im Land, den Übergriffen der Sicherheitskräfte, der offensichtlichen Rechtsbeugung und den Verschwundenen, die unter Hassan II. immer wieder abgestritten wurden. Berühmt ist das Interview von Anne Sinclair mit Hassan II. 1993, in dem sie ihn auf die von der UN dokumentierten Straflager von Tazmamart und Kalaat M'Gouna anspricht. Ungerührt antwor-

tet der Monarch: „Kalaat M'Gouna, c'est la capitale des roses. Vous connaissez mal la géographie du Maroc.“ Mit einem breiten Lächeln streitet Hassan II. die Existenz von Gefangenenlagern in dieser Gegend ab. Vor diesem Hintergrund stellt die IER einen Meilenstein für die politische Kultur des Landes dar.

Knapp zehn Jahre nach dem Interview mit Hassan II. veröffentlicht Fatna el Bouih ihre Aufzeichnungen aus der Haft unter dem Titel „Une femme nommée Rachid“, da sie in der ehemaligen Polizeistation Derb Moulay Cherif in Casablanca den Männernamen „Rachid n° 45“ erhielt. Schon als Schülerin war sie in der nationalen Schülervertretung (Syndicat National des Elèves) aktiv und wurde erstmals 1974 als Anführerin eines Schülerstreiks festgenommen. Als 22-jährige politisch aktive Studentin wurde sie 1980 zu fünf Jahren Haft verurteilt. Heute lebt sie in Casablanca und arbeitet in verschiedenen Stadtteilprojekten gegen das Vergessen. 2006 gründete sie mit ihrem Mann Youssef Madad das Centre relais d'aide à la réinsertion des détenus (CRARD), um Häftlingen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu helfen. Fatna el Bouih setzt sich dafür ein, dass Derb Moulay Cherif als Museum öffentlich zugänglich wird. Noch wohnen jedoch die Familien der Polizisten in dem Komplex.

Misstrauen gegen die offizielle Aufarbeitung der Vergangenheit

Zwar gelten die einzelnen Persönlichkeiten, die sich heute in den offiziellen Gremien engagieren, als äußerst integer, aber ein Teil der Oppositionellen sieht in den verschiedenen Instanzen und Gremien, die in den letzten 20 Jahren gegründet wurden, allein eine Imagekampagne für das Ausland. Stellvertretend für viele schreibt ein anonymer Blogger Anfang 2011: „L'instance Equité et Réconciliation (IER) qui ne réconcilie rien: Créée sous le Haut patronage de SM Mohammed VI en 2004, cette instance était supposée rouvrir un chapitre douloureux dans l'Histoire du Maroc. Elle a finalement eu un effet quasi-nul. Son seul effet à en croire de nombreux témoignages et reportages aura été d'ouvrir le chapitre, remuer le couteau dans la plaie des familles et des victimes des années de plomb, sans répondre à leurs questions encore moins à leurs attentes. [...] Les victimes défilent et leurs émotions avec. Toutes sont obligées de se mettre à nu, ressasser leur vécu après avoir dû prouver qu'elles étaient passées par ce calvaire. Toutes ont dû répéter leur calvaire. A quelle fin?“

Leila Kilani hat dagegen 2009 mit „Nos lieux interdits“ [engl.: Our forbidden places] einen beeindruckenden Dokumentarfilm über die Arbeit der IER vorgelegt. Im Mittelpunkt stehen vier Familien von Opfern und ihre kontroverse Auseinandersetzung um die Frage, wie nötig, wichtig und hilfreich Erinnerung und Gewissheit sind. Die Regisseurin begleitet Vertreter der IER zu den Opfern und ihren Angehörigen. Sie zeigt die Beratung der Familien am Sitz der Kommission sowie Szenen

aus den öffentlichen Anhörungen. Während die ältere Generation der Eltern und Partner von Verschwundenen zum Teil keine abschließende Gewissheit über deren Schicksal sucht, fordern die heute 20- bis 30-jährigen Kinder und Enkelkinder von Verschwundenen und Ermordeten die detaillierte Aufklärung über das Schicksal ihrer (Groß-)Mütter und Väter. In allen Familien musste diese Leerstelle erklärt werden. Manche haben erst durch die Arbeit der IER vom Schicksal ihrer Angehörigen erfahren. In den bleiernen siebziger und achtziger Jahren hatten Angehörige von Verschwundenen zum Schutz ihre Namen und die Familiengeschichte geändert: Die Kinder waren im Glauben aufgewachsen, der Vater habe sie verlassen oder sei Deserteur. Eine Protagonistin des Filmes wirft ihrer Großmutter vehement vor, nicht genug nach dem Schicksal ihres Ehemannes gefragt zu haben und so dem Vergessen Vorschub geleistet zu haben, bis die IER kam. Der Film beleuchtet auch die Situation Überlebender von Haft und Folter, die sich mit den Vorwürfen konfrontiert sehen, das Leben der Familie für eine falsche Ideologie ruiniert zu haben. Manche finden nur untereinander Worte; viele engagieren sich in der IER.

Eine Filmszene verdeutlicht den unterschiedlichen Umgang der Generationen mit der Gewissheit: Eine Frau, deren Ehemann als junger Militärskadett bald nach der Hochzeit verschwand, diskutiert mit ihrem Sohn über einen möglichen Besuch im Lager Tazmamart. Beide sind vom Verlust des Ehemannes bzw. Vaters deutlich gezeichnet. Die Mutter möchte nicht an der Erinnerungsfahrt teilnehmen: „Today they tell us: come and see where they disappeared. What for? To see what?“ Mit kaum hörbarer Stimme widerspricht der erwachsene Sohn: „I want to see with my own eyes – even just bones... I want to see the secret centre, to see the cells. To see the grave. I am picturing this in my mind, but my imagination cannot follow with it. I tried and tried to widen my imagination. I believe it will never grasp the ‘reality’ of Tazmamart.“ Für die Mutter bedeutet die Reise nach Tazmamart, den Tod ihres Mannes endgültig anerkennen zu müssen; vielleicht hat sie auch Angst, dass dort ihre subjektive Erinnerung an ihn verblasen wird: „For us, they are not dead. They are still alive in our hearts. In our minds and conscience. You really feel someone is dead when you see... his grave.“ Für den Sohn ist die Reise hingegen ein Schritt auf der Suche nach Rehabilitation: „I have always felt defeated. Since always I have this looks stinking to my skin: ‘Son of a traitor.’“ (Auszug aus: ‘Nos lieux interdits’ von Leila Kilani, 2009)

2011 als historische Zäsur der arabischen Welt

Die Verständigung über die eigene Geschichte ist weltweit immer wieder Gegenstand erbitterter Kontroversen. Auch in Deutschland gab es zunächst eine langjährige Debatte, bis das Deutsche Historische Museum (DHM) 1987 in Berlin gegründet werden konnte. Kritiker bezweifelten den Sinn eines von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Nationalmuse-

ums zur Geschichte Deutschlands. Nach dem Fall der Mauer hat das DHM mit Sitz im ehemaligen Ostteil Berlins unter anderem die Aufgabe übernommen, die Geschichte zweier deutscher Staaten zu vermitteln.

Viele Autoren beklagen den ‚Memory-Boom‘ oder die ‚Gedächtnisindustrie‘, die sich in den letzten Jahren mit dem gewalttätigen 20. Jahrhundert entwickelt hat. Geschichte ist eine „Ressource, um deren Nutzung eine steigende Zahl von Akteuren mit unterschiedlichen Zielen und Interessen in wachsender Formenvielfalt konkurriert“, so der Historiker Hans Günther Hockerts. Die Zeitgeschichte ziehe dabei besonderes Interesse auf sich, da die Zeitzeugen noch leben und ‚Vergangenheitsbewältigung‘ als Medium der politischen Auseinandersetzung die Resonanz noch steigern. In Marokko ist die geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts de facto eine Auseinandersetzung und damit auch Bewertung der Regierungszeit Hassan II. von 1962 bis zu seinem Tod 1999. Professoren und Studenten der Geschichte müssen entscheiden, wie sie die Putschversuche, die Besetzung der Westsahara 1975, die Aufstände und Revolten der letzten 40 Jahre, die gesellschaftliche Entwicklung des unabhängigen Landes, die Menschenrechtsverletzungen oder die Einbindung der Opposition einordnen.

Die Proteste und Umbrüche in der arabischen Welt seit 2011 bedeuten offensichtlich das Ende der postkolonialen Ordnung. Die Geschichte muss nicht neu geschrieben werden, aber sie gehört zu den wichtigsten Ressourcen für die Entwürfe von Staat und Gesellschaft der nahen Zukunft. Historiker sollen – mehr noch als Politiker – eine Antwort darauf geben, wie mit Blick auf die vergangenen 50 Jahre die kommenden 20 Jahre auszugestalten sind. Historisch ist, was möglich war; die Zukunft eröffnet neue Möglichkeiten.

Für Marokko lautet die zentrale Frage (die im Übrigen äußerst kontrovers diskutiert wird), ob und wie eine Reform der Monarchie zu einer parlamentarischen Monarchie möglich ist, oder ob die bisherigen Reformankündigungen und -schritte nur eine Fortführung des äußerst gekonnten politischen Balanceaktes zur Erhaltung der Alawidendynastie seit 1664 sind?

Die IER hat bislang nicht dazu geführt, neue Menschenrechtsverletzungen und Willkürherrschaft in Marokko zu verhindern. Ob sie die Marokkaner mit ihrer Geschichte versöhnt hat, bleibt offen. Die stark von Sigmund Freud und Vorstellungen des frühen 20. Jahrhunderts geprägte Idee, das ‚Erzählen‘ entschärfe politische Konflikte und könne Gesellschaften versöhnen, sollte im *transitional justice*-Boom zumindest kritisch hinterfragt werden.

Die Umsetzung der IER-Empfehlungen steht acht Jahre später noch immer am Anfang. Trotzdem ist die IER nicht wertlos oder dient allein einer Geschichtskonstruktion von oben. Es

mag sein, dass die IER Marokko auf dem internationalen Parkett als arabisches Vorzeigeland profilieren soll. Aber gleichzeitig eröffnet das Zusammenspiel von staatlicher Instanz, nichtstaatlichen Menschenrechtsvereinen, unabhängigen Foren gegen das Vergessen sowie den Medien eine öffentliche Diskussion, in der über das „politische Gedächtnis“ des Landes verhandelt wird. Hier, so der Aachener Politologe Helmut König, „nehmen die Grundlagen der politischen Ordnung erfahrbare Gestalt an: Welche Ereignisse der Vergangenheit er-

füllen uns mit Schauern und welche Ereignisse erkennen wir als Leitfiguren an, und aus welchen Gründen ist das so?“ Helmut König hebt zwei Aspekte des politischen Gedächtnisses hervor: Es ist mediengestützt, d. h. es benötigt Denkmäler, Museen, Rituale etc., und es ist intentional, d. h. alle Akteure betreiben Gedächtnispolitik. Aber dieses Interesse entwertet den Prozess der Vergangenheitsbewältigung nicht. Im Gegenteil, die Debatte aller Akteure um Erinnerung und Geschichte bestimmt Marokkos Zukunft.

SONJA HEGASY ist stellvertretende Leiterin des Zentrums Moderner Orient in Berlin.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

Blog von Souleiman Bencheikh

<http://sbencheikh.blogspot.de>

de, en, ar, fa

DIE ZUSAMMENGESetzte VERGANGENHEIT DER ZUKUNFT

EIN INTERVIEW

Vor fünfzig Jahren, am 5. Juli 1962, wurde Algerien offiziell ein unabhängiger Staat. Der Befreiungskrieg von 1954 bis 1962 und der Bürgerkrieg der 1990er Jahre waren extreme kollektive Gewalterfahrungen, die die algerische Gesellschaft bislang kaum aufarbeiten konnte.

Von Dalila Dalléas Bouzar / Martina Sabra



Dalila Dalléas Bouzar: ‚Soldier, October 1988‘. Bleistift und Kreide auf Papier. Aus dem Katalog: Algérie année 0 ou quand commence la mémoire, Éditions Barzakh, Algier 2012 © Goethe-Institut

Die in Berlin lebende franko-algerische Künstlerin Dalila Dalléas Bouzar zeigt seit 2011 unter anderem ein Ausstellungsprojekt mit dem Titel „Die zusammengesetzte Vergangenheit der Zukunft“. Im Sommer 2012 ist in Algier ein zweisprachiger englisch-französischer Essayband zur Ausstellung unter dem Titel „Algerien, Jahr Null“ erschienen. Martina Sabra hat in Berlin mit Dalila Dalléas Bouzar gesprochen.

Martina Sabra: Sie wurden 1974 in Oran in Algerien geboren. 1976 zogen Sie mit Ihren Eltern nach Frankreich. Sie sind französische Staatsbürgerin. Wann haben Sie begonnen, sich mit Ihrer algerischen Familiengeschichte zu beschäftigen? Welche Rolle spielte der Bürgerkrieg der 1990er Jahre dabei?

Dalila Dalléas Bouzar: In unserer Familie wurden keine Fragen gestellt, Politik war kein Thema. Sie werden es nicht glauben, aber ich habe mich zum ersten Mal intensiv mit der Geschichte Algeriens befasst, als der Bürgerkrieg längst vorbei war. Auslöser war ein Dokumentarfilm aus dem Jahr 2004, „Algerie(s)“ von Patrice Barrat, Malek Bensmail und

Thierry Leclerc. Der Film beschreibt den Verlauf des Bürgerkrieges der 1990er Jahre. Der Film wirkte auf mich wie ein Elektroschock. Ich hatte in den 1990er Jahren wie die meisten Normalbürger die Nachrichten in den Medien verfolgt. Aber ich hatte nicht bewusst mitbekommen, dass dieser Terror, diese Massaker tausende und abertausende von Menschen betrafen.

Das kann man sich kaum vorstellen...

Ja. Ich war fassungslos über mich selbst und habe mich gefragt: Wie kann es sein, dass ich all das nicht bewusst miterlebt habe, obwohl ich zu Beginn des Bürgerkrieges schon achtzehn war? Die einzige Antwort war, dass ich mich selbst zensiert hatte. Ich denke, das betrifft nicht nur mich. Man weiß, dass es ein Geheimnis gibt, und man will sich nicht damit befassen, weil das alle bisherigen Überzeugungen in Frage stellen würde. Dem wollte ich auf den Grund gehen. Dabei wurde mir auch schlagartig bewusst, dass mein Vater 1962 bei der Unabhängigkeit Algeriens zwanzig Jahre alt gewesen

war. Zum ersten Mal stellte ich mir die Frage: Was hat er während des Krieges getan? Warum sind wir damals nach Frankreich gegangen?

Sie haben Ihren Vater im Rahmen Ihres Kunstprojektes „Algerien Jahr Null“ interviewt. Was hat er Ihnen erzählt?

Mein Vater wurde Anfang der 1960er Jahre, kurz vor dem Ende des Unabhängigkeitskrieges von der französischen Armee zwangsrekrutiert. Ich wollte von ihm wissen: Du warst offiziell Soldat der französischen Armee, auf wessen Seite standest du? Hast du dich auf Seiten Frankreichs gesehen oder Algeriens? Hast du jemals darüber nachgedacht, dass du gegen dein eigenes Land kämpftest, gegen dein eigenes Volk? Was ist der Unterschied zwischen dir und einem Harki? An diesem Punkt war mein Vater empfindlich: Nein, er sei kein Harki und kein Verräter. Man habe ihn gezwungen, zur Armee zu gehen. Ich habe ihn gefragt: „Hast Du Algerier getötet?“ Er verneinte das, und erklärte, er habe die tunesisch-algerische Grenze bewacht, aber niemals die Waffe auf einen Algerier gerichtet. Irgendwann meinte er: „Es reicht jetzt, warum fragst du mich das alles?“ Er hatte einfach keine Lust zu antworten.

Welche Schlüsse haben Sie daraus für sich gezogen?

Ich habe begriffen, dass die Dinge nicht so einfach waren, wie ich gedacht hatte. Wenn heute von offizieller Seite behauptet wird, dass das ganze algerische Volk hinter der Befreiungsfront FLN stand, dann ist das nicht die Wahrheit. In Wahrheit waren längst nicht alle im Maquis. Diese Komplexität wollte ich besser verstehen, aber mir wurde bald klar, dass mein Vater nicht auf meine Fragen antworten wollte. Und auch von anderen Interviewpartnern in Algerien habe ich keine Antworten bekommen. Das ganze Thema ist in Algerien immer noch ein großes Tabu. Man gibt ungern zu, dass viele sich opportunistisch verhalten und ihr Mäntelchen nach dem Wind gedreht haben und dass die Geschichte nicht so schwarz-weiß abgelaufen ist, wie man sie gern darstellen will.

Die Unfähigkeit zu trauern

Welche Beziehung sehen Sie zwischen dem Befreiungskrieg und dem Terror der 1990er Jahre?

Der Bürgerkrieg der 1990er Jahre ist für mich eine direkte Folge des Umgangs mit der Gewalt des Unabhängigkeitskrieges. Die Tatsache, dass man nicht offen über die inneralgerische Gewalt sprechen konnte, bedeutet, dass viele Menschen nicht trauern konnten. Das führte dazu, dass in der algerischen Gesellschaft ein latentes Gewaltpotential schwelte.

Wie sind die Ausstellung und das Buch „Algerien, Jahr Null“ entstanden? Wie sind Sie bei Ihren Recherchen vorgegangen?

Alles hat mit diesem Dokumentarfilm angefangen, „Algérie(s)“. Der Film machte mir klar, dass es vom algerischen Bürgerkrieg im Ausland kaum Bilder gab. Man wusste, dass in Algerien Massaker geschahen, man wusste, dass es diesen

Schrecken, diesen Terror gab, aber man konnte es nicht sehen. Ich fand das schockierend und schwer verständlich. Wir sind in einer Gesellschaft, die permanent von Bildern überflutet wird, aber hier geschehen die schlimmsten Verbrechen und doch gibt es keine Bilder. Ich habe also erst einmal nach Bildern über den Krieg geforscht, in den Medien, die für mich zugänglich waren. Es ging mir auch darum, einen Teil meiner persönlichen Geschichte zu konstruieren. Es gab da einfach eine Riesenlücke.

Nach welchen Kriterien haben Sie die Bilder ausgesucht?

Ich habe die Fotos nicht nach historischen, sondern nach ästhetischen und emotionalen Kriterien ausgewählt. Die Bilder, die mich künstlerisch interessierten, habe ich partiell auf Papier abgezeichnet und mit Farben, Konturen und verschiedenen Maltechniken verändert. Ich habe meistens nicht das komplette Bild übernommen, sondern immer nur einen Ausschnitt, der mich besonders interessierte. Parallel habe ich geschrieben. Das war sehr spannend für mich, dieses Hin und Her zwischen Zeichnen, Malen und Schreiben. Es ergab sich ganz unwillkürlich und war doch systematisch. Dann habe ich andere Autoren gebeten, ebenfalls etwas zu schreiben, denn ich wollte über die Erinnerung sprechen, aber im Austausch mit anderen. Insgesamt haben wir zu sechst an dem Buch geschrieben.

Viele Ihrer Bilder wirken fließend, durchsichtig, transparent, fragmentiert – ein starker Kontrast zu dem heroischen Duktus, mit dem die algerische Befreiungsgeschichte oft dargestellt wird. Wie haben die Besucher in Algerien auf Ihre Ausstellung reagiert? Waren sie bereit, sich einzulassen?

Ich hatte Furcht, dass man mir das Recht absprechen würde, an dem Thema zu arbeiten, weil ich als Algerierin nicht in Algerien lebe und weil ich das alles nicht persönlich erlebt habe. Doch ich wurde positiv überrascht. Die meisten Leute fanden es gut, dass sich jemand künstlerisch mit dem Thema befasst. Das ist ja immer noch sehr selten. Und die Leute haben auch wertgeschätzt, dass ich mich um politische Neutralität bemühe. Ich verurteile niemanden, stelle niemanden an den Pranger. Niemand wird angegriffen oder muss sich verteidigen. Ich wollte damit auch all denjenigen die Ehre erweisen, die in totaler Anonymität gestorben sind, die man vergessen hat, und um die man nicht trauern kann, weil man sie nicht begraben konnte.

Das Gedächtnis entschleiern

Im Buch sprechen Sie davon, das Gedächtnis zu entschleiern. Gibt es die eine Realität hinter dem Schleier? Suchen Sie nach der Wahrheit oder ist das eher ein Prozess für Sie?

Ja, es gibt einen Schleier, den ich lüften möchte. Denn eines ist doch klar: Algerien ist formell eine Demokratie, aber in Wirklichkeit ist es ein autoritärer Staat, der sehr viel versteckt und verheimlicht. Vor allem verheimlicht man den Algeriern ihre eigene Geschichte. Ein Blick in die Schulbücher

reicht, um das zu erkennen. Mir ging es aber wie gesagt nicht darum, irgendjemanden an den Pranger zu stellen oder gar zu verurteilen. Ich wollte einfach nur darauf hinweisen, dass es eine andere Wahrheit gibt. Diese Wahrheit ist nicht subjektiv, sondern sie beruht auf Fakten, auf Ereignissen, die sich nachweislich an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit zugetragen haben. Wir wissen alle, dass in einem Krieg viele Fehler gemacht werden, dass man manchmal die eigenen Werte über Bord werfen muss, um zu überleben. Aber man muss sich der eigenen Vergangenheit stellen.

Sie leben seit 2010 in Berlin – eine Stadt, die von Geschichte und kollektiven Traumata geprägt ist. In welchem Maß hat die Interaktion mit dieser Stadt und ihren Bewohnern Ihr Leben und Ihre künstlerische Arbeit geprägt

Sehr, sehr stark. 1995 war ich zum ersten Mal in Berlin. Man hatte mich zu einem Workshop für Kunststudenten eingeladen – in die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, also an jenen Ort, wo im Januar 1942 die sogenannte ‚Endlösung‘,

die Vernichtung der europäischen Juden, beschlossen worden war. Damals studierte ich noch in Paris Biologie, meine Teilnahme an dem Workshop war eher zufällig. Aber in jenen Tagen in einer Villa habe ich mich entschieden, Kunst zu studieren. Und ich wusste schon damals, dass ich irgendwann länger in Berlin leben wollte. Die Stadt hatte eine unglaubliche Kraft, ich war hingerissen. Seit 2009 bin ich nun wieder hier, und ich glaube, das Algerien-Projekt wäre ohne Berlin nicht entstanden. Die Art der Deutschen, mit ihrer Geschichte umzugehen, hat mich tief beeindruckt. Ich habe mir sehr bewusst die Ausstellung „Topografie des Terrors“ angesehen. Ich fand auch die „Stolpersteine“ sehr gut und ich habe angefangen, deutsche Künstler kennenzulernen, wie Jochen Gerz, der sich ebenfalls mit Kunst und Erinnerung beschäftigt. Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft auch in Algerien solche kreativen Ansätze zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entwickeln. Im Moment gibt der politische Kontext das nicht her. Aber allein darüber nachzudenken ist für mich schon ein Schritt vorwärts.

MARTINA SABRA arbeitet als Journalistin mit Nahost- und Nordafrika-Schwerpunkt.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

Ausstellung von Dalila Dalléas Bouzar

<http://www.karimacelestin.com/prochainement>

de, en, ar, fa

DER KAMPF UM DAS HISTORISCHE GEDÄCHTNIS IN ÄGYPTEN

Mit der Absetzung Mubaraks im Februar 2011 wurde der Kampf um die Geschichtsschreibung eröffnet. Dieser Kampf wird vorwiegend im Hinblick auf die Ereignisse seit dem Ausbruch der Revolution des 25. Januar geführt. Aber es sind auch Bemühungen daran beteiligt, die ägyptische Geschichte der vergangenen sechzig Jahre neu zu schreiben.

Von Judy Barsalou



Anhänger von Mubarak bekunden ihre Loyalität: Eine Frau hält ein Foto von Hosni Mubarak hoch. In dem Gerichtsgebäude im Hintergrund wurde der ehemalige Präsident am 2. Juni 2012 zu lebenslanger Haft verurteilt. Foto: Philipp Spalek © Goethe-Institut

In diesem Artikel geht es um die folgende Frage: Wie haben die Hauptakteure des Überganges in Ägypten die Prozesse der Geschichtsschreibung und des Gedenkens dazu genutzt, ihre mannigfaltigen Pläne seit dem Sturz Mubaraks voranzutreiben? Ich will zeigen, dass der offenkundig unvollendete Wandel in Ägypten sich in andauernden Bemühungen des Staates, den Zugang zu Informationen und historischen Quellen zu kontrollieren, und in Kontroversen um die Interpretation der ägyptischen Zeitgeschichte manifestiert. Außerdem liefert dieser Beitrag Beispiele für vier verschiedene Prozesse, mit Hilfe derer Erinnerung von einfachen Menschen geschaffen, manipuliert und übermittelt wird: die Sammlung und Speicherung von Materialien mittels digitaler Technologien; Demonstrationen, Märsche und Gedenkveranstaltungen; die Umbenennung öffentlicher Plätze und Straßen sowie der künstlerische Aktivismus.

Gedächtnis und Konflikt: Ein zweiseitiges Schwert

Vor nahezu einem Jahrhundert behauptete Maurice Halbwachs, Gedächtnis sei ein soziales Konstrukt. Seine Unterscheidung zwischen Geschichte (die eine objektive, wahre

Darstellung von Ereignissen zum Ziel hat, basierend auf professioneller Forschung) und kollektivem Gedächtnis (selektiv konstruierte Wahrnehmungen der Vergangenheit, geformt durch Interaktionen von Individuen, gesellschaftlichen Gruppen und ihrem Umfeld) hat Generationen von Historikern, Philosophen und Sozialwissenschaftlern beeinflusst. Viele stimmen darin überein, dass das menschliche Verstehen sowohl von der geschriebenen Geschichte als auch von dem kollektiven Gedächtnis beeinflusst wird, und dass eine Gesellschaft ihre Geschichte eher rekonstruiert, als sie bloß zu überliefern. Dennoch bleibt die genaue Definition des kollektiven Gedächtnisses und seines Einflusses auf das persönliche Gedächtnis schwer fassbar und umstritten. Dies trifft besonders auf Gedenkprozesse zu, die den Opfern von traumatischen Gewaltverbrechen Ehrungen zuteil werden lassen.

Diverse Initiativen tragen zum kollektiven Gedächtnis im Bezug auf Konflikte und ihre Opfer bei. Sie nehmen verschiedene Formen an, darunter finden sich errichtete Orte (Museen, Gedenkbibliotheken, Archive, Monumente und virtuelle Gedenkstätten); historische Schauplätze (Gräber, Orte der Folter

und des Mordes, Gefängnisse) und spezifische Prozesse (Jahres- und Feiertage von Schlüsselereignissen, die Umbenennung von Plätzen und Straßen, Paraden, Kundgebungen, Mahnwachen, Aufführungen und öffentliche Entschuldigungen).

Die Initiatoren von Erinnerungsprojekten kommen aus unterschiedlichen Bereichen. Aus der Zivilgesellschaft stammen u. a. diejenigen Initiatoren, die sowohl selbst Opfer und Überlebende als auch Aktivisten, Wissenschaftler und Künstler sind. Auch die Regierungen spielen in der Planung und der Förderung von Gedenkort- und -projekten eine wichtige Rolle.

Der Gedenkprozess ist ein zweiseitiges Schwert: Er kann Opfern und Überlebenden helfen, Anerkennung dafür zu erlangen, dass ihnen ein Schaden zugefügt wurde, und er kann die gesellschaftliche Wiederherstellung fördern (auch „Versöhnung“ oder „Heilung“ genannt). Er kann aber auch ein Gefühl der Ungerechtigkeit erwecken oder den Wunsch nach Rache stärken. Indem sie vor, während und nach dem Konflikt Anwendung findet, ist die Dokumentation historischer Ereignisse ein hoch politisierter Prozess, der die Dynamik der Kräfte innerhalb der Gesellschaft widerspiegelt.

Zugang zu Informationen

Der Beweis, dass Ägyptens Übergang zur Demokratie unvollständig ist, wird durch die Staatspolitik und das Verhalten des Staates im Bezug auf den Zugang zu historischen Dokumenten erbracht. Seit der Revolution des 25. Januar hat sich nichts verändert: Man benötigt noch immer eine Unbedenklichkeitsbescheinigung, wenn man Unterlagen im Ägyptischen Nationalarchiv (NA) einsehen will. Das Gesetz 356 aus dem Jahre 1954, welches das Nationalarchiv reguliert, besagte lediglich, dass ein Komitee ins Leben gerufen werden sollte, um ein Verfahren für den Umgang mit dem Bestand festzulegen. Doch seit den achtziger Jahren hat der Verwaltungsrat des NA sich selbst vor Anklagen der Misswirtschaft geschützt, indem er Vertreter der Staatssicherheit einlud, um Anfragen auf Zutritt zu dem Archiv zu prüfen.

Durch die Problematik des Zutritts zu dem Archiv wird die Umsetzung einer viel versprechenden Initiative verzögert. Im Februar 2011 beauftragte die Regierung den Geschichtspräsidenten einer amerikanischen Universität in Kairo, Khaled Fahmy, damit, eine Gruppe zu bilden, um für das Nationalarchiv Materialien zur Dokumentation der Revolution des 25. Januar zu sammeln. Fahmy stimmte zu, alle Unterlagen zu digitalisieren und ohne Sicherheitsbeschränkungen für den freien Zugang im World Wide Web zur Verfügung zu stellen. Aber das Voranschreiten des Projektes wurde durch Komplikationen verlangsamt, die wiederum größere Kämpfe in Ägypten widerspiegeln. Vertreter des Sicherheitsdienstes weigerten sich, die Anforderung der Unbedenklichkeitsbescheinigung aufzuheben, und sie hielten die Ägypter, die ein-

geladen waren, Zeugenaussagen abzugeben und Unterlagen einzureichen, davon ab, das Gebäude zu betreten. Seit die Gewalt gegen die Demonstranten weitergeht, ist vielmehr klar geworden, dass die Ägypter nicht an dieser Initiative teilnehmen werden, es sei denn gesetzliche Schutzmaßnahmen stellen sicher, dass die Unterlagen, die sie dem Archiv anvertrauen, nicht dazu verwendet werden, sie zu belasten.

Zwei weitere Angelegenheiten haben während der Übergangsphase Aufmerksamkeit erregt: Ein beständiges Anliegen ägyptischer Aktivisten ist das Recht der Öffentlichkeit auf Informationen. Im Jahre 2009 riefen sie zur Bildung einer Koalition auf, die dieses Recht vorantreiben sollte. Im September 2011 veröffentlichte die United Group einen Artikel für einen Verfassungsentwurf. Das Parlament zog zwei verschiedene Entwürfe für das Informationsgesetz in Erwägung, als es im Juni 2012 aufgelöst wurde. Die Version der Regierung sah den Zugang zu Informationen als ein Privileg an, während die Version der Zivilgesellschaft ihn als ein Recht festschrieb. Das Recht auf Information über den militärischen Haushalt war ein besonders kontroverses Thema bei den Debatten über diese Vorlagen.

Die zweite Angelegenheit entspringt aus der Sorge um die schrittweise Stilllegung verschiedener Bereiche des Internet- und Telekommunikationssystems durch die Regierung zwischen dem 25. Januar und dem 6. Februar 2011 – ein vergeblicher Versuch, den Aufstand zu unterdrücken. Dies hatte unbeabsichtigt zur Folge, dass Hunderttausende Menschen auf die Straßen strömten, aufgebracht über die Taten der Regierung und auf der Suche nach Informationen. Bis heute gibt es keinen definitiven Fortschritt in der Bearbeitung des Gesetzes 356, welches einerseits das Recht auf Information und andererseits die Befähigung der Regierung, willkürlich das Internet- und Telekommunikationssystem auszuschalten, betrifft.

Mittlerweile hat der Kampf um den Zugang zu Informationen andere Formen angenommen. Während der ersten achtzehn Tage des Aufstandes griffen die Protestierenden mehr als neunzig Polizeistationen an und zerstörten einige davon. Manche wollten sich an verhassten Beamten rächen. Andere konnten nicht länger untätig zusehen, als die Polizei – in angeblicher Selbstverteidigung – auf die Bewohner feuerte. Wieder andere suchten nach Beweismaterial für Verhaftungs- und Foltervorgänge, sie selbst oder ihre Familienangehörigen betreffend.

Am 5. und 6. März 2011 stürmten die Demonstranten das Innenministerium und andere Ämter, darunter auch die Zentrale der Staatssicherheitspolizei in Nasr. Dies war eine Reaktion auf die Behauptung, Dokumente würden zerstört, um Beweise zu vertuschen, die Funktionäre belasten könnten. Einige Demonstranten übergaben die geretteten Materialien an Regierungsbehörden, andere Materialien wurden auf

25Leaks.com veröffentlicht. Manche ließen sich von deutschen Experten, die im Umgang mit Dokumenten der Stasi erfahren sind, bei der Rekonstruktion der geschredderten Dokumente unterstützen. Währenddessen versendete der Supreme Council of the Armed Forces (SCAF) Millionen von SMS, in denen damit gedroht wurde, jeden zu bestrafen, der erbeutete Dokumente veröffentlichte.

Offizieller historischer Revisionismus

Als die Regierung ihre Aufmerksamkeit der historischen Bildung zuwandte, wurde ihr die Bedeutung einer „Berichtigung“ der offiziellen Darstellung der historischen Ereignisse bewusst. Im April 2011 verkündete das Bildungsministerium die Gründung eines Komitees, das damit beauftragt wurde, die Geschichtstexte aus der Grundschule und der Mittelstufe von den übertriebenen Berichten des Mubarak-Regimes zu reinigen und neue Kapitel über die Revolution des 25. Januar zu entwerfen. Das Komitee wies darauf hin, dass es auch andere Verfälschungen in den Texten berichtigen werde – so wie die Streichung von Mohamed Naguib als Ägyptens erster Präsident, nachdem Gamal Abdel Nasser ihn für 18 Jahre in Gefangenschaft genommen hatte. Die Umsetzung des neuen Lehrplans ist bereits für das Schuljahr 2012 geplant.

Indessen weisen interne Wahlen für Positionen in parlamentarischen Komitees in der mittlerweile aufgehobenen Volksvertretung auf mögliche zukünftige Kontroversen über den Inhalt von Schulbüchern hin: Ein Mitglied der konservativen Partei al Nour wurde zum Vorsitzenden des Komitees für Bildung und wissenschaftliche Forschung gewählt; man kann davon ausgehen, dass diese Partei auch im neuen Parlament dieselbe Stellung einnehmen wird. In jedem Fall hat die Muslimbruderschaft, zu deren Mitgliedern auch Lehrer an öffentlichen Schulen gehören, bereits inoffizielle Lehrpläne über die Rolle der Bruderschaft in der Revolution des 25. Januar erstellt und angewandt, was zu Empörung bei einigen Aktivistengruppen führte.

Im Juni 2011 zeigte sich die Sensibilität den historischen Narrativen der Ära Mubaraks gegenüber, als der Journalist Mohamed Hassanein Heikal behauptete, Mubarak habe bei den Luftangriffen, die von der ägyptischen Luftwaffe im Krieg von 1973 durchgeführt wurden, nur eine unbedeutende Rolle gespielt. Dutzende wütender Offiziere ersuchten das Büro des Generalstaatsanwaltes, Heikal wegen Verleumdung der Luftwaffe anzuzeigen.

Vier Monate später lieferten die jährlichen Feierlichkeiten am 6. Oktober, in Erinnerung an den Krieg von 1973, dem Regime eine weitere Gelegenheit, die historischen Narrative zu beschönigen. Feldmarschall Tantawi, Leiter des SCAF und de facto Führer der Übergangsphase Ägyptens, hielt eine Rede, in der er die Führungsrolle Anwar Sadats betonte und Hosni Mubarak herunterspielte, der den Krieg als sein übergroßes

Verdienst ansah, nachdem er die Präsidentschaft übernommen hatte. Die staatlichen Medien nutzten die Feierlichkeiten des Jahrestages außerdem dazu, die Streitkräfte als den Beschützer des Staates zu rühmen.

Zivilgesellschaftliche Initiativen

Innerhalb der vergangenen Monate waren vier Prozesse aktiv, um alternative Versionen der jüngeren Vergangenheit Ägyptens zu entwerfen und zu vermitteln. Größtenteils durch Akteure der Zivilgesellschaft in- und außerhalb Ägyptens initiiert, beinhalten sie Bemühungen, historische Materialien, die im Zusammenhang mit der Revolution stehen, zu sammeln, zu erhalten und zu organisieren, öffentliche Orte durch die Umbenennung von Plätzen und Straßen zurückzugewinnen, die Opfer des Konfliktes durch Erinnerungsmärsche und Demonstrationen zu ehren sowie Aktivismus durch künstlerischen Ausdruck zu fördern.

Die Erhaltung historischer Quellen

Besonders die Kontroverse um die Darstellung der Geschehnisse, die sich kurz vor und während der Revolution des 25. Januar ereigneten, war sehr lebhaft. Denjenigen Versionen der Ereignisse, die vom SCAF unterstützt und von den staatlichen Medien vermittelt wurden, wurden Initiativen entgegengesetzt, welche die jüngsten Entwicklungen aus alternativen Perspektiven dokumentierten. Wissenschaftler versuchten, Materialien über die jüngste Vergangenheit zu sammeln. Doch die meisten Initiativen wurden von Aktivisten organisiert und als Antrieb für politische Aktionen genutzt. Ein erfolgreiches Beispiel dafür ist die virtuelle Gedenkstätte auf Facebook, *We Are All Khalid Said*, die zu einem Sammelplatz für junge Aktivisten wurde, als dort Fotos von Suids verstümmelter Leiche gezeigt wurden, nachdem er von der Polizei in Alexandria zusammengeschlagen worden war. Diese Seite war ein starker Impuls für die gewaltigen Demonstrationen, die sieben Monate später folgten. Es sind weitere Websites entstanden, um an die Toten zu erinnern. Eine von ihnen, *Lan-Nansahom* („Wir werden sie nicht vergessen“), stellt biographische Informationen derjenigen bereit, die seit Beginn der Proteste verletzt oder getötet wurden.

Eine der zivilgesellschaftlichen Initiativen hat eine virtuelle Plattform geschaffen, *Tahrir Documents*, um Materialien, die von den Demonstranten genutzt werden, zu sammeln. Die Amerikanische Universität in Kairo dokumentiert die Ereignisse mithilfe des Projektes *University on the Square*. Die *Bibliotheca Alexandrina* (BA), eine Einrichtung der Regierung, gründete einige Jahre vor der Revolution des 25. Januar das Projekt *Memory of Modern Egypt*. Seitdem hat es neue Materialien gesammelt, und das während einer Zeit, in der die engen Beziehungen zu der Familie Mubaraks das BA und seinen Direktor, Ismail Serrageldin, in die Kritik gebracht hatte. *R-Shief*, ein gemeinnütziges Projekt zur Datengewinnung, sam-

melt und analysiert Tweets und internetbasierte Quellen zum „Arabischen Frühling“. Im November 2011 wurden hier bereits ca. 128 Millionen Tweets gesammelt. Zahlreiche andere Seiten stellen Materialien und Analysen zur Verfügung, darunter *The Martyrs of the Freedom – Egyptian Revolution Heroes Project*, *Jadaliyya*, *Egypt Remembers* und *The Archival Platform*.

Der SCAF verteidigt sich. In den vergangenen Monaten haben die Führer des SCAF und ihre Unterstützer die Schuld an den Gewalttaten nicht länger den *baltagiya* („Gangstern“) zugesprochen, sondern den mysteriösen „dritten Parteien“ und „ausländischen Kräften“. Dies ist gegen ihre schärfsten Kritiker gerichtet: die ägyptischen Menschenrechtsorganisationen und Organisationen von Aktivisten, die militärischen und regierungsinternen Missbrauch aufdecken und dokumentieren. Als Reaktion darauf entstand im November 2011 eine Kampagne, die von der *Revolutionary Forces Alliance* (einer Gruppe von zwanzig Parteien und Bewegungen) unterstützt wurde. *Askar Kazeboon* („Verlogenes Militär“) und SCAF Crimes sind zwei junge Online-Initiativen, die Videoaufnahmen von Übergriffen auf Zivilisten sammeln. Seit der Gründung von *Kazeboon* haben Aktivisten diese Aufnahmen überall im Land gezeigt. Ihr Erfolg, ein breites Offline-Publikum zu erreichen, veranlasste den SCAF dazu, im Januar 2012 das *National Military Media Committee* zu gründen, um den Darstellungen der vergangenen Ereignisse durch die Aktivisten entgegenzuwirken.

Erinnerungsmärsche und Demonstrationen

Es gab zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten zu Ehren der Opfer, die größtenteils von der Zivilgesellschaft initiiert wurden. Die Demonstranten am Tahrir-Platz waren vielleicht die Ersten, die ein richtiges Denkmal erbauten, um an diejenigen zu erinnern, die ihr Leben während des achtzehntägigen Aufstandes verloren haben. Kurz darauf wurde es von der Obrigkeit niedergerissen. Es wurde bald von anderen Denkmälern ersetzt, die aber alle nacheinander wieder entfernt wurden.

Am 11. November 2011 organisierten koptische Christen einen Marsch, bei dem ein symbolischer Sarg und große Fotos von 27 Kopten getragen wurden, die bei einer Demonstration im Oktober 2011 im Stadtteil Maspero in Kairo ums Leben gekommen waren. Eine andere Gedenk-Demonstration wurde für den 2. Dezember 2011 organisiert, 42 Personen zu Ehre, die vorwiegend auf der Mohamed-Mahmoud-Straße in Kairo im November getötet worden waren. Beileidsbekundungen wurden in einem Gedächtniszelt entgegengenommen, das auf dem Tahrir-Platz aufgebaut war; anschließend fand ein Marsch mit symbolischen Särgen und dann ein Gedenkgottesdienst statt. Einige Teilnehmer trugen symbolische Augenklappen, zu Ehren derjenigen, die durch Scharfschützen geblendet wurden.

Aktivisten forderten die Regierung auf, einen jährlich stattfindenden Tag der Trauer zu schaffen, bekannt als der *Friday of the Martyr's Dreams* am 20. Januar. Außerdem fanden am 25. Januar 2012 überall in Ägypten große Märsche und Demonstrationen zu Ehren des Tages statt, an dem der Aufstand ein Jahr zuvor begonnen hatte. Dies war bisher der Tag der Polizei gewesen, der nun umbenannt wurde in „Revolutionstag“. Während einer Demonstration am Tahrir-Platz stellten die Aktivisten einen riesigen hölzernen, an ein antikes ägyptisches Symbol erinnernden Obelisken zur Schau, in den die Namen der ägyptischen „Märtyrer“, die innerhalb des vergangenen Jahres getötet wurden, eingeritzt waren.

Die Umbenennung von öffentlichen Plätzen und Straßen

In der jüngsten Zeit gab es viele Bemühungen, öffentliche Plätze und Straßen durch ihre Umbenennung wieder zurückzugewinnen. An dem Tag, nachdem Mubarak seines Amtes enthoben wurde, forderte eine Facebook-Kampagne die Regierung auf, die „Mubarak“-Metrostation in Kairo nach Khalid Said zu benennen. Neun Tage später ordnete Premierminister Ahmed Shafiq an, diverse Straßen nach den „Märtyrern“ zu benennen. Am 21. April 2011 erließ ein ägyptisches Gericht eine Verordnung, die das Entfernen der Namen Hosni und Suzanne Mubaraks von allem öffentlichen Plätzen veranlassete. Der Transportminister deutete rasch darauf hin, dass dies auch die „Mubarak“-Metrostation betreffe, die schließlich in *al Shuhadaa* („Die Märtyrer“) umbenannt wurde.

Zur selben Zeit versprach das Bildungsministerium, 549 Schulen im gesamten Land umzubenennen, die bisher Namen des ein oder anderen Mitgliedes der Mubarak-Familie getragen hatten. Diese Verordnung wurde von einem anderen Gericht am 5. Juni abgelehnt und aufgehoben. Unterdessen wurden auf der Facebook-Seite *Ana Asif Ya Rayas* („Es tut mir leid, Herr Präsident“) pro-Mubarak Gefühlsbekundungen ausgedrückt. Mitte September 2011 war sie die größte pro-Mubarak Facebook-Gruppe. Ihre Mitglieder rühmten sich damit, an der umbenannten Metrostation im August mit Graffiti den ursprünglichen Namen „Mubarak“ wieder hergestellt zu haben, nachdem sie in „Märtyrer“ umbenannt worden war.

Künstlerischer Aktivismus

Unabhängige Kulturschaffende – Künstler, Musiker, Schauspieler und weitere – haben eine Schlüsselrolle in der Förderung einer alternativen Geschichtsschreibung gespielt. Eines dieser innovativen Projekte verwendet das „crowd sourcing“, um Materialien verschiedener Akteure in einem einzigen Film zu versammeln, der den Titel *18 Days in Egypt* trägt. Die Website der Gruppe lädt die Besucher dazu ein, eigene Materialien hochzuladen. Ein Kollektiv aus Filmemachern, *Mosireen*, sucht Dokumentationsmaterial, das der Berichterstattung der staatlichen Medien entgegenwirkt. Diese Gruppe organisierte im Juli 2011 ein öffentliches Filmfestival, *Tahrir*

Cinema, bei dem Dokumentarfilme und weitere Materialien gezeigt wurden, welche die historischen Narrative des Mainstreams verspotteten.

Ein paar Gruppen haben die Schwäche des Regimes auf die Probe gestellt, indem sie öffentliche Plätze nutzten, zu denen zu Zeiten der Mubarak-Regierung der Zutritt verboten war. Ein Beispiel war die Veranstaltung des Open Air-Festivals *al Fann Midan* auf Kairos Abdeen-Platz im April 2011, das von der *Independent Artists Coalition* organisiert worden war. Diese Koalition war von *Culture Resource* initiiert worden, einer ägyptischen Nichtregierungsorganisation mit regionaler Reichweite, die während der Demonstrationen in Tahrir die erste Bühne baute und die Sound-Ausrüstung zur Verfügung stellte. Seit April 2011 organisiert die Koalition monatliche Kunstfestivals in vielen Städten Ägyptens. Ebenfalls großer Verbreitung und Beliebtheit erfreuen sich Protestsongs und die dazugehörigen Musikvideos, die größtenteils im Internet heruntergeladen werden können.

Die Künstler haben die öffentlichen Plätze auf andere Art und Weise eingenommen. Ägyptische Gemeinden sind überflutet von Graffitis, die sich tagtäglich ändern und Portraits sowie Namen von Gewaltopfern zur Schau stellen. Besonders hervorzuheben sind überlebensgroße Portraits von Demonstranten, die im November 2011 von Scharfschützen geblendet oder getötet worden waren. Der Tod von 72 Fußballfans in Port Said am 1. Februar 2012 setzte eine weitere Welle von Erinnerungs-Graffitis in Gang.

In den Kämpfen um die Graffitis spiegelt sich der gesamte politische Konflikt wider. Als vielleicht bekanntestes, zeigt das Bild des ägyptischen Künstlers Mohamed Ganzeer einen schwarz-weißen Panzer, der sich auf einen Fahrradfahrer richtet, der ein Tablett mit Brot auf seinem Kopf balanciert. Anlässlich des Todes weiterer Demonstranten wurde das Bild im Januar 2012 von anderen Künstlern bearbeitet: Sie fügten Blut hinzu, das unter dem Panzer hervorspritzt, und einige Demonstranten, die sich mit erhobenen Händen dem Panzer zuwenden. Innerhalb weniger Tage malten Mitglieder des Badr Team 1, einer zivilen pro-SCAF-Gruppe, viele Elemente über, die für das Militär beleidigend waren. Etwa zur selben Zeit erklärten Ganzeer und andere Künstler die Woche vor dem Jahrestag der Revolution des 25. Januar zur „Mad Graffiti Week“.

Graffiti-Künstler hinterließen ihre Spuren auch auf Plakaten und Schildern der Parlamentswahlen. Der SCAF wartete zu lange – bis wenige Tage vor Beginn der Parlamentswahlen – um eine Verfügung zu erlassen, die es den Führern der ehemaligen regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) verbot, für einen Sitz im Parlament zu kandidieren. Also nahmen die Aktivisten die Dinge selbst in die Hand und schmieren das Wort „feloul“ („Überbleibsel“, „Rest“) überall im Land auf die Wahlposter und -Banner. Die Facebook-Gruppe *Emsek*

Feloul wurde geschaffen, um ehemalige NDP-Mitglieder zu „outen“, indem sie ihre Namen auflistete und bekannt gab, wo sie für ein Amt kandidierten. Schon bald entstand die gegenrevolutionäre Facebook-Gruppe *Feloul and Proud*.

Unvollendeter Wandel

Ägypten befindet sich inmitten eines unvollendeten Wandels. Der politische Kampf spiegelt sich in einem fortlaufenden Wettbewerb um die Namen von öffentlichen Plätzen und Straßen, um Graffitis und Denkmäler wider, durch die die Protagonisten in diesem Kampf ihre Positionen verkünden. Das erinnert an veraltete Gewohnheiten in Ägypten, als die Pharaonen Denkmäler, die von ihren Vorfahren errichtet worden waren, entweder entfernten oder sie sich aneigneten; und es erinnert an Christen und Muslime, die Statuen und Friese wegweißelten oder zerstörten, da diese umstrittene Götter darstellten. In einer zeitgenössischen Neuinszenierung dieses Brauches bedeckten Mitglieder der *Al Nour Partei* in Alexandria während eines Marsches im März 2011 eine berühmte Statue des mythischen Gottes Zeus in Alexandria, weil sie nackte Meerjungfrauen abbildete.

Was in den Diskussionen über die Entstehung und Repräsentation des historischen Gedächtnisses fehlt, ist der pädagogische Wert, die dunklen Elemente der Geschichte Ägyptens aufzuzeigen. Ein Beispiel ist aufschlussreich: Das Bildungsministerium entschied, aus den Geschichtsschulbüchern alle Verweise auf die dominante Rolle der herrschenden Nationaldemokratischen Partei während des Mubarak-Regimes zu entfernen. Angeblich wurden einige Entwürfe im Prozess der Revision der Schulbücher zurückgewiesen, da sie diesen Vorgaben des Bildungsministeriums nicht entsprachen. Dies deutet darauf hin, dass das Ausradieren, und nicht die Neuinterpretation, des historischen Gedächtnisses weiterhin als ein Werkzeug der politischen Vorherrschaft dienen wird.

Die Ägypter haben eine Vielzahl an Möglichkeiten, die Erinnerung an das Regime Mubaraks zu bewahren und neu zu interpretieren, indem die physischen Mahnungen des alten Regimes beibehalten werden. In den ersten Tagen des Aufstandes wurde das Hauptquartier der Nationaldemokratischen Partei im Stadtzentrum Kairos zerstört. Dieses und weitere zerstörte Staatsgebäude könnten in Museen umgewandelt werden, um zukünftigen Generationen dabei zu helfen, den Machtmissbrauch des Mubarak-Regimes zu erinnern und sich damit auseinanderzusetzen. Darüber gab es bisher nur beschränkte Diskussionen. Aber im gegenwärtigen politischen Klima bleibt der Nutzen des Erhaltens und der Interpretation der Erinnerung an unangenehme Kapitel der zeitgenössischen ägyptischen Geschichte stark umstritten.

Eine grundlegende Veränderung ist eingetreten: Die Geschichte wird nun von anderen Akteuren geschrieben. Von einigen wurde der Aufstand in Ägypten die „Facebook-Revo-

lution“ genannt. Obwohl es leicht ist, die Rolle der digitalen Technologien und Plattformen in ihrer Bedeutung für den Arabischen Frühling zu überschätzen, haben diese Mittel doch die Entstehung und Projektion alternativer Darstellungen der historischen Ereignisse demokratisiert. Erinnerung kann schnell vergehen, aber die einfachen Leute erhalten sie am Leben, indem sie digitale Technologien nutzen, um ihre

eigenen Geschichten – die oft zu den offiziellen Narrativen der staatlichen Medien im Widerspruch stehen – zu generieren, zu erhalten und zu vermitteln. In Ermangelung jeglicher Bemühungen von staatlicher Seite, an die Opfer des Aufstandes zu erinnern, sind die zivilgesellschaftlichen Initiativen die wichtigsten Mechanismen geworden, um die Opfer zu ehren und die Veränderungen im Land voranzutreiben.

Längere Versionen dieses Artikels wurden von *Middle East Policy*, Vol. XIX, No. 2, Summer 2012 und von *Jadaliyya* am 22. Juni 2012 veröffentlicht. Die Autorin spricht Nora Soliman ihren Dank für ihre Kommentare zu dem Artikel und dem Norwegian Peacebuilding Resource Centre für seine Unterstützung bei den Recherchen aus..

JUDY BARSALOU ist Gastprofessorin an der Amerikanischen Universität in Kairo. Sie hat einen Doktorgrad in Vergleichender Politikwissenschaft von der Columbia-Universität.

Übersetzung: Simone Falk

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG IN DER IRANISCHEN LITERATUR SEIT DER ISLAMISCHEN REVOLUTION

Mangels Pressefreiheit – und trotz Zensur – dient in Iran und im iranischen Exil die Literatur, vor allem die Erzählprosa, der Diskussion über den Weg zur Modernisierung, über die nationale Identität sowie das zu bewahrende Erbe einerseits und über abzuwerfende Lasten andererseits.

Von Kurt Scharf



Demonstranten hören sich am 8. April 2011 auf dem Tahrir-Platz eine Rede an. Foto: Mosa'ab Elshami.

Aus der Ausstellung *Cairo: Open City* im Museum für Photographie in Braunschweig (bis zum 23. Dezember 2012).

www.cairo-open-city.com © Goethe-Institut

Die Literatur hat sich der neueren und neuesten iranischen Geschichte angenommen und so immer aufs Neue die Fragen „Wer sind wir?“ und „Woher kommen wir?“ gestellt. Damit bereitet sie den Boden für die Frage „Wohin gehen wir?“. Insofern in Iran von Vergangenheitsbewältigung die Rede sein kann, ist es die Literatur, die dies leistet.

Wegen seiner Bedeutung für die Entwicklung der modernen persischen Literatur sei vorab das Werk zweier Autoren erwähnt, das vor der hier behandelten Epoche publiziert wurde: Zunächst hatten fast alle Schriftsteller ihren Landsleuten den Weg nach Westen gewiesen. Die Wende brachte 1962 ein illegal publizierter Essay mit dem Titel *Garbzadegi*, („Euromanie“). Der Autor, Ġalāl āl-e Ahmad (1923-69), stammte aus einer Familie von Geistlichen, brach indessen mit ihr und trat der Kommunistischen Partei bei, verließ diese jedoch nach vier Jahren wieder. In dem erwähnten Essay vertrat er die These, die Anhänger eines westlichen Gesellschaftsmodells hätten das Land wie Schädlinge befallen, es von innen her-

aus ausgehöhlt und nur die äußere Hülle stehen lassen. Der Islam sei der einzig authentische Zug der iranischen Kultur, und die Geistlichen seien der wichtigste Träger nationaler Identität. Am Vorabend der Islamischen Revolution von 1979 hätte wohl die überwältigende Mehrheit der Intellektuellen dieser Analyse āl-e Ahmads zugestimmt.

āl-e Ahmad hat auch als Erzähler gewirkt, indem er bald ironisch, bald voll innerer Anteilnahme über den Widerstand der religiös sozialisierten Bevölkerungsschicht gegen die von Reżā šāh oktroyierte Modernisierung schrieb – so etwa in der 1961 in der Zeitschrift *āraš* publizierten Erzählung *Ġašn-e farhonde* („Die Feierstunde“). Darin schildert er aus der Sicht eines Kindes die Bedrückung, welche die Kleidungsvorschriften Reżā šāhs von 1936 an für die Bevölkerung mit sich brachten: Die Frauen, denen es verboten war, den Schleier zu tragen, wagten sich aus Scham kaum noch auf die Straße, der Junge war hin- und hergerissen zwischen dem staatlichen Gebot, in der Schule kurze Hosen zu tragen, und deren ge-

sellschaftlicher Ächtung. Sein Onkel musste erleben, dass Polizisten ihm in der Öffentlichkeit die traditionelle Kleidung zerrissen. Kinder spielten Polizei, indem sie den Arbeitern die verbotenen Filzmützen vom Kopf rissen. Diese Art Literatur macht eine Situation nachvollziehbar, in der die Modernisierung nicht als Befreiung erlebt wurde, sondern als Repression. Sie macht es verständlich, warum eine Mehrheit der Iraner sich 1979 für eine Islamische Republik entschied.

Drama der Trauer

Im Todesjahr Ġālāl āl-e Ahmads, 1969, veröffentlichte seine Frau Simin Dānešvar (1921 - 2012) ihr berühmtestes Werk: *Savušun* („Drama der Trauer. Savushun“), einen Roman, der in Iran in sechzehn Auflagen erschienen und in über einer halben Million Exemplaren verkauft worden ist. Er ist ein Meilenstein in der iranischen Fiktionsliteratur; es ist der erste von einer Frau verfasste persische Roman, und die Hauptfigur ist eine Frau. Diese verliert während des Zweiten Weltkriegs zur Zeit des Aufstands der nomadisierenden Qašqā'i gegen die Zentralregierung und die englischen Besatzer ihren Mann und überwindet unter dem Druck der Ereignisse die Schranken ihrer traditionellen Rolle. Dānešvar schildert, wie der Gouverneur die Bevölkerung auspresst, den Hunger, der herrscht, weil die Großgrundbesitzer ihr Getreide lieber an die gut zahlende englische Truppe verkaufen als an ihre ärmeren Landsleute, von der Kollaboration zwischen der örtlichen Elite und den Besatzern, aber auch von Solidarität und Widerstand. Sie thematisiert nicht nur die Gegensätze von einheimischer Bevölkerung und der Semikolonialmacht, sondern auch die zwischen Stadt und Land, zwischen Sesshaften und Nomaden, zwischen Modernisierern und Traditionalisten. Darin zeichnet die Autorin die Geburtswehen der Moderne als gesellschaftlichen Umbruch nach. Sie ist nicht nur eine genaue Beobachterin, welche die Ereignisse ohne ideologische Scheuklappen schildert, sondern sie kritisiert Opportunismus, Feigheit und Dummheit ohne Rücksicht auf nationale und religiöse Zugehörigkeit oder soziale Stellung. Daneben leistet sie einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Emanzipation der Frauen, die sich in der Islamischen Republik Iran trotz aller rechtlichen Hürden einen erstaunlichen Platz erkämpft haben.

Bereits zum Ende der Schahzeit traten mehr und mehr Autorinnen hervor, aber paradoxerweise hat sich diese Tendenz in der Islamischen Republik Iran sogar verstärkt. Gerade die Islamisierung der höheren Schulen und Universitäten hat dazu beigetragen, dass nunmehr viele Frauen der Bildungselite angehören; früher weigerten sich religiöse, konservative Familien häufig, ihre Töchter an staatliche Bildungsstätten zu schicken, weil sie von diesen einen schlechten Einfluss auf die Moral befürchteten. Seitdem diese Bedenken hinfällig geworden sind, drängen junge Mädchen massiv dorthin. Die natürliche Folge ist, dass viele Frauen sich in den letzten Jah-

ren als Schriftstellerinnen zu Wort gemeldet haben. Sie behandeln unterschiedliche Aspekte weiblichen Lebens in Iran und schreiben nicht nur über die Unterdrückung durch die Männer in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft, sondern auch über den Anteil, den die Frauen selbst daran haben.

In einer Erzählung aus dem 1989 erschienenen Band *Kanizu* („Kanizu“) von Moniru Ravānipur (geboren 1954), porträtiert diese eine junge Frau, die nach dem Medizinstudium in ihr Dorf zurückkehrte, um ihren Geschlechtsgenossinnen zu helfen, von diesen aber brutal zurückgewiesen wurde, weil sie durch ihren Fortgang in die Stadt gegen den Ehrenkodex des Dorfes verstoßen hatte.

Blick auf die Geschichte

Ein anderer Blick auf die Geschichte findet sich in dem im selben Jahr erschienenen Roman *Tubā va ma'nā-ye šab* („Tuba“) von šahrnuš Pārsipur (geboren 1946). Er entstand 1983 in einem Gefängnis der Islamischen Republik. Die Autorin interessiert sich darin jedoch weniger für die politische Geschichte als vor allem für den kulturellen Wandel Irans seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Deshalb schildert sie diese Zeit aus der Sicht einer religiös erzogenen Frau, die sich eigentlich auf eine mystische Suche nach Gott begeben wollte, sich dann aber den Konventionen beugte und einen Prinzen aus der Dynastie der Qāğāren heiratete. Sie beobachtete vor allem den Wandel der Sitten und der Wertvorstellungen. Den Niedergang der traditionellen Monarchie nahm sie nicht nur als Phase der wirtschaftlichen Verarmung, sondern vor allem der moralischen Dekadenz wahr, danach die Zeit Režā šāhs als Epoche der Modernisierung, in der die Schaffung asphaltierter Straßen und die Unterdrückung der Wegelagerer ihr die Pilgerfahrten erleichterte, aber ihren Schwiegersohn ins Gefängnis brachte, weil dieser aus Bildungshunger verbotene Schriften studierte und verdächtigt wurde, Bolschewik zu sein. Die Absetzung Režā šāhs und die Besetzung Teherans im Zweiten Weltkrieg füllte die Straßen mit amerikanischen, englischen und sowjetischen Soldaten; überall herrschte Aufregung und ihre Tochter, die ebenfalls zum Sufismus neigte, fühlte sich plötzlich fremd im eigenen Land. Andererseits trugen manche Frauen nun wieder den čador. So kann der Leser durch ihre Augen die Entwicklung Teherans bis hin zu einer modernen Großstadt verfolgen. Obgleich die Autorin zu den Gegnern des Schahregimes gehörte und obschon dieses Buch alles andere als antiislamisch ist, sah sie sich gezwungen, ins Exil zu gehen. Sie lebt heute in den USA.

Moderne Erzähltechnik, klassische Motive

Ebenfalls 1989 erschien der Roman *Samfoni-ye mordegān* von 'Abbās Ma'rufi (geboren 1957). Das Buch beeindruckt ebenso durch moderne Erzähltechnik wie durch die gelunge-

ne Einbeziehung sowohl der traditionellen Kultur Irans als auch dessen jüngerer Geschichte. Der Autor leitet das Werk mit der koranischen Version der Geschichte von Kain und Abel als Ouvertüre ein und erzählt dann in den folgenden Sätzen, einmal aus der Perspektive des „Kain“, dann aus der des „Abel“ die Geschichte zweier verfeindeter Brüder. Den historischen Hintergrund bildet die sowjetische Besetzung Nordirans im Zweiten Weltkrieg. Eindrucksvoll schildert er die Invasion russischer Fallschirmjäger in Ardabil, wie die Bevölkerung sie wahrnimmt; und er thematisiert u. a. das Verhältnis zwischen christlichen Armeniern und den muslimischen Bewohnern des iranischen Aserbaidschans. Auch dieser Autor lebt jetzt im Exil, nämlich in Berlin.

1991 erschien in New York der Roman *King of the Benighted* von Manuchehr Irani. Es handelte sich um die englische Übersetzung des persischen Romans *šāh-e Siyāhpušān* („Der König der Schwarzgewandeten“), und hinter dem Pseudonym verbarg sich Hušang Golširi (1938 – 2000), der durch seinen 1969 veröffentlichten Kurzroman *šāhzde Ehteğāb* („Prinz Ehtedschab“) über den Niedergang der Qāğāren-Dynastie weltweit berühmt geworden war und den Erzählbände wie der 1968 veröffentlichte *Mesl-e hamīše* („Wie immer“) und der 1972 publizierte *Nime-ye tārik-e māh* („Die dunkle Seite des Mondes“) wiederholt ins Gefängnis gebracht hatten, weil sie vom SAVAK, dem Geheimdienst des Schah-Regimes, als zu kritisch empfunden worden waren. Golširi berichtet in jenem Roman von einem iranischen Schriftsteller, der 1982, zur Zeit des Krieges zwischen Iran und dem Irak, festgenommen und gefoltert wurde. In der Haft trug er seinen Leidensgenossen Gedichte vor, sowohl eigene als auch solche aus der klassischen persischen Literatur. Eine besondere Rolle spielt dabei *Haft peykar* („Die sieben Bilder“), ein von ihm zitiertes Epos Nezāmīs. Der Autor nimmt das darin enthaltene Motiv der Erzählung innerhalb einer Erzählung auf und benutzt es auf seine Weise. Kunstvoll verschränkt er das Schicksal des gefangenen Schriftstellers, dem ein schwarzer Anzug für eine Trauerfeier fehlte, obschon es seinerzeit während des Krieges weiß Gott nicht an Anlässen zum Tragen von Trauerkleidung gefehlt hätte, mit dem Schicksal des Königs aus der Erzählung der indischen Prinzessin in der schwarzen Saturnkuppel, der von einer Reise nach China ganz in Schwarz gehüllt in die „Stadt der Umnachteten“ zurückkehrt. Dies ist sowohl eine Anspielung auf den mystischen Topos der Reise ins eigene Innere als auch auf den Kult um die in der Islamischen Republik Iran besonders beliebte Farbe Schwarz. So spielt dieser Roman wie die Dichtungen der Sufis auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Dennoch ist die Erzählung nicht esoterisch, sondern eine Abrechnung mit der iranischen Monarchie, der (kommunistischen) Tude-Partei und der Islamischen Republik; und sie entbehrt trotz des bedrückenden Motivs weder der Ironie noch humoristischer Züge und darf als herausragendes Beispiel einer Abrechnung mit der jüngeren iranischen Vergangenheit gelten.

Iranische Autoren in anderen Sprachen

Als eine Art Bewältigung der iranischen Gegenwart darf das 2003 erschienene *Reading Lolita in Tehran* („Lolita lesen in Teheran“) von āzar Nafisi gelten, Professorin für persische Literatur an der John Hopkins University (USA). In diesem Sachbuch berichtet die Autorin von ihrem Erleben an der Universität Teheran nach deren Islamisierung und dem von ihr anschließend privat bei sich zu Hause organisierten Literaturkurs mit iranischen Studentinnen. Dadurch verschafft sie dem Leser einen Einblick in das geistige Klima der Jahre um 1995 in Iran.

Im Jahre 2005 erschien in Amsterdam auf Niederländisch der Roman *Het huis van de moskee* („Das Haus an der Moschee“) unter dem Pseudonym Kader Abdolah (geboren 1957). Die politischen Verhältnisse in seinem Vaterland hatten den iranischen Autor nicht nur ins Exil geführt, sondern dazu gebracht, die Sprache zu wechseln. Nur so hatte er sich in der Lage gesehen, vom Leid seines Landes zu erzählen. Er nimmt die Jahre von Mohammad Reżā šāh Pahlavi sowie die ersten Jahre der Islamischen Republik Iran ins Visier und berichtet vom Schicksal der Bewohner des zu einer Moschee gehörigen Hauses in einer fiktiven Stadt. Der Erzähler nimmt sich einige schöpferische Freiheiten, aber es sind die historischen Fakten, die ihn zu seiner äußerst kritischen Darstellung inspirieren. Er beschreibt glaubwürdig, wie der SAVAK einem Geistlichen eine Falle stellt, um ihn zur Kollaboration zu nötigen, lässt später sogar Homeyni auftreten und den Blutrichter Halhali, dessen Namen er nur leicht verändert. Auch die terroristischen Aktivitäten der Moğāhedīn-e halq und linker Untergrundgruppen thematisiert er. Aber er verwickelt diese in Geschehnisse, die im Einzelnen nicht so stattgefunden haben. Den selbst ernannten „Richter Gottes“ etwa lässt er durch ihre Hand in Kabul sterben, obwohl das historische Vorbild einem Krebsleiden erlegen ist. Die Tatsache, dass der Autor sich mit seiner Kritik immer wieder auf den Koran bezieht, macht sie besonders interessant.

Aufarbeitung des Iran-Irak-Krieges

Selbstverständlich hat auch der Krieg zwischen dem Irak und Iran seine Spuren in der persischen Literatur hinterlassen. Erwähnenswert sind vor allem zwei Romane, die in krassem Gegensatz zum offiziellen Patriotismus stehen: Im Jahre 2007 publizierte Hoseyn Morteżā'iyān ābkenār (geboren 1966) sein Werk *'Aqrab. Ru-ye pelle-hā-ye rāh āhan-e Andimešk yā az in qatār hun mi- čeke qorbān!* („Der Skorpion“, die deutsche Übersetzung erscheint voraussichtlich 2013). Darin schildert er das Leiden der iranischen Soldaten, aber nicht so sehr unter der Gewalt der Feinde, sondern hauptsächlich unter der Unmenschlichkeit der eigenen Militärpolizei.

Das andere Beispiel ist der 2008 veröffentlichte Briefroman *Digar esmat rā awaž na-kon* („Ändere deinen Namen nicht mehr“) von Mağid Qeysari (geboren 1966). Auch dieser Autor polemisiert nicht gegen den äußeren Feind. Vielmehr lässt er einen irakischen Offizier, der eine iranische Mutter hat und daher, wenn auch nicht fehlerfrei, Persisch kann, über einen toten Briefkasten mit einem iranischen Soldaten korrespondieren.

Umgang mit der Zensur

Ein wahrer Glücksfall ist der 2009 in einer englischen Übersetzung, die eigentlich eher eine in Zusammenarbeit mit dem Autor entstandene Neufassung ist, erschienene Roman *Censoring an Iranian Love Story* („Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“) von šahriyār Mandanipur (geboren 1957); denn der Verfasser vollbringt das Kunststück, die Schilderung der bedrückenden Gegenwart seiner Heimat mit hintergründigem Humor zu einer vergnüglichen Lektüre zu machen. Der Roman kommt in drei verschiedenen Textgestalten daher. Fett gedruckt ist die Liebesgeschichte. Die zweite Textebene bilden die durchgestrichenen Teile, die der Leser zwar lesen kann, die der Autor jedoch in verauseilender Selbstzensur durchstreicht. Denn der Autor fürchtet Porfirij Petrowitsch, den Untersuchungsrichter, der in Dostojewskis bekanntem Roman „Schuld und Sühne“ die Morde der Hauptfigur Raskolnikow aufgeklärt hat. So nennt Mandanipur die iranischen Zensoren, müssen diese doch ebenso viel Einfühlungsvermögen entfalten wie jener, wollen sie die Jugend vor unmoralischen Schriften schützen. In Normaldruck – der dritten Textform – verteidigt der Autor seine Story in Gesprächen mit dem Zensor und erzählt dabei amüsant von der iranischen Kultur. Zudem lädt er ein, ihm beim Schaffensprozess über die Schulter zu schauen. Auch dieser Schriftsteller lebt im Exil: den USA.

Im selben Jahr publizierte der Erfolgsschriftsteller Mahmud Doulatābādi (geboren 1940) seinen aufsehenerregenden Roman *Zavāl-e Kolonel* („Der Colonel“) in deutscher Übersetzung. In Iran kann er derzeit nicht veröffentlicht werden. Entstanden ist er vor etwa 25 Jahren, in der Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, als die Begeisterung über die Islamische Revolution einer allgemeinen Enttäuschung, Wut oder Resignation gewichen war. Er erzählt die Geschichte eines Offiziers aus der Schahzeit und seiner fünf Kinder. Dieser Offizier, seine drei Söhne und seine beiden Töchter stehen für die verschiedenen politischen Positionen im Iran des 20. Jahrhunderts, der Vater für das laizistische, von Režā šāh oktroierte Gesellschaftsmodell und die Kinder für die unterschiedlichen, einander befehdenden Oppositionsgruppen. Das Geschehen des Romans beschränkt sich auf 24 Stunden zur Zeit des Iran-Irak-Kriegs. Der Autor springt dabei zwischen einer Erzählweise in der dritten Person, inneren Monologen in der ersten Person und der direkten Rede hin und

her. Das erfordert eine aufmerksame Lektüre, lässt den Leser indessen intensiv an den Empfindungen der Protagonisten und ihrem Scheitern teilhaben. Das Werk bezieht seinen besonderen Reiz aus der Spannung zwischen den individuell gestalteten, psychologisch fundierten Porträts und dem historischen, sozialen Panorama. Auch dieses Werk darf als Musterbeispiel einer literarischen Bewältigung der iranischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gelten.

Kritischer Blick auf die Mossadegh-Verehrung

Eine ergreifende, erschütternde, aber auch makabre Liebesgeschichte aus der Zeit nach dem Staatsstreich zum Sturz von Irans einzigem demokratisch gewählten Premierminister ist šahrām Rahimiāns (geboren 1959; der Autor lebt heute in Hamburg) im Jahre 2011 in deutscher Übersetzung erschienener Kurzroman *Doktor Nun zaneš-rā bištar az Mosaddeq dust dārad* („Dr. N. liebt seine Frau mehr als Mossadegh“). Es ist eine Geschichte darüber, wie ein Mann am Schicksal seiner Nation, an seinem durch Folter erzwungenen Verrat und letztlich an seiner Liebe zerbricht. Der SAVAK spiegelte ihm nach seiner Verhaftung vor, man quäle und vergewaltige seine Frau; er glaubte, ihre Schreie zu vernehmen und zu hören, wie sie ihn anflehte, den Putschisten nachzugeben und Mosaddeq in einem Radio-Interview als Vaterlandsverräter zu denunzieren, damit man sie freilasse. Später entdeckte er die Täuschung, und er konnte sich sein Versagen nicht verzeihen. Der daraus resultierende Selbsthass trieb ihn in den Wahnsinn. Gestaltet ist der Roman als komplexes, bewegtes und bewegendes, irritierendes Mosaik aus Erinnerungsfetzen.

Zwischen 2009 und 2012 erschien in deutscher Übersetzung eine der iranischen Hauptstadt Teheran gewidmete Romantrilogie von Amir Hasan čeheltan (geboren 1956), die ebenfalls eine intensive Auseinandersetzung mit der jüngeren iranischen Vergangenheit darstellt. Zwei der Romane, nämlich *Ahlāq-e mardom-e hiābān-e enqelāb* („Teheran, Revolutionsstraße“) und *āmrikā'i košti dar Tehrān* („Amerikaner töten in Teheran“) sind Welterstveröffentlichungen, der dritte *Tehrān, šahr-e bi-āsmān* („Teheran, Stadt ohne Himmel“) war bereits 2002 in Iran in einer allerdings wegen der Zensur stark gekürzten Fassung veröffentlicht worden. Es handelt sich um eine schon wegen ihrer Diversität interessante Trilogie, deren einzelne Teile sich erheblich voneinander unterscheiden. Mit dem Roman „Teheran Revolutionsstraße“, in Deutschland als erster erschienen, liefert der Autor ein lebendiges, spannendes und facettenreiches Porträt des nachrevolutionären Teherans. Im zweiten Roman schildert der Autor mit „sechs Episoden über den Hass“ Ausschnitte aus der Geschichte Teherans im 20. Jahrhundert und die Beziehung zum „Großen Satan“, den USA. Darin lässt er neben historischen Figuren von ihm erfundene Gestalten auf der Bühne des von ihm sorgfältig recherchierten Geschehens agieren. Im dritten Ro-

man dient als Protagonist wieder ein Anhänger der Revolution: Kerâmat war als Kind aus einem entlegenen Dorf geflohen und hatte sich nach Teheran durchgeschlagen. Dort erlebte er eine Zeit des Elends und der Demütigungen, bevor er in einer „Besserungsanstalt“ in die Teheraner Unterwelt eingeführt wurde. Erzählt werden die letzten vierundzwanzig Stunden im Leben dieses Mannes, der von einem der aktiven Unterstützer des letzten Schahs zu einem der leitenden Angestellten des berüchtigten Gefängnisses in Ewin wurde, in dem die politischen Gegner der Islamischen Revolution Iran festgehalten, gequält und ermordet werden. Der Autor er-

zählt davon auf drei verschiedenen Ebenen: Die erste ist das aktuelle Geschehen im Leben Kerâmats, die zweite dessen inneres Erleben in Form eines Bewusstseinsstroms und die dritte der Blick des Autors selbst auf den geschichtlichen Hintergrund.

Auch wenn für eine offizielle Vergangenheitsbewältigung gegenwärtig in Iran die politischen Voraussetzungen fehlen: Die iranische Literatur leistet sie bereits und zeigt der iranischen Gesellschaft durch die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit den Weg in die Zukunft.

KURT SCHARF arbeitete für das Goethe-Institut und war vor der Revolution unter anderem Leiter des Goethe-Instituts in Teheran. Heute arbeitet er als Literaturkritiker und Übersetzer.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

SYRIEN: DAS ERBE VON BAATH-PARTEI UND ASSAD-REGIME

HERAUSFORDERUNGEN DER ÜBERGANGSPHASE UND DIE GEFAHR EINES BÜRGERKRIEGES

„Die alawitische Religionsgemeinschaft muss ausgerottet werden.“ Dieser befremdliche Aufruf wurde vor einiger Zeit auf einigen Facebook-Seiten syrischer Aktivisten verbreitet, insbesondere auf jenen mit religiöser Prägung.

Von Ahmad Hissou



Die Särge der in Syrien getöteten Soldaten werden an ihre Familien übergeben.

Foto: Kai Wiedenhöfer © Goethe-Institut

Es ist nicht das erste Mal seit Beginn der oppositionellen Protestbewegung im März des vergangenen Jahres, dass derartige Forderungen in Syrien Verbreitung finden. In der Regel geschieht Derartiges, nachdem Informationen über Massaker bekannt wurden, die in dieser oder jener syrischen Ortschaft begangen wurden, welche sich gegen das Regime erhoben hatte. Vielleicht unterschied sich der letzte Aufruf durch seinen hohen Verbreitungsgrad, war er doch eine Reaktion auf ein neues Massaker in der Ortschaft Kafr Uwaid in der Provinz Idlib. Zum zweiten Mal seit Beginn der Proteste, die sich nun über mehr als eineinhalb Jahre erstrecken, wurde diese Ortschaft Schauplatz eines schrecklichen Massakers, laut einigen Oppositionsgruppen und Menschenrechtsorganisationen begangen von regierungstreuen Truppen. Die ungeheure Grausamkeit des Massakers beweist ein Video auf Youtube, auf dem ein Mädchen mit abgerissenem Kopf zu sehen ist.

Laut Informationen des *Syrischen Netzwerks für Menschenrechte* wurden die Bewohner von Kafr Uwaid am Sonntag, den

16. September 2012, gegen 15 Uhr von im Himmel kreisenden Hubschraubern überrascht, die ganz unvermittelt und in aller Eile sieben mit TNT gefüllte Fässer abzuwerfen begannen. Die Oppositionellen berichten, dass der Einsatz solcher explosiven Fässer in letzter Zeit zugenommen habe, da sie recht kostengünstig seien und gleichzeitig großes Zerstörungspotenzial aufwiesen. Die Fässer trafen das Gebäude der Bäckerei im Ort und töteten auf der Stelle zehn Mitglieder der Familie Mighladsch, unter ihnen vier Frauen. Auch das Mädchen mit dem abgerissenen Kopf stammt aus dieser Familie. Daneben wurden mindestens 120 Personen verletzt und etwa 20 Wohnungen zerstört.

Schuldzuweisungen an die christliche Minderheit

Warum erfolgte der Aufruf zur Ausrottung der Alawiten nach einem Massaker durch die Bombardierung von Kafr Uwaid durch die syrische Luftwaffe? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir zurück zu dem Massaker von Darayja im Umland von Damaskus, dem am 26. August 2012 mehr als 300

Menschen zum Opfer fielen (einige Oppositionsquellen sprechen sogar von 500 Toten). Nach diesem Ereignis vergossen die syrischen Aktivisten auf Facebook ihren Zorn über die Minderheit der Christen, und sie wurden verunglimpft, als wären sie für dieses Massaker verantwortlich. Allerdings ging man nicht so weit, ihre Ausrottung zu fordern, wie später bei den Alawiten. Der Grund für den Zorn war der Bericht über jenes Massaker des privaten Fernsehkanals Addounia TV, der sich im Besitz des Millionärs und Assad-Vertrauten Muhammad Hamscho befindet. Dieser Bericht verletzte die Gefühle aller Syrer auf unbeschreibliche Weise, denn die Korrespondentin Michelin Azar (eine Christin, wie aus ihrem Namen ersichtlich), die vom Sender nach Darayja geschickt worden war, ließ jegliches Feingefühl im Umgang mit den Toten vermissen und vernachlässigte jegliche journalistischen Standards.

Dieser provokative Auftritt ließ das eigentlich Ereignis – die außerordentliche Brutalität des Massakers – in den Hintergrund treten, denn plötzlich vergaßen die wütenden syrischen Aktivisten die Sicherheitskräfte und Schergen des Regimes, die für das Massaker verantwortlich waren, und beschäftigten sich nur noch mit der Religionszugehörigkeit der Korrespondentin Michelin Azar. Dieses gedankenlose Verhalten verhinderte die Suche nach den eigentlichen Gründen und den wahren Zielen des syrischen Regimes, diese außergewöhnliche Gewalt anzuwenden.

Gerechterweise müssen wir allerdings darauf hinweisen, dass der Finger des Vorwurfs nach dem Massaker von Darayja nicht aus heiterem Himmel in Richtung Christen weist und der Aufruf zur Ausrottung der Alawiten nach dem zweiten Massaker von Kafr Uwaid eine Vorgeschichte hat, auch wenn diese Religionsgemeinschaften als Ganze an diesen grauenhaften Verbrechen keine Schuld tragen. Aber nach sieben Monaten friedlicher Demonstrationen war es zu einem entscheidenden Wandel in der syrischen Revolution gekommen, als es dem Regime gelungen war, die bewaffneten Aktionen auf Kosten der friedlichen politischen Aktivitäten in den Vordergrund zu rücken. Und je größer die Gewalt durch das syrische Regime und je mehr Menschen getötet werden, desto geringer die Anzahl der friedlichen Demonstrationen. Und die Anzahl der Deserteure, die es ablehnen, auf ihre Landsleute zu schießen, steigt genauso weiter wie die Anzahl der sich dem bewaffneten Kampf anschließenden Zivilisten, die militärische Formationen unter dem Schirm der Freien Syrischen Armee gründen.

Das Mädchen mit dem abgerissenen Kopf und die Ausrottung der Alawiten

Obwohl das Mädchen mit dem abgerissenen Kopf aus Kafr Uwaid nicht das erste und nicht das letzte Opfer unter den Kindern in der syrischen Revolution ist und sein wird – die Vereinten Nationen haben Syrien auf ihre Schwarze Liste der

Staaten gesetzt, in denen Kinder gezielt angegriffen werden –, so stellte die Verbreitung dieses Videos, in dem das Mädchen auf so unmenschliche Weise gezeigt wird, einen Wendepunkt im Fortgang der syrischen Revolution und im zukünftigen Zusammenleben der Bestandteile der syrischen Gesellschaft dar. Wenn einige Aktivisten die Minderheit der Christen nach dem Massaker von Darayja aufgrund des unheilvollen Berichts noch stärker als bereits vorher beschuldigten, sich auf die Seite des syrischen Regimes zu stellen, so ist die Situation der Alawiten weitaus schwieriger. Denn gefährlicher Weise werden die Alawiten als Religionsgemeinschaft kollektiv beschuldigt, für die Aktionen der Sicherheitskräfte und der Regimeschergen verantwortlich zu sein, ohne dass zwischen Oppositionellen und Regimetreuen unterschieden wird. Dabei wird vergessen, dass aus der Religionsgemeinschaft der Alawiten, die etwa zehn Prozent der syrischen Bevölkerung stellen, sowohl unter Assad senior als auch unter dem Sohn die berühmtesten und heftigsten Gegner des syrischen Regimes hervorgegangen sind.

Aber nicht nur das. Als das syrische Regime begann, nach den fortgesetzten territorialen Verlusten die Städte von Kampfjets oder Hubschraubern aus zu beschießen, kamen Gerüchte auf, die Piloten gehörten in der Mehrheit, wenn nicht gar alle, der alawitischen Religionsgemeinschaft an. Neue Nahrung erhielt diese These – oder dieses Gerücht – nach dem Absturz des ersten Militärflugzeugs vom Typ Mig 23 über der Ortschaft Muhasan in der Provinz Dair al-Zor am Montag, den 13. August 2012. Der Pilot, Stabsoberst Mufid Muhammad Sulaiman, den man gefangen genommen hatte, stellte sich selbst in einem Video, das die Revolutionäre auf Youtube stellten, als Alawit vor, dessen Aufgabe es gewesen sei, Zivilisten in einer sunnitischen Ortschaft zu töten. Durch diesen Vorfall sowie die starke Propaganda der islamistischen Strömungen innerhalb der Opposition über das sektiererische Handeln des Regimes wurde die gesamte alawitische Religionsgemeinschaft an den Pranger gestellt. Diese Entwicklungen bilden die Basis für den Aufruf zur Auslöschung der Alawiten, denn frühere Angriffe hatten sich auf die Aufforderung an die Alawiten beschränkt, sich vom Regime loszulösen und der Opposition anzuschließen.

Das Regime seinerseits war relativ erfolgreich darin, die Alawiten in sein ganz eigenes Gefängnis zu sperren und sie dem Rest der Bevölkerung als die herrschende Religionsgemeinschaft darzustellen, die die Schlüsselpositionen im Lande besetzt und die Verantwortung trägt (Assad und die meisten militärischen Führer und Leiter von Sicherheitsapparaten gehören der alawitischen Religionsgemeinschaft an, während der derzeitige Verteidigungsminister ein Sunnit aus der Gegend von Hama ist).

Dieser Diskurs des Regimes sowie seine dreisten Versuche, Zwist innerhalb der mosaikartigen syrischen Gesellschaft zu schüren, nähren sich aus der fortschreitenden Islamisierung

der Revolution. Denn die Zunahme der islamistischen und salafistischen Strömungen insbesondere innerhalb des militärischen Flügels der Opposition spielt dem Regime dabei in die Hände, dem Konflikt den Stempel von religiösen Auseinandersetzungen aufzudrücken, ihn als einen religiösen, das heißt sunnitisch-alawitischen oder sunnitisch-schiitischen Konflikt darzustellen, statt als Volksrevolution gegen eine diktatorische Herrschaft. Auch die Unterstützung durch das iranische Regime und die schiitische Hisbollah im Libanon verleiht diesem Diskurs Glaubwürdigkeit. Noch schlimmer wird die Sache durch Äußerungen einiger Politiker der Region, die diesen Diskurs zusätzlich bestätigen, wenn sie vor der Bildung eines schiitischen Halbmonds warnen, der sich von Iran über Irak und Syrien bis nach Libanon erstreckt, wie dies der jordanische König Abdallah II bereits mehrmals tat.

Der konfessionelle Bürgerkrieg und die Post-Assad-Ära

Obwohl die Syrer – seien es die Aktivisten vor Ort und die Mehrheit der politischen oppositionellen Organisationen auf der einen Seite, oder das Regime und seine Unterstützer auf der anderen – es ablehnen, die seit mehr als einem Jahr andauernden Kämpfe in Syrien als Bürgerkrieg zu bezeichnen, wie es die westlichen Medien bereits seit Langem tun, gibt es das allgemeine Eingeständnis, dass in einigen Regionen Syriens, insbesondere in der Provinz Homs, konfessionelle Säuberungen stattgefunden haben. Aber auch wenn Einhelligkeit darüber besteht, dass derartige Aktionen auf das Konto des Regimes gehen, so fehlen für die Beschuldigung der bewaffneten Opposition, solche Aktionen durchzuführen, bis jetzt handfesten Beweise. Denn es hat den Anschein, dass die bewaffnete Opposition, trotz der starken islamischen (sunnitischen) Prägung und trotz der Anschuldigungen durch internationale Menschenrechtsorganisationen und des UN-Menschenrechtsrats, schwere Menschenrechtsverletzungen zu begehen, sich bisher vor konfessionellen Säuberungen zurückhält.

Doch wie lange noch? Je länger der Konflikt dauert, desto stärker wird die islamische Prägung der oppositionellen Militäreinheiten und desto stärker ausgeprägt das Denken in konfessionellen Strukturen innerhalb der syrischen Gesellschaft. Und es ist durchaus möglich, dass es zu einem mörderischen Bürgerkrieg kommen wird, jedoch nicht in dem Sinne, wie es die europäischen Medien verbreiten, sondern im Sinne eines abscheulichen Konfessionskriegs. Wenn die Situation sich nicht ändert, wenn also die bewaffneten Aktionen fortgesetzt werden, und dies ohne jegliche politische Perspektive, so besteht die Gefahr, dass Syrien wie Somalia zu einem gescheiterten Staat wird. Angesichts einer fehlenden vereinten Militärführung, die einer geeinten politischen Opposition folgt, könnte es sogar so weit kommen, dass die Anführer der bewaffneten, das Regime bekämpfenden Bataillone zu Kriegsfürsten mutieren, wie es in Afghanistan der Fall war, was den Konflikt auf unbestimmte Dauer verlängern würde.

Transitional Justice und The Day After

Dieses düstere Bild hielt die Aktivisten der Opposition und einige Staaten jedoch nicht davon ab, ausgehend von der sicheren Annahme, dass das syrische Regime früher oder später stürzen wird, nach einer Alternative für das Baath-Regime von Baschar al-Assad zu suchen. Damit die Aktivisten und ihre Unterstützer nicht von einer Situation überrascht werden, in der die Erfahrung des Irak wiederholt wird (was die Religionsgemeinschaften betrifft), oder von Afghanistan (das Aufkommen von Warlords) oder sogar von Somalia (ein gescheiterter Staat), begannen sie, Instrumente für die Erarbeitung einer Verfassung und der zukünftigen Politik des Landes auszuarbeiten. Doch weil das syrische Regime seit dem Putsch von 1963 auf dem Konzept des Totalitarismus basiert und sich auf Dutzende Sicherheitsapparate und eine riesige Armee stützt, bei der die Fäden ganz oben zusammenlaufen, sowie auf die Volkskomitees der Baath-Partei, wird der Übergang in eine Phase der Demokratie sicher sehr verlustreich werden. Und je länger die Krise andauert und je mehr Gruppierungen nicht das Wohl der Nation im Sinn haben, sondern nur ihre einzelnen Konfessionen oder Ethnien, oder sogar von einem Nationalismus geprägt sind, wie ihn das Regime schürt, desto schwieriger wird der Übergang.

Auch die Einzigartigkeit Syriens als ein Mosaik aus ethnischen, religiösen und konfessionellen Gruppen sowie die Einzigartigkeit des Regimes, dessen Grundlagen der verstorbene Präsident Hafez al-Assad legte und seinem Sohn vererbte, spielen eine wichtige Rolle und werden die Übergangsphase und die Bildung eines zukünftigen Systems erschweren. Denn dieses Regime basiert auf einer Mischung zwischen einer Volksideologie des Widerstands, geschürt durch eine arabisch-nationalistische, den Anderen ausschließende Partei (die Baath-Partei), und einem Polizeistaat, der die Zivilgesellschaft niederdrückte und sie endgültig zu Gunsten des treuen Führers (Assad und sein Sohn) in die Schranken wies. Hinzu kommt der eingangs erwähnte stärker werdende Einfluss der islamistischen Strömungen innerhalb der syrischen Opposition, in ihren beiden Ausformungen, der politischen wie der militärischen, und die Gefahr eines Konfessionskonflikts, der über die Grenzen Syriens hinausgeht.

Vielleicht ist das wichtigste Konzept, das für die Überwindung der fünfzigjährigen Diktatur und die Post-Assad-Ära vorgelegt wurde, das des Projekts *The Day After*. Dieses Projekt konnte mit Unterstützung und Finanzierung des amerikanischen sowie des schweizerischen Außenministeriums sowie holländischer und norwegischer Nichtregierungsorganisationen unter der Schirmherrschaft des *United States Institute of Peace* (USIP) und der *Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) durchgeführt werden. Die Staaten des Westens sind angesichts der oben beschriebenen Gefahren, aber auch der bitteren Erfahrung, die die Nachbarstaaten Syriens und besonders der Irak machten, in großer Sorge um die Zukunft der Minderheiten in Syrien in der Zeit nach Assad. Die-

se Sorge um die Minderheiten, und besonders die Christen, nährt sich auch aus der Angst vor einer möglichen Machtübernahme durch die Islamisten in Syrien, wie schon vorher in Tunesien und Ägypten der Fall.

Die aus 45 syrischen Persönlichkeiten bestehende Gruppe des Projekts *The Day After*, die alle Fraktionen der syrischen Opposition vertritt, erarbeitete auf mehreren Sitzungen in Berlin in verschiedenen Arbeitsgruppen ein Konzept für einen demokratischen Übergang. Die Gruppe bestand aus Vertretern des Syrischen Nationalrats, der Lokalen Koordinationskomitees, der Strömung für einen demokratischen Wandel und aus Wirtschafts- und Militärexperten, Akademikern und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Hinzu kamen Vertreter der religiösen und ethnischen Gruppierungen in Syrien. Auf den Treffen wurde eine Art Roadmap erarbeitet, die einen seichten Übergang nach demokratischen Regeln erleichtern soll. Auch enthält das Dokument erste Grundlagen für eine unabhängige syrische Verfassung, bei der sich die Fraktionen der syrischen Opposition über allgemeine Grundzüge einigen, wie etwa die Form des zukünftigen Staates (der ein ziviler Staat sein soll), und sich intensiv mit Themen wie Zugehörigkeit zum Staat und Gleichberechtigung unabhängig der Konfession, der ethnischen Zugehörigkeit und des Geschlechts auseinandersetzen.

Auch wenn *The Day After* vielleicht als wichtigstes Planungsinstrument für einen demokratischen Wandel in Syrien betrachtet werden kann, so machte man sich auf Konferenzen in Istanbul und anderen Städten gleichfalls Gedanken über den Wandel und beschäftigte sich mit dem Thema Übergangsgerechtigkeit. Hierbei wurden ähnliche Erfahrungen wie im Irak, Südafrika und der DDR und sogar Marokko herangezogen. Das Erbe des Assad-Regimes und der Baath-Partei aus den letzten fünfzig Jahre wiegt mit den Tausenden Opfern, Toten, Verwundeten, Verschwundenen und politischen Gefangenen enorm schwer. Dieses Erbe zu überwinden, wird große Anstrengungen erfordern, es gilt, die verletzten Seelen zu heilen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das Prinzip der Straflosigkeit muss angewendet werden, und gleichzeitig müssen die Verbrecher auf eine Art zur Rechenschaft gezogen werden, die nicht zu heftigen politischen Erschütterungen, wie zu einem konfessionellen Bürgerkrieg oder zur Aufspaltung des Landes in Kleinstaaten, führt.

Werden die Syrer erfolgreich die Hinterlassenschaften der Vergangenheit überwinden und durch die Bildung eines pluralistischen zivilen Staates Demokratie erlangen, so wie die Mehrheit der Opposition dies fordert? Die Beantwortung dieser Frage müssen wir der Zukunft überlassen.

AHMAD HISSOU Ahmad Hissou ist Journalist und syrischer Oppositioneller. Er lebt in Deutschland und ist Mitglied der Redaktion von *Fikrun wa Fann*.

Übersetzung: Larissa Bender

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

The Day After Project en Final

http://www.scribd.com/document_downloads/104151937?extension=pdf&from=embed
en, de, ar, fa

ZWISCHEN KUNST UND POLITIK

ARABISCHE POSITIONEN AUF DER DOCUMENTA (13)

Die auf der dOCUMENTA (13) in Kassel vorgestellten Kunstwerke arabischer Provenienz sind oft gesellschaftskritisch und politisch engagiert. Die arabischen Revolutionen bilden auch einen „Nervenstrang“ im zentralen Ausstellungsraum der dOCUMENTA, dem „Gehirn“, wobei die globale Signifikanz des Arabischen Frühlings betont wird.

Von Lotte Fasshauer



Installation von Walid Raad bei der dOCUMENTA (13) in Kassel.

Foto: Anders Sune Berg / dOCUMENTA (13) © Goethe-Institut

„The Syrian protestors are recording their own death.“ Mit diesen Worten beginnt die *Lecture-Performance* „The Pixelated Revolution“ des libanesischen Künstlers Rabih Mroué, die bereits im Januar 2012 beim PS122 COIL Festival in New York uraufgeführt wurde und auf der dOCUMENTA (13) erneut präsentiert wird. Als Video sowie erweitert durch eine mehrteilige Installation ist die Arbeit im Südflügel des ehemaligen Hauptbahnhofs in Kassel zu sehen. In „The Pixelated Revolution“ setzt sich Mroué mit auf Youtube hochgeladenen Handyvideos syrischer Demonstranten auseinander. Im Fokus der Arbeit steht ein 83 Sekunden langes Youtube Video, das Mroué „Double Shooting“ nennt. Ein Mann mit Handykamera filmt „seinen eigenen Todesschützen. Rabih Mroués Arbeit wurde vielerorts gelobt, wie auch in der deutschen Presse: Die Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung bezeichnet Mroués Arbeit als „eines der klügsten und gewaltigsten Stücke“ der d13. In Beirut löste die Performance eine hitzige Diskussion über die Rolle des Künstlers und seinen Umgang mit den Arabischen Revolutionen aus, die sich durch das gesteigerte Interesse an künstlerischen Stellungnahmen hierzu von Seiten internationaler Kunstinstitutionen verkompliziert. Mit

der Rolle des Künstlers setzt sich auch die in Beirut wohnhafte Journalistin und Kunstkritikerin Kaelen Wilson-Goldie in ihrem Artikel über Rabih Mroués „The Pixelated Revolution“ auseinander, in dem der Künstler auch selbst zu Wort kommt:

„Should they [artists living in the region] be making art in their studios or joining protesters on the streets? Should they be agitating as artists, activists or day-to-day citizens? If artists have already been dealing with subjects such as corruption, injustice or social inequity for years, then how can they avoid having their work co-opted by the new fervor for revolutionary fare? And if they decide to take on and work through the uprisings in their art, then how can they do so without coming across as naïve, belated, opportunistic, callous or crass?

‘For me these are very intriguing questions,’ says Mroué, ‘and they’re also a kind of trap. One of the things we always say is that art needs distance, and

that art needs a kind of peace. But at the same time, with the revolution in Tunisia, or the revolution in Egypt, or the violence in Syria, when are we allowed to talk about it? How long do we have to wait before we can make a work? I think there are no limits, no defined times.”

Rückübersetzung ins Analoge

Was zeigt Rabih Mroués auf der d13 präsentierte mehrteilige Installation? Sie enthält einen Wandtext mit praktischen Anweisungen zum Gebrauch von Handys bei Demonstrationen, die mit Regeln von Dogma 95 verknüpft sind, dem kinoästhetischen Manifest des dänischen Filmkollektivs. Rabih Mroué nennt zwei Vergleichsmomente, den Einsatz des Stativs und die Darstellung von Gewalt:

„In Dogme 95, there is this instruction that you should not use a tripod. And for the Syrians, it's not a choice – it's still very, very, difficult to use a tripod to record their reality. And there is another issue in Dogme 95, where it stipulates that you should not record violent scenes, or weapons, because they don't want to fake these things. So it's not necessary to use them. For the Syrians, they add to this dictate insofar as the violent scenes being recorded are actually for real and the stipulation is also correct – do not record violence – insofar as the weapon could kill them and the scene of killing is thereafter real. There is no attempt to fake death here – it is all too real.”

An der benachbarten Wand hängen sieben auf Fotopapier ausgedruckte, vergrößerte und verpixelte Portraits der Mörder. Auf die gegenüberliegende Wand projiziert ist eine Schattenriss-Figur mit Handykamera in rotem Licht, die unter Schüssen zu Boden fällt und durch Rückwärtsspulen der Projektion wie ein Stehaufmännchen wieder zum Leben erweckt wird. Im gleichen Raum steht ein länglicher Tisch, auf dem sieben Daumenkinos liegen, darüber hängen sieben Lautsprecher für sieben Videos. Sie sind zwischen 18 Sekunden und zwei Minuten lang. Dazu erhalten wir die Youtube-URL. Die jeweiligen Daumenkinos enthalten die ausgedruckten Bilder aus dem entsprechenden Video. In kleiner Schrift lesen wir die Anweisung: „To watch the video, press the button and flick through the flipbook. Match the pace of the images to the audio.“ Die Daumenkinos sind auf Stempelkissen appliziert, so dass der Betrachter beim Abspielen des Daumenkinos einen blauen Fingerabdruck hinterlässt, was an kriminologische Beweisspuren erinnert. Die Daumenkinos haben etwas Haptisches und erfordern die Interaktion des Betrachters, der seine eigenen Spuren hinterlassend nicht unbeteiligt bleibt. Das letzte Element der mehrteiligen Installation ist ein von Hand abgespielter 8-Millimeter-Film. Rabih Mroué zoomt auf den Blickkontakt zwischen Demonstrant und Todesschütze, indem er ihn in einem Loop, der eine Unendlichkeitsschleife bildet, bannt. Was alle Teile der Installation gemein-

sam haben, ist ihre analoge Rückübersetzung des digitalen Ausgangsmaterials.

Selbstkritischer Umgang mit dem Videomaterial

Die Handykamera als gewaltlose Technologie dient den Demonstranten dazu, Öffentlichkeit herzustellen. Youtube hat das Videoformat zu einem Leitmedium gemacht. Anstatt neue Bilder zu produzieren, bedienen sich Künstler online, das Internet dient als Inspirationsquelle. Dabei verfolgen sie unterschiedliche digitale Aneignungsstrategien, etwa indem sie Bildikonen der Gegenwart aufgreifen und diese dekonstruieren oder desakralisieren. Was digitale von analogen Aneignungspraktiken manches Mal jedoch unterscheidet, und was beim Ausstellungsbesuch zu einem Moment der Irritation führen kann und auch zu einem moralischen Unwohlsein, ist die bisweilen instantane Verarbeitung des in diesen Fällen brandaktuellen vorgefundenen Materials in der Kunst. Rabih Mroué vermag jedoch den Moment der Irritation und des moralischen Unwohlseins auszuräumen, wenn wir den Ausstellungsraum betreten. Er selber äußert sich zu seiner Arbeit folgendermaßen:

„My work is trying not to produce new images but to find and take these images and deconstruct them through reflection and by re-reading them in a human, personalised manner.”

Rabih Mroués Arbeit löst beim Betrachter einen kritischen Diskurs aus, der ermöglicht wird, indem seine Installation in aller Bilderflut letztlich das Humane, dabei besonders den Tod, wieder in den Vordergrund stellt, indem er auf den entscheidenden Moment zoomt und ihn in einem Loop bis ins Unendliche zirkulieren lässt und ihn durch die analoge Rückübersetzung entschleunigt. In Rabih Mroués mehrteiliger Installation geht es um den Zusammenhang von Bild und Tod. Wie sieht ein humanes Bild des Todes aus: Es soll nicht die Sensationsgier befriedigen, es soll nicht eine Trennlinie ziehen zwischen Rezipient und Sterbendem, als sei der Rezipient im Gegensatz zum Sterbenden unverwundbar, es soll nichts beschönigen, es soll dem Betrachter den Augenblick des Todes und damit die Sinnfrage nahebringen. Das kann es bei subjektiver Perspektive unter Auslassung des eigentlichen Todesmoments. Der Tod entzieht sich der Zeit, ist aber gleichzeitig immer anwesend. Das Paradox des Todes manifestiert sich als der Augenblick, der zeitlich erfahrbar nie eintritt und doch ewig präsent ist. Der Tod ist der ewige Augenblick.

Arabische Positionen auf der d13

Die dOCUMENTA (13) präsentiert ein außerordentlich vielseitiges Bild an Beiträgen aus der arabischen Welt. Wie die Künstlerliste zeigt, haben sich die Kuratoren nicht an den nationalen Zugehörigkeiten der Beteiligten orientiert. Die Arabischen Revolutionen spielen auf der d13 zwar eine zentrale

Rolle, jedoch nicht in den meisten der Werke der beteiligten arabischen Künstler.

Vom 9. Juni bis zum 16. September 2012 findet die d13 an den üblichen Hauptorten in Kassel statt, wie dem Fridericianum, der documenta-Halle, in der Karlsau, in der Neuen Galerie, im ehemaligen Hauptbahnhof oder in einer nie fertiggestellten Moschee in der unteren Karlsstraße 14. Außerdem gibt es drei Nebenstandorte. Einer dieser drei Orte ist neben Kabul und Banff das ägyptische Alexandria. Für Alexandria hat die künstlerische Leiterin der d13, Carolyn Christov-Bakargiev, gemeinsam mit Sarah Rifky, der Direktorin von CIRCA (Cairo International Resource Center for Art), das „Kairoer Seminar“ konzipiert. Es bestand aus einer zweiteiligen Veranstaltungsreihe und einem Austausch zwischen Kassel und Alexandria.

Neben den ägyptischen Autoren und Künstlern wie Sarah Rifky, Wael Shawky und Hassan Khan war auch die äthiopisch-amerikanische Künstlerin Julie Mehretu am Kairoer Seminar beteiligt. In ihrer Arbeit, die in der documenta-Halle in Kassel ausgestellt ist, setzt sie sich ebenfalls mit dem Arabischen Frühling auseinander, womit deutlich wird, dass sich die brandaktuelle Thematik über nationale Zugehörigkeiten hinaus in Werken der d13 wiederfindet. Mehretu spricht von dem ansteckenden Einfluss des Arabischen Frühlings auf die Occupy-Bewegung in New York. Mehretus für die d13 geschaffene und in der documenta-Halle ausgestellte großformatige Bildserie mit dem Titel „Mogamma (A Painting in Four Parts)“ verweist auf Plätze, auf denen Revolutionen stattgefunden haben. Mehretu, die sich hier mit Architektur als Medium der Sozialgeschichte auseinandersetzt, erinnert in ihrer Serie an Orte des kollektiven Gedächtnisses, an den Roten Platz in Moskau, die Plaza de la Revolución in Kuba, den Tahrir-Platz in Kairo oder den Zuccotti Park in New York, Orte, an denen Menschen gegen bestehende Regierungsformen oder gegen die Macht der Banken in den USA demonstriert haben.

„Collapse and Recovery“

„Collapse and Recovery“ lautet das Leitmotiv der d13. Das Thema sei heute überall aktuell und verbinde die Gegenwart mit dem gesamten letzten Jahrhundert, erläutert die künstlerische Leiterin der d13, Carolyn Christov-Bakargiev. Es knüpfe nicht zuletzt an die Geschichte der ersten documenta im Jahr 1955 an, als Kassel noch zu großen Teilen zerbombt war. Außerdem betont die Kuratorin, dass die documenta gerade nicht aus den Handelsmessen oder Weltausstellungen des kolonialen 19. Jahrhunderts hervorgegangen sei, sondern aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs. Arnold Bode, dem die Nazis als Künstler und Lehrer Berufsverbot erteilt hatten, brachte Kunst, die unter dem Nationalsozialismus als „entartet“ galt und verboten war, zurück nach Deutschland. Aus einem totalen Zusammenbruch hervorgegangen, war die erste documenta geprägt von der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die internationale Wiedereingliederung des west-

deutschen Kunstdiskurses. Dieser betonte Internationalismus unterscheidet die documenta auch von der Biennale von Venedig (die erstmals 1895 stattfand, 1907 wurde der erste belgische Länderpavillon entworfen) mit ihrer national ausgerichteten Einteilung nach Länderpavillons.

Das Zentrum der d13 bildet „The Brain“, auch als „associative space of research“ bezeichnet, wo anstelle eines d13-Konzepts eine Reihe von Objekten, Kunstwerken und Dokumenten aus unterschiedlichen Zeiten und Räumen zusammengebracht werden, die sich in diesem „miniature puzzle of an exhibition“ bündeln. Auf einem Tisch steht ein Laptop, auf dem ein Ausschnitt aus dem Video des ägyptischen Künstlers Ahmed Basiony zu sehen ist, das er am 26. Januar 2011 von den Aufständen auf dem Tahrir-Platz aufgenommen hatte. Der Künstler, 1978 in Kairo geboren, starb zwei Tage später an den Schusswunden, die ihm die ägyptischen Polizeikräfte zugefügt hatten. Basiony unterrichtete am Art Education College an der Helwan University in Kairo und nahm an Ausstellungen wie „Occidentalism“ (2007), „The Body Invisible Presents“ (2009), „Live100“ (2009–2010), „Why Not?“ (2010) teil. 2011 repräsentierte er posthum Ägypten auf der Venedig Biennale mit der Videoinstallation „30 Days of Running in the Space“. Zu seinem Freund Shady El Noshokaty soll Basiony gesagt haben: „Ich laufe auf der Stelle und verschwende meine Energie.“ El Noshokaty erinnert sich:

„Als ich anfing, über dieses Projekt nachzudenken, fiel mir ein, dass Ahmed Basiony 1978 geboren wurde [...]. Nur zwei Jahre, bevor das Mubarak-Regime die Macht ergriff. Und wenn man jetzt auf diese 30 Jahre blickt, auf das Land, die Diktatur, und das vergleicht mit Ahmeds ursprünglicher Vorstellung, auf der Stelle zu rennen, seine Energie zu verschwenden in einem Raum ohne irgendeinen Fortschritt – dann war das genau die Situation Ägyptens. Ahmed Basionys Leben steht für das Leben dieses Landes in den letzten 30 Jahren. Es begann mit diesem Regime und es wurde beendet durch dieses Regime.“

Wenn also das Videodokument von Ahmed Basiony an solch zentraler Stelle der d13 erscheint, ist dies ein Hinweis auf den Zusammenhang dieses Dokuments über den Arabischen Frühling mit dem Leitmotiv „Collapse and Recovery“. Es tritt jedoch auch ein Gegensatz besonders deutlich hervor: Die Unabgeschlossenheit der Arabischen Revolutionen einerseits und andererseits die bereits überwundenen Zusammenbrüche aus der Vergangenheit.

Dieser Kontrast wird noch verstärkt durch das Nebeneinander der ausgestellten Objekte, Kunstwerke und Dokumente. So sind über Jahrtausende erhaltene Baktrische Prinzessinnen-Figurinen zu sehen oder etwa beschädigte Artefakte (aus Metall, Elfenbein, Glas und Terrakotta) aus dem Nationalmuseum in Beirut, die aufgrund der Bombardierungen während des libanesischen Bürgerkrieges (1975–1990) und der

Lage des Museums unmittelbar an der Demarkationslinie zwischen West- und Ost-Beirut miteinander verschmolzen und verklumpt sind. Wir sehen aber auch Arte Povera und surrealistische Werke, ferner dokumentarische Fotos sowie Gegenstände, die die US-amerikanische Fotografin Lee Miller 1945 aus Adolf Hitlers Wohnung mitnahm. So eröffnen die Objekte, Kunstwerke und Dokumente in ihrem Nebeneinander neue Reflexionsebenen, indem zum Beispiel die Arabischen Revolutionen in einen historischen Kontext gestellt werden.

„Traumatisierte Kunstwerke“

In ihrem Notizbuch „On the Destruction of Art – or Conflict and Art, or Trauma and the Art of Healing“ schreibt Bakargiev:

„This notebook is a collage of fragments precariously held together by a sense that bodies of culture, just like bodies of people and other animate and inanimate elements in the world, survive the knots and circumstances of history sometimes intentionally and sometimes only by chance.“

Sie spricht auch von „traumatized artworks“. Traumatisierte Kunstwerke seien sprachlose und benommene Zeugen von Konflikten, traumatisierte Subjekte, die unfähig seien, ihre Geschichte zu erzählen. Sie befänden sich im Stand-by-Modus, sie seien stumm, der Sichtbarkeit und dem Diskurs entzogen. Als Beispiel führt sie Walid Raads auf der d13 ausgestellte Arbeit „Part I_Chapter 1_Section 139: The Atlas Group [1989-2004]“ an. Hier werden frühere Arbeiten inklusive Ausstellungsraum in miniaturisierter Form gezeigt. Sie haben, wie Jalal Toufic in seinem Buch „The Withdrawal of Tradition Past a Surpassing Disaster“ von 2009 formuliert hat, sich einem unermesslichen Desaster entzogen. Walid Raads Arbeit ist Teil seines mehrteiligen Forschungsprojekts „Scratching on Things I Could Disavow“ (2008 – fortlaufend), das er auf der d13 in performativen Führungen präsentiert.

„Cabaret Crusades“ – „Blind Ambition“ – „The Knot“

Mit einer traumatischen Vergangenheit hat auch die Arbeit des ägyptischen Künstlers Wael Shawky zu tun. Er befasst sich mit der weit zurückliegenden Historie der ersten Kreuzzüge. Seine Puppenanimationsfilme aus der Serie „Cabaret Crusades“ (2010 – fortlaufend) erzählen die Geschichte der Kreuzritter aus arabischer Sicht. Angelehnt ist die Arbeit an das 1983 erschienene Buch „Der Heilige Krieg der Barbaren.

Die Kreuzzüge aus der Sicht der Araber“ des libanesischen Autors Amin Maalouf. Die 200 Jahre alten Marionetten entstammen dem Familienbesitz des Turiners Daniele Lupi, mit dem Shawky zusammengearbeitet hat. Obwohl es von der Vergangenheit handelt, erscheint Shawkys Werk dennoch höchst aktuell. Denn es hinterfragt unser Geschichtsbild und stellt dem eurozentrischen Blick auf die Geschichte eine andere Sicht entgegen.

Künstler verändern ihre Arbeitsweise nicht unbedingt aufgrund von politischen Veränderungen. Wohl aber findet in vielen Werken eine künstlerische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Bedeutung solcher Veränderungen statt. Das zeigt die für die d13 geschaffene Arbeit von Hassan Khan, 1975 in London geboren und wohnhaft in Kairo. Über sein 45 Minuten dauerndes Video „Blind Ambition“ (2012) ist am Eingang des Ausstellungsraums die Information zu lesen: „A lip-synched film shot on a Samsung Galaxy SII cell phone“. Das Video ist ohne Ton. In raschem Tempo folgen wir verschiedenen Personen, die sich mit unterschiedlichen öffentlichen Verkehrsmitteln durch lärm-, verkehrs- und menschenüberfüllte Straßen von Kairo bewegen. Zwischendurch verweilen wir bei einzelnen Personen oder Menschengruppen. Die nachsynchronisierten Gesprächssituationen wirken spontan, sind aber inszeniert. Was sie verbindet, ist ihre emotional aufgeladene Stimmungslage. Durch die Nachsynchronisation entsteht eine Distanz zwischen Stimme und Körper. Hassan Khan äußert sich über seine Arbeit folgendermaßen:

„I am at a portrait of selves held together by a fragile intent (that soars and falls), and embraced by the collective fantasy they have all produced.“

Im gleichen Raum zeigt Khan seine Skulptur „The Knot“ (2012), ein 70 x 3 x 6,5 cm großer Glasknoten, der die Form einer Acht hat. Auf den ersten Blick erschließt sich der Zusammenhang zwischen Video und Glasknoten nicht direkt, jedoch liefert das Zitat („fragile intent“) einen Hinweis. Denn auffallend sind vor allem die unterschiedlichen Materialitäten. Wir haben die konkrete, materielle Welt des Videos und auf der anderen Seite die Formalität des Glasknotens. Dass das Video mit einem Handy aufgenommen wurde, erinnert an den Einsatz der Handykameras im Arabischen Frühling. Die kollektive Macht der Demonstranten war durch einen flüchtigen, zerbrechlichen Zusammenhalt (Knoten), und zwar auf individueller Kommunikation, aufgebaut. Das Video bleibt also nicht bei der Betonung der vielen Ich-Perspektiven stehen, sondern wird durch die Allegorik des Glasknotens abstrahiert.

LOTTE FASSHAUER ist seit 2011 Doktorandin an der Friedrich Schlegel Graduiertenschule an der FU Berlin. In ihrer Doktorarbeit befasst sie sich mit der Arbeit des libanesischen Autorenfilmers Ghassan Salhab im Kontext gegenwärtiger künstlerischer Praxis in Libanon.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

DIE DOCUMENTA (13) IN KABUL

WUNSCH UND WIRKLICHKEIT EINER KUNSTSCHAU ZUM THEMA KRIEG

Die Documenta in Kassel gilt als die weltweit größte Ausstellung zeitgenössischer Kunst. In diesem Jahr war zum ersten Mal Afghanistan ein Schwerpunkt des Ausstellungsprogrammes. Welche Auswirkungen hat die Documenta auf die afghanische künstlerische und kulturelle Identität?

Von Martin Gerner



Graffitibilder der afghanischen Künstlerin Shamsia at the documenta (13) in Kabul.

Photo: Martin Gerner © Goethe-Institut

„Krieg schafft Fakten. Aber auch Kunst kann, auf einer anderen, höheren Ebene Fakten schaffen“, schreibt Carolyn Christov-Bakargiev, Kuratorin der 13. Documenta in einem Aufsatz darüber, warum sie mit Kabul (und mit Kairo) zwei komplementäre Orte im Zustand von Krieg und Konflikt für die 13. Ausgabe der Documenta ausgewählt hat. Die Amerikanerin mit italienischen und bulgarischen Wurzeln gibt dabei zu, dass diese Auswahl „möglicherweise anmaßend und naiv“ sei. Dennoch möchte sie mit ihrer Wahl diejenigen ermutigen, die sich mit diesen Orten auseinandersetzen. Bakargiev hat sich in Interviews immer wieder überzeugt davon gezeigt, dass Kunst für den sozialen Wiederaufbau kriegs- und konfliktgeprägter Gesellschaften eine maßgebliche Rolle spielen und dabei „Fantasie als treibende Kraft in solchen Prozessen“ freigesetzt werde, „auf eine Weise, die die Menschen nicht noch weiter isoliert, sondern Möglichkeiten für das Gegenteil schafft“.

In diesem Sinne ist eine Delegation der dOCUMENTA (13) im Sommer 2010 erstmals nach Kabul gereist. Bis zum Frühjahr

2012 folgten eine Vorlesungsreihe und mehr als sieben Seminare, die meisten davon in Kabul und eines in der Provinz Bamyán. Aus den Debatten und Seminaren heraus sind verschiedene Kunstwerke entstanden, geschaffen von internationalen und von afghanischen Künstlern aus dem Land selbst, aber auch aus der Diaspora. Andere Werke wurden für die Documenta in Auftrag gegeben.

Ein Teil dieser Werke war der Tradition entsprechend 100 Tage lang in Deutschland ausgestellt, der andere Teil in Kabul. Die Werke sollten idealerweise eine Brücke schlagen zwischen Kassel mit seiner Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg und Kabul als Stadt in einem andauernden Kriegszustand. Allerdings lag hier für den Beobachter bereits das erste Hindernis: Weder in Kassel noch in Kabul konnten die Zuschauer einen konkreten Einblick gewinnen, wie der „Zwilling“ zur Kabul-Thematik in der jeweils anderen Stadt aussah, da entsprechende Bilder oder Videos, die dies vermittelt hätten, fehlten. Die Gesamtanalyse der Werke hier und dort, von dem, was eigentlich als Eines zu sehen und zu verstehen ist,

war am Ende bestenfalls einigen Dutzenden von Beobachtern möglich, die die Reise nach Kabul in Kauf nahmen und ein Visum erhielten.

Neben solchen politisch-geografischen Beschränkungen mussten sich die Macher der Documenta wohl oder übel mit den sozialen, politischen und psychologischen Herausforderungen Afghanistans auseinandersetzen. Während die Organisatoren dabei betonten, dass es ihnen in allem immer um eine Auseinandersetzung ohne Vorurteile gegangen sei und nicht um einen „kolonialen Ansatz“, deuten Aussagen von Teilnehmern darauf hin, dass die ganze Dimension des Vorhabens erst im Laufe des künstlerischen Prozesses erkannt wurde.

Zwischen Sicherheitsschleuse und Kulturaustausch

Goshka Macuga, eine polnische Künstlerin, deren zwei Wandteppiche bei der Documenta ausgestellt wurden – einer in Kassel, einer in Kabul – beschreibt ihre Erinnerungen, aber auch ihre Kritik an der „Documenta Kabul“ gleich zur Eröffnung in Kassel. Sie berichtet unter anderem, sie habe Kabul als *artist in residence* vor allem als Außenstehende kennengelernt, „beeinflusst und beschränkt durch unendliche Sicherheitsmaßnahmen, so wie sie auch für die ausländischen Eliten in Kabul gelten, für Nichtregierungsorganisationen und internationale Berater, die dort stationiert sind. Ich war einbezogen in Aktivitäten, bei denen ich fast ausschließlich Menschen getroffen habe, die in die Documenta involviert sind. Angesichts der starken militärischen Präsenz und der Parallelwelten, in denen sich die internationalen Eliten aufhalten, habe ich mich gefragt, für wen ich meine Arbeit eigentlich mache.“

Obwohl es wahrscheinlich unbestreitbar ist, dass künstlerische Erfahrungen nur im Prozess praktischer Erfahrungen gemacht werden können, erinnert sich Christoph Menke, ein deutscher Philosoph, der ein Seminar in Kabul geleitet hat, an „faszinierende Elemente des Protestes“ unter den hauptsächlich jungen afghanischen Seminar-Teilnehmern. „Am Anfang“, erinnert er sich, „haben die afghanischen Teilnehmer uns wie hochrangige Persönlichkeiten behandelt, die extra eingeflogen wurden. Es wurde erwartet, dass wir all ihre Fragen beantworteten. Auch sehr grundlegende, wie beispielsweise ‚Was ist gute und was schlechte Kunst?‘ oder ‚Sollte man überhaupt Kunst schaffen?‘.“ Aber nach und nach habe sich dies verändert, so Menke, „und die Teilnehmer fingen an, ihre eigenen Bedenken und Positionen zu äußern.“

Aman Mojaddedi, ein afghanischer Künstler, der seit 2002 in Kabul tätig ist und die Kunstszene in der afghanischen Hauptstadt auf verschiedene Weise beeinflusst hat, ist einer von zwei Kuratoren der Kabuler Documenta. Er ist sich des kulturellen Lernprozesses bewusst, den solche Begegnungen mit sich bringen. Zugleich betont er das Risiko, dass eine sol-

che Ausstellung von Interessen der Geberländer instrumentalisiert und überlagert werden könnte: „In den vergangenen drei Jahren gab es einen großen internationalen Ansturm, was die Unterstützung und Finanzierung von Aktivitäten im Bereich Kunst und Kultur als Teil einer Propaganda und gesteuerter Informationskampagnen angeht. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und andere Länder haben viel Geld in solche Aktivitäten investiert, um das Bild eines Afghanistans zu vermitteln, das sich in einem stetig besser werdenden Zustand befindet. Dies geschieht nicht zuletzt, um den Abzug des internationalen Militärs zu rechtfertigen.“ Dieses konzeptionelle Problem hat zu einer Reihe von Diskussionen hinter den Kulissen der Documenta geführt. Überraschenderweise hat keiner der etwa 2.000 Journalisten bei der Eröffnungs-Pressekonferenz in Kassel hierzu kritisch seine Stimme erhoben.

Aman Mojaddedi, der in Jacksonville, Florida, aufgewachsen ist, will die Kabuler Documenta nicht als direkte Verlängerung einer politik-orientierten Geberlogik sehen. Er ist vielmehr überzeugt, dass eine grundsätzliche Abhängigkeit von ausländischer Finanzierung die afghanischen Künstler in ihrem Verhalten prägt. „Oft genug warten junge Künstler darauf, dass sie das Geld zunächst erhalten, bevor sie anfangen etwas zu tun. Für mich ist der Diskurs der Nachhaltigkeit mit Bezug auf Afghanistan deshalb ein obskurer Begriff. Er suggeriert, dass die Lösung immer von außen kommt. Das aber wäre eine falsche Annahme. Möglicherweise kann es Fortschritt – im Sinne von Nachhaltigkeit – nur geben, wenn Künstlerkollektive entstehen, die aus afghanischen Künstlern selbst hervorgehen.“

Zerbrechliche Kunstszene

In den vergangenen Jahren sind in Kabul einige Künstlergruppen entstanden. Zum Beispiel *Roshd* („Wachstum“), eine Gruppe junger Kunstschaaffender. Sie diskutiert zurzeit intern darüber, ob sie eine Registrierung beim afghanischen Ministerium für Kultur und Information vornimmt, womit sich dann Hilfgelder beantragen lassen. Die *Jump Cut Group*, ein Kollektiv aus Filmemachern und Kameramännern, folgt dagegen einer zweiseitigen Strategie. Die Gruppe nimmt einerseits Projekte der Entwicklungshilfe an, die kaum künstlerischen Wert beinhalten, andererseits investiert sie ihr Geld in viele unabhängige künstlerische Produktionen. „Das ist ein Training für uns selbst“, sagt Filmemacher Jalal Husseini. „Die Filmemacher, die sich nur von Hilfgeldern im Kulturbereich abhängig machen, werden später zu den Opfern zählen und mit einem schwierigeren Übergang konfrontiert sein.“ Ein anderes Künstlerkollektiv, die *Bad Artists*, vermisst einen ausreichenden Raum für künstlerische Freiheit und Identität und kritisiert das – sogar unter jungen Künstlern bestehende – Klima politischer Verdächtigungen sowie ethnischer und sektiererischer Nachrede.

Während die Künstler der afghanischen Diaspora auf der Documenta bereits mit den internationalen Kunstmärkten und Agenten verbunden sind, ist die Kabuler Kunstszene noch zerbrechlich und alles andere als gefestigt. Dies zeigt sich etwa an der Szene der Graffiti-Sprayer und Rockbands, die überhaupt erst durch die Präsenz von Ausländern und Hilfgeldern entstanden ist. Auch wenn sich junge Künstler gerne furchtlos geben, bemängeln sie doch fundamentale Hindernisse. Zainab Haidary, eine junge Künstlerin der Gruppe *Roshd*, erzählt, was man immer wieder über das künstlerische Umfeld in Kabul hört: „In meiner Fakultät an der Uni kann ich die abstrakte Malerei, wie ich sie in Kassel ausstelle, nicht betreiben.“ Einen großen Teil ihrer Ausbildung erhielt Zainab an einer privaten Kunstschule in Kabul und von afghanischen Lehrern, die nach Iran emigriert sind. „Die Professoren dort würden meine Werke für verrückt halten oder für dumm erklären. Die akademischen Strukturen müssen erst befreit werden von den alten Denkmustern.“

In diesem Zusammenhang erzählt Zainab, dass die Seminare der Documenta sehr ermutigend für sie waren. Sie halfen ihr dabei, an ihr „eigenes Denken zu glauben und dieses zu respektieren.“ Neben den Werken von einem halben Dutzend anderer afghanischer Künstler sind in Kassel auch Zainab Haidarys Werke jenseits der Hauptbühne in den ehemaligen Räumlichkeiten eines chinesischen Restaurants ausgestellt, das für den Anlass hergerichtet wurde und sich im Schatten des großen Fridericianum befindet. In diesen kleinen, individuell gestalteten Räumen hatten nur ein paar der afghanischen Künstler die Gelegenheit, deutsche und internationale Medien und Galeristen kennenzulernen, da sie am Tag der Eröffnung der Documenta in Kassel zurück nach Kabul reisen mussten, um ihre Kunstwerke in Afghanistan fertigzustellen. Dies war eine verpasste Gelegenheit, den Künstlern einen fruchtbaren Austausch mit der Öffentlichkeit in Kassel zu ermöglichen.

Auf den ersten Blick sind die Zahlen der Kabuler Documenta, zwei Wochen nach der Eröffnung in Kassel, ein Erfolg: Etwa 15.000 Besucher in vier Wochen, den Höhepunkt markierten 2.000 Besucher im Prinzessinnen-Palast des Babur-Gartens an jedem der vier Freitage seit der Eröffnung am 20. Juni. Familien aus verschiedenen Lebenswelten, sowohl Arbeiter als auch Intellektuelle, ausländische Diplomaten und NGO-Vertreter – sie alle schlenderten durch das pompös renovierte und hergerichtete Gebäude, in dem sich seit einigen Monaten ebenfalls eine Zweigstelle von Kabuls Fünfsterne-Hotelrestaurant Serena befindet.

Einige der Ausstellungsbesucher nahmen sich die Zeit, eine Weile sinnierend vor den Kunstwerken zu stehen und später in das Gästebuch im Eingangsbereich ein paar Worte einzutragen. Hier finden sich unterstützende und enthusiastische Kommentare, und nicht – wie angesichts der eher avantgardistischen Kunst zu erwarten gewesen wäre – ablehnende

Äußerungen. Gelegentlich werden die „wunderschönen Räume“ des Palastes hervorgehoben und gelobt, die teilweise die Kunstwerke selbst in den Schatten zu stellen schienen.

Andere Besucher, die zufällig mit ihren Familien auf den Wiesen des Babur-Gartens picknickten, wurden von den Menschen angelockt, die am Eingang des Palastes Schlange standen, und wurden neugierig, was hier wohl veranstaltet wurde. Später konnte man einzelne dieser zufälligen Besucher ein wenig desorientiert durch die Gänge des Palastes eilen sehen, und beim Hinausgehen sagten sie: „Da gab es gar nichts zu sehen.“ Wenn man ehrlich ist, ist eine solche Zurückweisung von Teilen der Besucherschaft nichts Ungewöhnliches, wenn es um moderne Kunst geht, und kann sogar in den größten westlichen Hauptstädten der Kunst beobachtet werden. Tatsächlich wurde Kabuls Babur-Garten zu einem vieldeutigen Ausstellungsort, an dem kulturelle Wahrnehmungen aufeinandertrafen.

Die guten Absichten der Documenta-Organisatoren zu Beginn der Ausstellung wurden in anderen Hinsichten nicht in die Tat umgesetzt. Während sie behaupten, dass sie kulturelle Sensibilität beim Entwurf des Kabuler Programmes und der vorangegangenen Seminare bewiesen haben, gab es bei der Eröffnung der Ausstellung in Kabul keinen Platz für einen Kommentar des afghanischen Kurators. Der afghanische Informations- und Kulturminister, Sayed Makhdum Rahin, sprach zwar zu diesem Anlass einige feierliche Worte – dies konnte aber kaum für das Versäumnis entschädigen.

Kunst und nation building

Diverse Berichte in deutschen Zeitungen begrüßten den Mut, die Ausstellung in Kabul zu veranstalten. Ein Redakteur der TAZ beispielsweise sieht einen Transfer von Ideen, der „erstaunlich gut“ funktioniere, und vermutet, dass die Ausstellung „als rarer Fall einer Intervention in die Kunstgeschichte eingehen [wird], die wirklich die Kräfte der Zivilgesellschaft weckte, die das Afghanistan der Zukunft tragen muss.“ Die Schweizer *Neue Zürcher Zeitung* begrüßte die Ausstellung mit einer differenzierteren Haltung als eine „Kunsttherapie“ für die afghanische Gesellschaft, während auf die westliche Politik hingewiesen wird, die ihren Nutzen aus Veranstaltungen der modernen Kunst in Konfliktregionen ziehen wolle und diese als Mittel nutze, um eine Rhetorik der Demokratisierung zu verbreiten. „Auch in Afghanistan ist die Förderung der Kunstszene Bestandteil des demokratischen *nation building*, des Aufbaues einer Zivilgesellschaft“, heißt es in dem Artikel.

Basierend auf meiner eigenen Erfahrung mit der Kabuler Kunstszene in den letzten zehn Jahren bezweifle ich, dass – abgesehen von einigen eher generellen Darstellungen über die Wechselwirkungen von Kunst, Konflikt und die Umgestaltung von staatlichen Strukturen in einem Krisengebiet – man

etwas findet, das in etwa einer internationalen Strategie entspricht, um der afghanischen Kultur- und Kunstszene dabei zu helfen, ihre eigene Identität zu bilden, und dies mit Vorsicht und Zurückhaltung anstelle von offensiven Ansätzen.

Einige Zahlen spiegeln diesen westlich-zentrierten Ansatz ebenfalls wider: Nur drei von 27 Künstlern, die ihre Werke im Babur-Garten oder in Kassel ausstellten, sind in Kabul aufgewachsen oder leben ständig oder gegenwärtig dort. Der Rest sind internationale Künstler oder Afghanen, die im Ausland aufgewachsen sind und / oder hauptsächlich gemischte Identitäten haben und über ein solides Verständnis der Mechanismen der westlichen Kunstszene verfügen. Es ist daher nicht überraschend, dass die Interaktion in Kabul und in Kassel zwischen den ausländischen Künstlern und der Gruppe afghanischer Künstler der Diaspora intensiver war als diejenige mit den afghanischen Künstlern aus dem Land. „Für uns Künstler aus Kabul sind die Werke, die in Kassel und Kabul ausgestellt wurden, und der Diskurs der Documenta etwas völlig Neues, das sich oft zu weit entfernt von unseren Realitäten bewegt“, erzählte mir einer der drei Künstler aus Kabul.

Von den wenigen ausführlichen Berichten über die Documenta in Kabul ragt derjenige von Robert Kluijver heraus. Seit langer Zeit vertraut mit der Kabuler Kunstszene, betont er, dass einige der Beschränkungen der Documenta „von der Tatsache verursacht wurden, dass [die Organisatoren] letztendlich sehr stark von den amerikanisch-afghanischen Beziehungen abhängen. Das beeinträchtigt natürlich nicht die künstlerische Qualität. Aber wie sehr sind sie mit den gegenwärtigen Entwicklungen in Afghanistan vertraut? Ihre Beziehung zu diesem Land ist von ihren Träumen nach einem Heimatland geprägt, das idealerweise all ihren Erwartungen entspricht, die wiederum von der Nostalgie ihrer im Exil lebenden Eltern geformt sind. Ihre Kunst spiegelt dies wider und harmonisiert meiner Meinung nach nicht sehr mit den Ansichten derjenigen Afghanen, die nicht im Ausland aufgewachsen sind.“

Welche afghanische kulturelle Identität?

Die Documenta in Kabul hat die lokale Kunstszene sicherlich bereichert und ihr und ihrer vorwiegend jungen Generation neue Anstöße gegeben. Außerdem hat sie ein internationales Publikum – Geldgeber und Käufer – auf die afghanische Kunst aufmerksam gemacht; dieses Publikum weiß nun, wen es kontaktieren muss, wenn es auf der Suche nach originellen Werken aus dem Bereich der Kunst aus Kriegsgebieten ist. Aber hier liegt das Problem: Man kann kaum sagen, dass die Ausstellung im Babur-Garten der afghanischen künstlerischen und kulturellen Identität neue Qualitätsstandards gebracht habe.

Im Gegenteil: Am Ende der einmonatigen Ausstellung sieht die Realität weniger strahlend aus. Die Kabuler Kunstszene ist zerstreut und beschränkt auf wenige Künstler in jedem einzelnen Feld – anders als die Erwartungen an ein lebhaftes Kunstmilieu vermuten lassen. Und hin und wieder scheinen manche Aktivitäten der jungen dynamischen Künstler eher von Ausländern, ihrer Präsenz, ihren Kontakten und ihrem Geld initiiert, als von einem unabhängigen kreativen Impuls. Die internationalen Schlagzeilen über die „erste afghanische Punk Rock Band“, den „ersten Graffiti-Sprayer“ oder die „erste Rapperin“ zeigen, wie viel die westlichen Medien voneinander abschreiben, da sie nicht in der Lage sind, die Kabuler Kunstszene wirklich kennenzulernen und zu beurteilen.

Abgesehen davon existiert ebenso ein traditionellerer Ableger der afghanischen Kunst, der Werke der Lyrik und Prosa umfasst, aber nicht für diese Ausstellung in Betracht gezogen wurde. Dies hat offensichtlich mit den räumlichen und zeitlichen Beschränkungen zu tun und – so scheint es – mit dem mangelnden Willen, sich weiteren Teilen der afghanischen Bevölkerung und ihren Bräuchen zu öffnen. Ein weiterer Grund mag der Ansatz sein, der sich allein auf einen Kontext der Moderne konzentriert, für den die afghanische Hauptstadt steht. Oder wie ein Graffiti-Künstler es in einer schmalen Straße in Taimani in blauer Farbe an eine der Wände gesprüht hat: „Kabul ist eine Seifenblase.“

Die Kabuler Kunstszene hat noch immer mit Zensur und Selbstzensur zu kämpfen. Am Tag der Eröffnung wurden zwei Werke von jungen Kabuler Künstlern von der afghanischen Staatsgewalt, dem Informations- und Kulturministerium, konfisziert; einer der Künstler wurde geschlagen und eine Stunde in Gewahrsam genommen, wie er behauptet hat. Die afghanischen Behörden geben vor, es habe einen Missbrauch des Koran gegeben, während die jungen Künstler lediglich auf eine soziale Realität hinweisen wollten, und zwar auf die Tatsache, dass viele Afghanen, die den Koran täglich „lesen“, seine exakte Bedeutung nicht kennen – eine Tatsache, die überall im Land bekannt ist. In Fällen wie diesem ist das Moment der Selbstzensur deutlich erkennbar. Weder Künstler noch afghanische Journalisten sind in der Lage, die genaue Definition von Begriffen wie „Blasphemie“ nachzuvollziehen, wenn sie wegen Fehlverhaltens angeklagt werden und sich vor dem Gesetz verteidigen müssen.

Die abschließende Frage, welchen Einfluss die Documenta nach einem Monat Ausstellungsdauer in Kabul und zwei Jahren der Vorbereitung und Seminare in Afghanistan auf die internationalen Künstler hatte, die in Kabul lehrten und auftraten, ist vergleichsweise einfach zu beantworten. Die Erfahrung vor Ort scheint eher bescheidene Ansätze zur Folge gehabt zu haben. Goshka Macuga drückt ihre Gefühle und Erfahrungen in einer Frage aus: „Haben wir, auch losgelöst von

der Documenta, überhaupt die Fähigkeit zu akzeptieren, dass andere Kulturen unterschiedliche Vorstellungen und Definitionen davon haben, wie Menschen sich entwickeln und was als gültig und wertvoll zu definieren ist?“ Und sie fügt hinzu, „dass die Ergründung und Würdigung anderer Kulturen nicht entstehen kann, indem man ihnen das Erbe oder das System der westlichen Traditionen aufzwingt.“

Die Frage, ob die Documenta auf irgendeine Art und Weise wichtig war für Afghanistan und ob die gewöhnlichen Afghanen irgendeinen Nutzen davon haben, lässt sich weniger eindeutig beantworten. „Wahrscheinlich nicht“, antwortet der Philosoph Menke. Er erkennt, dass selbst die besten Absichten nicht einfach den Lauf eines Landes und seiner Bevölkerung ändern können, da die Möglichkeiten, Kunst zu konsumieren und sie zu reflektieren, von dem Kampf um das tägliche Leben und von den Auswirkungen militärischer Konflikte erschwert werden. Während Afghanistan aus einer Vielzahl kultureller Identitäten besteht, hat die Documenta weitestgehend nur Kabul in ihre Überlegungen einbezogen. Dies war zwar erklärtes Ziel der Documenta-Leitung, hinterlässt aber trotzdem einen schalen Beigeschmack. Vielleicht auch, weil man sich dabei sehr hat leiten lassen von Künst-

ler-Netzwerken aus der US-afghanischen Diaspora. Mit Ausnahme der Provinz Bamyān, wo der US-amerikanische Künstler Michael Rakowitz in einem einwöchigen Seminar versucht hat, das Handwerk historischer afghanischer Steinmetze wiederzubeleben, war der Ansatz unilateral. Was den weiteren kulturellen und künstlerischen Kontext und die Impulse, die ausgetauscht wurden, angeht, könnte man es mit den Worten eines Teilnehmers der Documenta ausdrücken: Vielleicht brauchte die Documenta Kabul dringender als Kabul die Documenta.

Was die Zukunft der afghanischen unabhängigen Kunstszene angeht, muss jede Antwort die gebrechlichen oder gar fehlenden Strukturen der afghanischen Kunst – die fehlenden Galerien, Kunstmuseen, grundlegenden Strukturen der Kunstausbildung, künstlerischen Publikationen und Medien – mit in Betracht ziehen. Es ist ebenso alles andere als klar, was von der existierenden Kunstlandschaft mit ihren oft ausländischen Impulsen nach 2014 noch bestehen bleibt – und in welcher Form. Wenn wir positiv darauf schauen, dann hat der Ansatz der Kabuler Documenta die Fragilität der afghanischen Kunstszene und ihre Ambiguitäten im gegenwärtigen internationalen Kontext aufgezeigt.

MARTIN GERNER ist ein deutscher Journalist und Filmemacher. Der Schwerpunkt seiner Arbeit ist Afghanistan..

Übersetzung: Simone Falk

Copyright: Goethe-Institut e. V., Fikrun wa Fann, November 2012

DOCUMENTA (13)

<http://d13.documenta.de/de/#de>

de, en, ar, fa

Medienberichte über die dOCUMENTA (13):

<http://www.taz.de/Die-Kassler-Documenta-in-Kabul/!96101/>

http://www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/kunst_architektur/kasseler-kunsttherapie-fuer-afghanistan-1.17326418

<http://robertk.asia>

de

IMPRESSUM

ART&THOUGHT / FIKRUN WA FANN
51. (11.) Jahr,
Nr. 98 (Nr. 23),
Dezember 2012 – Juni 2013

Herausgeber:
Goethe-Institut e.V.

Chefredakteur:
Stefan Weidner

Anschrift des Herausgebers:
Goethe-Institut e.V.
Dachauer Str. 122
D-80637 München
Deutschland

Redaktionsbüro:
Stefan Weidner
Art&Thought/Fikrun wa Fann
Prälat-Otto-Müller-Platz 6
50670 Köln
Deutschland

Das Kulturmagazin *Art&Thought* des Goethe-Institut e.V.
erscheint zweimal jährlich in Englisch, Arabisch
(*Fikrun wa Fann*), und Farsi (*Andishe va Honar*).

Gestaltung:
Graphicteam Köln Bonn
Michael Krupp AGD

ISSN 0015-0932

Das Magazin *Art&Thought/Fikrun wa Fann* können Sie
auch in unserem Goethe-Webshop bestellen:

<http://shop.goethe.de>

fikrun@goethe.de

<http://www.goethe.de/fikrun>